

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzettel Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mt., für 2 Monate 1,40 Mt., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeb.

Redaktion: Tautzstr. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5-spaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tautzstr. 19/21. Bei Büchsen 9—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die amerikanische Gefahr.

* Leipzig, 14. März.

Es geht ein Gespenst um im alten Europa. Das Gespenst heißt: Die amerikanische Gefahr. Die Amerikaner malen sie nun bald 25 Jahre in schreitenden Farben an die Wand, und seitdem die Amerikaner in der Mac Kimley-Bill ihre wirtschaftliche Unabhängigkeitserklärung von der Alten Welt proklamiert haben, zeichnet auch die Industrie und auch die Hochfinanz in Deutschland ihre kräftigen Striche in das Schreckbild, und sogar von dem einen oder anderen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verlautet, daß ihn das Gespenst gebannt habe. Selbst Nationalökonomie und Statistiker, die dem Kampf der Interessengruppen fernscheiden, sind geblendet von der schwindelerregenden Ersparnis, die das amerikanische Arbeitsministerium über die Produktionsfähigkeit und die Produktivkraft der Neuen und der Alten Welt ermittelt und verbüfflicht hat, und man glaubt bereits den Zeitpunkt berechnet zu haben, wo sich die Prophesie des alten Friedrich List erfüllt, der diesem Kolonistenvolk vor zwei Menschenaltern vorhergesagt hat, daß es sich „vielleicht schon unter den Augen unserer Enkel zum Rang der ersten See- und Handelsmacht der Erde emporzwingen werde“. Vor wenigen Tagen noch haben die Yankees an offener Tafel dem Bruder des deutschen Kaisers den Fohrverbandshub hingeworfen und Deutschland und der alten Mutter Europa den Kampf um die industrielle und kommerzielle Vorherrschaft der Welt angekündigt. Die Neutralität des Prinzen Heinrich ist in den Augen der Yankees nur eine Anerkennung der „amerikanischen Gefahr“, die offizielle Bestätigung, daß man in Deutschland vor dem tropischen Wachstum der amerikanischen Produktion aufgerückt, daß sich das alte Europa nicht nur in seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft, sondern geradezu in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlt. Sie sehen in dem Prinzen nur den Parlamentär, der die Kapitulation der Alten vor der Neuen Welt angezeigt hat.

Sehen wir dem Gespenst der amerikanischen Gefahr einmal richtig in die Augen. Auf den ersten Blick schon leuchtet ein, daß Amerika uns in der Bodenproduktion und der Erzeugung der industriellen Roh- und Hilfsstoffe durch natürlichen Reichtum überlegen ist. Die landwirtschaftliche Produktion in Amerika in Brotspeck und Viehzucht hat den jungenfrüchten Boden eines neuen Landes für sich; von den Rohstoffen der Bekleidungsindustrie ist der wichtigste, die Baumwolle, ein speziell amerikanisches Produkt, und nach den Berechnungen der Mineralogie werden die Kohlensäfte der Neuen Welt noch Jahrhunderte vorreichen, wenn England, Deutschland, Frankreich, Belgien u. s. w. ihre Kohlen-

bergwerke längst abgebaut haben. In Petroleum besitzt eine amerikanische Gesellschaft bereits heute das fast unumstrittene Weltmonopol, und die Stahl- und Eisenverarbeitung der Neuen Welt hat nach Quantität und Qualität, in Technik und Maschinerie, längst auch den englischen Metall geschlagen.

Noch mehr aber als durch natürlichen Bodenreichtum, der immerhin einmal zu erschöpfen wäre, ist uns die amerikanische Produktion durch ihre großartige, geniale Organisation des Produktionsprozesses überlegen, und dieser Vorsprung scheint allerdings viel gefährlicher und schwieriger auszugleichen, als der größere Reichtum der Bodenschätze. Die rücksichtslos organisierte, rein wirtschaftlich vorgebende Technik des Produktionsprozesses hat drüber eine Produktion auf höherer Stufenleiter entwickelt, die eine ungeheure Ersparnis an Arbeitskräften und damit an Nationalwohlstand bedeutet. Trotz der bedeutend höheren Entlohnung der amerikanischen Arbeiter und trotz ihrer geringeren Arbeitszeit produziert die amerikanische Industrie billiger und besser als die englische, deutsche u. s. Industrie, ist darum konkurrenzfähiger und wird schließlich die Industrie der Alten Welt auf ihren eigenen Inlandsmarkt schlagen.

Gegenüber der unerschrockenen Genialität, mit der in Amerika alle rückständigen Betriebe und Betriebsformen durch eine rationelle Organisation des Produktionsprozesses ausgemerzt

und in eine höhere Betriebsform aufgelöst werden, bedeutet

unsere altwäterische Produktion mit staatlichem Schutz des Handwerks und mit Mittelstandspolitik eine unsinnige, mäßige Verwendung von Nationalvermögen, die sich wohl

einige Zeit lang durch schlechte Arbeitslöhne, verlängerte Arbeitszeit, Schugölle und gesetzgebende Hilfsaktionen

gegen die Überlegenheit der Amerikaner auf dem Weltmarkt

wird ausgleichen lassen, deren endliche Kapitulation vor der

Neuen Welt aber nur eine Frage der Zeit ist.

Nimmt man dazu, daß das alte Europa in so und so

viele staatliche, feindlich sich gegenüberstehende Gemeinwesen zerfällt, die ihre besten Kräfte in schweren Kriegsrüstungen

verbrauchen, daß die alt-europäische Kultur durch religiöse

Gegensätze, durch den Gegenzug der Religionen zu den

Völkern, kurz durch alle Übel des Militär-, Polizei- und

Kirchenstaats erblich schwer belastet ist, daß die herrschenden

Klassen und die Regierungen im alten Europa aus politischen

Gründen, aus Gründen der Erhaltung ihrer Klassenherr-

chaft, gerade die rückständigsten Formen der Betriebsweise,

die Kleinbauerliche Landwirtschaft und den gewerblichen Mittel-

stand, auf Kosten der Gesamtheit künstlich erhalten zu

müssen glauben, so läßt sich allerdings mit mathematischer

Sicherheit vorhersagen, daß keine Macht der Welt den

Kulturmiedergang des alten Europa aufhalten, das Auf-

steigen des jungen Amerika wird hindern können. Umge-

kehrt: wenn die vorgebrachten Staaten der Alten Welt

wenn Deutschland und England nicht daran denken, ihre Wirtschaftspolitik und ihre Produktionsweise der amerikanischen nachzuentwickeln, so läßt sich der Zeitpunkt nach Jahrzehnten berechnen, wo wir in Deutschland ebenso weit und noch weiter hinter Amerika dreihumpeln werden, als jetzt etwa Spanien oder die Türkei hinter Deutschland und England, ja wo die ganze alte westeuropäische Kultur zu Amerika in das Verhältnis getreten ist, in dem heute die uralte Kultur Asiens zu ihrem „Kulturbrenger“ Europa steht. Eine derartige Erstarrung aller gesellschaftlichen Zustände würde uns allerdings gegen alle revolutionären Vorsätzen immun machen; es wird niemand behaupten wollen, daß der Sozialismus heute — in Asien eine geschichtliche Notwendigkeit wäre.

Das sicherste Mittel, ein derartiges Ergebnis herbeizuführen, wäre freilich eine Wirtschaftspolitik, wie sie die berühmte Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“ anstrebt. Die Neue Welt verdankt ihre höhere produktive Thätigkeit in erster Linie dem System, nach dem schwächer, rückständige Betriebe ganz geschlossen und nur die leistungsfähigeren Unternehmungen fortgeführt werden. Dadurch gewinnt sie eine enorme Ersparnis an Kapital und Arbeitskraft. Die politische Weisheit unserer Heimatpolitiker erhöht sich in dem Bestreben, diese rückständigen und lebeneunfähigen Betriebe und Existenzten, an denen die Alte Welt frustriert, mit gesetzgeberischen Mitteln, also auf Kosten der Gesamtheit, künstlich zu konservieren und so die wirtschaftliche Inferiorität Deutschlands gegenüber dem aufstrebenden jungen Amerika zu verewigigen. Insofern ist es ein nationaler Kulturmampf, den die Sozialdemokratie gerade jetzt wieder gegen die schwarzblödnerische Reaktion führt.

Es zeigt sich: was in der Alten Welt wirtschaftlich rückständig ist und darum kulturduldig wirkt, das sind die Produktionsformen, die Eigentumsverhältnisse in Landwirtschaft und Gewerbe, die man hierzulande mit politischen Mitteln und aus politischen Gründen gerne konservieren möchte. Gerade die zwerghafte Betriebsweise, wie sie durch die heiligen Eigentumsverhältnisse bei uns gegeben ist, ist es, an der jeder technische Fortschritt, jede rationelle Organisation der Produktionsweise scheitert und scheitern muß, solange diese Verhältnisse bestehen. Das bestätigen — vielleicht gegen ihren besseren Willen — insbesondere diejenigen Stimmen, die, in voller Erkenntnis der drohenden Gefahr, seit Jahr und Tag ein Radikalmittel gegen diese empfehlen: die Organisation der Produktionsweise von Staats wegen in nationalen Trusts und nationalen Wirtschaftsverbänden. Wer unsere politischen Verhältnisse kennt, der weiß, daß dies eine Utopie der Studierstube ist, ebenso wie der Gedanke eines europäischen Zollverbandes, der seine Spitze gegen

gewarnt, daß die Freude darüber, an den alten Stätten leben und sich behaglich zu können, seine Seele erfüllen würde. Aber es kam keine Freude; im Gegenteil, es wurde nur immer trübselig; die Arbeit, die ihm die Anordnung und Instandsetzung des Ganzen verursacht, hatte ihn eine Weile zerstreut und interessiert. Jetzt aber, wo sich Hof und Garten so präsentierten, wie es sich gehörte, jetzt ging er starr und stumpfsinnig umher und glotzte alles mit fremden Augen an.

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

Und er setzte sich mit seiner Pfeife still in die Sofaecke und starnte nachdenklich vor sich hin, als wolle er durch die Ringe und Nebel des Tabakqualmes hindurch die dunklen Runen des Schicksals entzätseln — —

Und dann kam ja auch noch der Umlaufstand hinzu, daß ihm all dies auf den Kopf stellten in Hof und Garten so viel Geld kostete. — — Und einen Begriff von Landwirtschaft hatte er nicht; der Großnachtmann konnte ihn betrügen, so arg er wollte. — — Und nie im Leben würde er sich dazu herablassen, Rat und Hilfe, bei den benachbarten Bauern zu suchen, — um keinen Preis der Welt! — — Und der Graf, sein eigentlicher Umgang, hatte ihm die Thür gewiesen — — Es stand in Gottes Ratschlägen aufgezeichnet, daß man zu Grunde gehen sollte. Es nützte nicht, dagegen anzukämpfen. Jetzt sah er es klar und deutlich: er hätte den Mühlenhof nie zurückkaufen sollen!

„Man thut seine Pflicht, Mutter Karen,“ sagte er, „da man ja nun doch einmal hier ist. Aber es macht einem keine Freude.“

Seuilletoit.

Moderne verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen

von Mathilde Mann.

„Napsted — —“ begann der Oberlehrer vorsichtig, als sie eine Strecke gegangen waren.

„Ja!“

Clausen legte seine Stangenpaspel sanft auf den Arm des Böllners.

„Du mußt nicht böse werden.“

Elias Haarzotteln lächelten.

„Ich weiß ganz genau, was Du sagen willst, lieber Clausen.“

Der Oberlehrer errötete.

„Du willst mich bitten, daß ich mich anständig betrage, nicht wahr?“

Der Pädagog wurde noch rotter.

„Ja — — ja, — nein,“ stammelte er, — „ja, ich wollte nur sagen, daß — —“

Napsted packte den Freund mit seinen beiden bearten Händen beim Stockaufschlag, und schüttelte ihn.

„Du großer Gott, wie ich Dich liebe, Mensch!“ sagte er. „Herr Gott in deinem hohen gestickten Himmel, wie ich Dich liebe!“

Clausen befreite sich endlich.

„Ja, aber Napsted, Du mußt doch zugeben — —“

„Ja, ja — — ich gebe ja zu!“

„Doch, wenn wir Menschen nicht — —“

„Wenn, wenn, Pappelapapp, ja! Wenn meine Tante Nader hätte, so wäre sie ein Omnibus! — — Komm jetzt, Du großes Kind! Ich will mich so benehmen, als wenn ich zum Tisch des Herrn ginge!“

Im Gartenzimmer des Mühlenhofes saßen Manuel, Mutter Karen und Wulfidine.

Man sprach nicht, jeder war mit seinen düsteren Gedanken beschäftigt. Die Frauen, die mit ihren Strickzeugen an dem Fenster nach der Landstraße hinaus sahen, waren von Zeit zu Zeit einer schönen Seitenblick zu dem Herrn des Hauses hinüber, der zurückgelehnt in der Ecke des großen, alten Sofas lag und seine Pfeife rauchte.

Er sah blaß und müde aus, der kleine Thymianum, müde und blaß und unglücklich. Denn er begriff nicht mehr das Leitmotiv in der Weltenordnung des allmächtigen Gottes. — —

Fünfzehn Jahre lang hatte man sich abgemüht und gelitten und gestritten, um auf das Gut seiner Väter zurückzukehren zu können. Und Gott hatte selber persönlich seine Hand mit im Spiel gehabt und einem seinen Segen verliehen, damit man ans Ziel gelangen könnte — —

Über dann: Punktum! — —

Eine merkwürdig bleischwere Gleichgültigkeit, ein ungabares Lebensüberdruck hatten sich seit jenem Tage, als der Mühlenhof sein eigen geworden war, in Manuels Herzen eingestellt. Er konnte nichts dazu thun. Es war ihm nicht möglich, dies Gefühl zu überwinden; es floss da, wenn er des Abends einschlief, es floss da, wenn er des Morgens erwachte. Hastlos war er durch die Zimmer, durch die Ställe, die Scheune und den Garten gewandert. Von einem Tage zum andern hatte er darauf

gewartet, daß die Freude darüber, an den alten Stätten leben und sich behaglich zu können, seine Seele erfüllen würde. Aber es kam keine Freude; im Gegenteil, es wurde nur immer trübselig; die Arbeit, die ihm die Anordnung und Instandsetzung des Ganzen verursacht, hatte ihn eine Weile zerstreut und interessiert. Jetzt aber, wo sich Hof und Garten so präsentierten, wie es sich gehörte, jetzt ging er starr und stumpfsinnig umher und glotzte alles mit fremden Augen an.

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen Teilen wie aus Holz geworden ist!“

„Man versteht es nicht, Mutter Karen!“ sagte er und sah sie mit dem Blick eines frischen, kleinen Rückens an, „man versteht es nicht, was es ist, daß man in den unbedeutigen

Amerika richten soll. Aber was an diesem Vorschlag der nationalen Trusts für uns wertvoll ist, das ist das negative Eingeständnis, daß unter den bestehenden Eigentumsverhältnissen in Deutschland jede nationale Wirtschaftspolitik, die mit den amerikanischen Siebenmeilenstiefeln Schritt halten will, zur hoffnungslosen Aussichtslosigkeit verurteilt ist.

Vor mehr als 50 Jahren hat Karl Marx der Alten Welt den Zusammenbruch ihres Wirtschaftssystems aus dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsformen (Eigentumsverhältnissen) prophezeit. Fünfunddreißig Jahre später hat Friedrich Engels das Eintreten Amerikas in den kommerziellen Wettbewerb als ein neues Moment begriffen, das auf die ganze wirtschaftliche Entwicklung in revolutionärer Weise zurückwirken müsse. In der That ist heute das, was man die amerikanische Gefahr nennt, ein revolutionärer Faktor. Man kann die heutige Lage, im Anschluß an das Kommunistische Manifest, so formulieren: Der Widerspruch der Produktivkräfte und der Produktionsformen ist in der Neuen und der Alten Welt auch tatsächlich aus einandergetreten; die höher entwickelten Produktivkräfte Amerikas wirken auf die zurückgebliebenen Eigentumsverhältnisse Europas zurück und führen mit Naturnotwendigkeit zu deren Auflösung. Das Gespenst der amerikanischen Gefahr ist, von dieser Seite betrachtet, das Gespenst des Kommunismus, das Karl Marx schon 1847 in Europa signalisiert hat, das rote Gespenst.

Die europäische Auswanderung nach den Vereinigten Staaten war einst ein staatshaltender Faktor, insofern sie die überschüssigen Kräfte des europäischen Proletariats absorbierte und zugleich einen aufnahmefähigen Markt für die Waren der europäischen Industrie bildete. Das ist heute anders geworden, nachdem die Neue Welt sich wirtschaftlich von Europa emanzipiert und eine fabelhafte Konzentration der Produktivkräfte und des Kapitals aus ihrem eigenen Schoße entwickelt hat, die heute die Alte Welt in ihren wirtschaftlichen Grundfesten, in ihren politischen Gesellschaftsstrukturen, bedroht. Kein europäisches Gemeinwesen kann seine Produktivkräfte auf die Stufe der amerikanischen Produktionsweise nachentwickeln, ohne mit den überkommenen Eigentumsverhältnissen, mit den Grundlagen der alten bürgerlichen Gesellschaft, prinzipiell zu brechen.

Die Neue Welt hat es verstanden, das organisierte Moment des sozialistischen Gedankens teilweise zu verwirklichen. Das ist das Geheimnis ihrer Stärke, ihrer Überlegenheit. Man kann die amerikanischen Trusts als die natürlichen, feinartigen Ansätze zu einer sozialistischen Produktionsregelung betrachten. In Europa wird es nicht möglich sein, die Produktivkräfte nachzu entwickeln, ohne das politische Moment des Sozialismus, die rechtlichen Eigentumsformen, umzugestalten. In Amerika, könnte man mit einer Variation eines bekannten Wortes von Karl Marx sagen, kann diese Organisation der Produktionsweise auf höhere Stufenleiter eine Zeit lang die konservative Lebensform der Gesellschaft sein; in Europa wird jedes Unternehmen, die Produktionsverhältnisse auf eine höhere Stufenleiter nachzu entwickeln, unausweichlich zur politischen Umwälzungsförderung der bürgerlichen Gesellschaft.

Das ist der eigentliche, der revolutionäre Sinn der amerikanischen Gefahr, und in diesem Sinne — begriffen wir sie.

Politische Übersicht.

Ferien.

Die Reichstagsabgeordneten sind gestern in die Ferien entlassen worden, nachdem sie das vorgeschriebene Arbeitspensum reinlich undnett an die Reichsregierung abgeliefert hatten. Mit ihrem Wiedereinzug hat es keine Eile, die Regierung hat vorläufig für die Volksvertreter nichts zu thun, was sie für wichtig hält, und die parlamentarischen Fleißaufgaben, die zum Beschuß erhobenen Initiativangebote des Reichstags, sind ja doch nur für den Papierkorb!

Sanft und still und friedfertig war er geworben, und nie kam ein heftiges Wort über seine Lippen.

Mutter Karen aber seufzte tief und lange. Und es fehlte nicht viel, so hätte sie gewünscht, daß Manuel aufbrausen und schelten und seitwärts laufen und den langen Arm schwingen möge, wie ehemals in der Stadt, damit man doch sehen könne, daß Leben in ihm war, denn dies war ja beinahe, als wenn man eine Leiche im Hause hätte —

Und Wulfdine froh in den Ecken zusammen, klein, verschüchtert und schwanger, und begriff nicht das Grauseste. Für sie war das Leben ja nur Sonnenchein, wenn Manuel lächelte, und lauter Nebel, Regen und trübtes Wetter, wenn er still und bekümmt war —

Und die Sonntage waren am schlimmsten, dann ruhte alle Arbeit, und der Hof lag öde und still da, so daß man förmlich zusammenfuhr, wenn nur eine Krähe im Garten krächzte oder eine Ratte raschelnd über den Boden sprang. —

Beide Frauen hatten Onkel Jakob ihre Not geklagt. Und der alte Küster hatte bedenklich an dem Hackmesser gezupft:

„Ja, ja!“

Worauf er zuversichtlich hinzugefügt hatte: „Aber — das geht sich wohl mit der Zeit.“

Draußen auf der Landstraße wurden Schritte hörbar. „Da kommt jemand, Manuel!“

Madam Thomsen erhob den Kopf vom Strickzeug.

„Weiß Gott, das sind der Oberlehrer und der Bollverwalter!“ sagte sie gleichsam erleichtert. — „Ob sie hier hereinkommen?“

Die Hauptarbeit steht in der Zolltarifkommission, die denn auch eine Woche früher als das Plenum ihre Beratungen wieder aufnehmen wird. Von den 945 Positionen des Tarifs sind bisher nicht viel über drei Dutzend durchberaten worden. Ein Ende dieser Arbeit ist gar nicht abzusehen!

Der vorläufige Abschluß der Tarifarbeiten eröffnet der Regierung keinen erfreulichen Ausblick in die Zukunft. Noch gestern setzte die agrarische Mehrheit unentwegt ihr Streben fort, alle jene Zolltarifpositionen hinaufzuschrauben, deren Erhöhung die Regierung in der Begründung ihrer Vorlage, in offiziösen Artikeln, in vertraulichen und nicht-vertraulichen Erklärungen als eineplatte Unmöglichkeit bezeichnet hat. Sollte also die ganze Arbeit irgend einen Sinn haben, so müßte die Kommission zu einem späteren Zeitpunkte ihre Beschlüsse revidieren. So lange es sich um vereinzelte Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Kommissionsmehrheit handelt, durfte man annehmen, daß die Korrektur der Kommissionsbeschlüsse im Sinne der Regierungsvorlage vielleicht erst im Reichstag erfolgen würde. Nach den bisherigen Beratungen der Kommission steht aber fest, daß die ganze Vorlage ein anderes Gesicht bekommen wird. Die bisherigen Beschlüsse der Kommission haben keine Aussicht, Gesetz zu werden, und der Wert der ganzen bisherigen Kommissionsberatungen reduziert sich darum auf Null.

So liegt denn jenseits der Österreicher für den reichsdeutschen Parlamentarismus nichts als eine große Mühe. Er ist dazu verdammt, in Unthätigkeit und nutzloser Arbeit seine Kräfte zu vergeuden. Der Militarismus und der Materialismus haben für das beginnende Etatjahr ihre Futterrationen verabreicht bekommen und das hungrige Agrarrium fähig zu können, besteht keine Aussicht.

Man sollte unter diesen Umständen denken, daß es kein glücklicheres und zufriedeneres Volk gäbe als das deutsche. Wenn die Hände der Regierung unthätig ruhen, müßten doch alle Sorgen beruhigt, alle Wünsche befriedigt sein. Das Reich muß vollkommen sein, wenn der Reichstag keine Arbeit hat.

In Wirklichkeit liegt es freilich anders. Der gegenwärtige Zustand beweist nur deutlich, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung keine Vertretung des Volkes ist, sondern nur eine Bevolligungsmaschine für die Wünsche der Regierung und der herrschenden Klassen. Für die Sozialdemokraten hat die Arbeit niemals ein Ende. Sie haben in den großen Zoll- und Etatdebatten ihren Mann gestellt und als rücksichtlose Kämpfer des Systems verherrlichte Zukunftsarbeit geleistet. Für uns ist darum auch die Politik noch lange nicht zu Ende, wenn der Reichstag mit seinem Datein zu Ende ist. Noch ist in dem großen Kampfe um das Brot die letzte Entscheidung nicht gefallen. Noch ist nichts leichter möglich, als daß die Agrarier sich schließlich zum „gemäßigen“ Zollvölkern der Regierung bekehren. Gegen solche Überraschungen muß das Volk geschützt sein. Wenn die Zollkommission und der Reichstag wieder zusammenentreten, muß die Moralität über die drohende Gefahr vermehrt, die Widerstandskraft gegen brotwerkerische Überrumpelungen gestärkt sein! Das sind sozialdemokratische Ferien.

Parlamentobribe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 13. März. Im Reichstag wurde heute die dritte Sitzung des Staats zu Ende geführt; es war eine Dauersitzung, die erst um 8 Uhr endete.

Auf eine Anregung des Abg. Wassermann teilte der Staatssekretär Niederding mit, daß der Gesetzentwurf zur Festigung oder besser gesagt Einschränkung des sogenannten Gerichtsstandes für die Presse bald nach Ostern an den Reichstag gelangen wird. Auch eine Vorlage über den Schutz der Bauhandwerker ist in Arbeit, wann diese aber dem Reichstag gegeben wird, könne Herr Niederding nicht mitteilen.

Eine recht überschüssige Rede hielt der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg. Er bestieg eigentlich nur die Tribüne, um ein paar sinnlose Bemerkungen gegen den Stabbiner Münz in Gleiwitz, der bekanntlich einen offenen Brief an ihn gerichtet und die Unterstützung des Landrats des Plesser Kreises gefunden hat, anzubringen.

Beim Etat des Reichseisenbahns sprach der württembergische Abg. Sieber das Verlangen nach einer deutschen Reichseisenbahn-Gemeinschaft aus. Der konservative Abg. Dr. Oertel aber beschwerte sich über die Konkurrenz, die die preußischen Eisen-

bahnen den sächsischen machen; ein Einschreiten aber lehnte der Director des Reichseisenbahnmants Schulz ab, weil diese Konkurrenz vorläufig noch nicht die ihr gelegentlich geogenen Grenzen überschritten habe. Dem Verlangen des Abg. Gasse, für Mustekoffer der Geschäftsrätsenden eine 50prozentige Tarifermäßigung einzutreten zu lassen, widerstrebte Genosse Singer mit dem Hinweis darauf, daß diese Vergütung doch nur den Prinzipalen zu gute kommen würde.

Der Etat des Reichsinvalidenfonds wurde rasch erledigt, weil die Regierung eine präzise Erklärung dahin gab, daß sie die Summen, die für die Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Veteranen notwendig sind, in einem Nachtragsetat fordern wird.

Ältere Diskussion gab es bei dem nun folgenden Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Singer brachte eine Unzahl Beschwerden vor, tadelte die Sammlungen, die auf Wunsch der Vorgesetzten bei den unteren Postbeamten für alle möglichen Zwecke stattfinden. Staatssekretär Kraetke sprach sich entgegenkommend aus. Er missbilligte eine der in Frage kommenden Sammlungen, die in Posen für die Errichtung eines Bismarckdenkmals veranlaßt worden sind, sagte auch Genosse Singer zu, daß er eine Erhöhung des Gehalts der am Schalter Dienst beschäftigten Damen eintreten lassen werde.

Lebhafte Auseinandersetzungen knüpften sich an einen Antrag Grüber, das württembergische Poststellenvereinommen dem Reichstag zur Prüfung vorzulegen. Herr Grüber vertilgt den Standpunkt, daß durch das Poststellenvereinommen Württemberg einen Teil seiner Relevanz aufgegeben habe und daß dadurch eine Verfassungsänderung erfolgt sei, die eine Zustimmung des Reichstags notwendig mache. Die anderen Parteien sind der Ansicht, daß der Reichstag nicht württembergischer Seite als Württemberg selbst und daß ja im übrigen der erste Teil des Vereinomments nur langgehegten Wünschen entspreche.

Es war schon lange 8 Uhr vorüber, als noch eine große Polendebatte eingesetzte. Die Herren v. Djembrowski und Glebocki beschwerten sich über Verleumdung des Briefgeheimnisses. Herr Kraetke trat den Herren sehr erregt entgegen. Er teilte mit, daß in den letzten Jahren sich die polnischen Briefaufschriften sehr gehäuft hätten und daß die deutschen Briefbücher polnischer Seite damit die deutschen Postbeamten nur schikanieren wollen. Zum Ueberfluß nahm auch der nationalliberale Abg. Dr. Satzler das Wort, um in sehr langer Rede sich mit den Polen deutscher und österreichischer Nationalität über die galizischen Verhältnisse auseinanderzusehen. Ihm antwortete noch Dr. Djembrowski und es war 1/8, als dieses polnische Zwischenspiel beendet war.

Beim Etat der Zuckersteuer rietete Abg. Richter die Anfrage an den Staatssekretär, wann die Beschlüsse der Brüsseler Budgetkonferenz dem Reichstag zur Ratifizierung vorgelegt würden. Er gab dabei der Meinung Ausdruck, daß eine Beleidigung der Angelegenheit schon wegen der Beteiligung der übrigen Mächte geboten sei. Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann erwiderte kurz, er könne die Frage nicht beantworten, da der Bundesrat darüber noch nicht Beschuß gefaßt hat.

Der Etat des Staats wurde nun rasch erledigt. Bei der Abstimmung über die noch aus der 2. Lesung rückständige Resolution Grüber über die Dusslaunahme kam es zu einem Misverstehen. Die Linken hatte nicht gehört, daß sie vom Präsidenten zur Abstimmung gestellt war und blieb sitzen. Als Graf Ballerstrem nun die Ablehnung der Resolution verkündet hatte, meldete sich Dr. Müller-Sagan zur Geschäftserledigung und bat um nochmalige Abstimmung. Diesem Wunsch wurde jedoch vom Präsidenten nicht gewillt. Es wurde noch die Gesamtabstimmung des Staats vorgenommen, unsere Genossen stimmten gegen denselben. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident berührte die nächste Sitzung für Dienstag, 16. April, an und legte die Fortsetzung der Verhandlung der Seemannsordnung auf die Tagesordnung. Die in anbetracht der späten Stunde noch immer recht zahlreich anwesenden Abgeordneten wurden mit freundlichen Österreichern in die Ferien entlassen.

Aus dem preußischen Landtage.

H. Berlin, 13. März. Das Abgeordnetenhaus hat, da die rechtzeitige Verabschiedung des Staats vor dem 1. April nicht mehr möglich ist, heute einen von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneten Antrag an die Budgetkommission verwiesen, der der Regierung in dem Staatsgesetz durch einen besonderen Paragraphen die nachträgliche Genehmigung für alle bis zur gleichen Feststellung des Staats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben erteilt.

Hierauf beriet das Haus das Kapitel des Kulturbüros „Höhere

„Ich bin fest überzeugt, daß Du jetzt finnst, wie man Ihnen helfen könnte.“

Der Oberlehrer blieb stehen.

„Ja, Du kannst Dich meinetwegen gern lustig machen, Böllner.“ sagte er, und seine alten Wangen röten sich.

— „Aber ich wünsche wirklich von Herzen —“

„Nun!“

— „Doch es ein Junge werden möchte, den die kleine Wulfdine da draußen bekommt, denn das Dasein würde Emanuel Thomsen vielleicht ein wenig lichter erscheinen, wenn er einen Stammherrn bekäme, für den er arbeiten könnte. — Wie? — meinst Du nicht auch?“

„Um, ja, vielleicht,“ antwortete Esau. „Aber, weißt Du, aber es ist doch im Grunde hier in der Welt kaum eingerichtet, Clausen,“ fuhr er fort, indem er nach einer vorüberfliegenden Mücke schlug, „daß man nur zwei Sorten Kinder bekommen kann!“

„Unsinn, Knapsted!“

„Ja, das sagte der selige Mörch auch“ —

Und dann stießen sie von neuem die Stäbe in den Kies des Weges.

Die Dämmerung senkte sich tiefer und tiefer herab. Die Sterne schimmerten an der Himmelswölbung, und hier und da über den dunklen Feldern wurde ein einziges Licht hinter einer Fensterscheibe angezündet. — Und in der Ferne bellte der traditionelle Hund.

Ende.

„Hier herein?“ sagte Manuel. „Nein, zu uns kommt niemand.“

Wulfdine lauschte gespannt.

„Sie kommen doch!“ sagte sie.

„Ja, sie sind draußen auf dem Hofe,“ sagte Madam Thomsen.

Manuel erhob sich und stellte die Pfeife hin.

„Man will den Herren entgegen gehen.“

Über anderthalb Stunden blieben der Oberlehrer und der Böllner auf dem Mühlenhof. Thomsen führte sie drinnen und draußen umher, und die Gäste priesen in hohen Tönen alles, was sie sahen.

Der kleine Wirt selber schüttelte aber seinen kleinen runden Kopf trübe:

„Was nützt das alles?“ sagte er — „wenn die Freude nicht sprossen will!“

Und während seine Augen in der traurigsten Hilflosigkeit umher schweiften, fügte er langsam und tiefsinnig hinzu:

„Einem sollten seine Wünsche hier in der Welt wohl niemals erfüllt werden, Herr Zollkontrolleur!“

Clausen und Esau trollten heimwärts. Die Sonne war untergegangen, und die Nebel glitten leicht und wogend über den Fjord.

„Nun, kleiner Oberfreund,“ sagte Knapsted — „wer hat denn jetzt recht?“

Der Pädagog machte eine abwehrende Bewegung mit der Hand und antwortete nicht.

Nach einer Weile zupfte ihn der Böllner am Rockärmel:

Gehrauschten". Abgesehen von den Klagen des Centrums über die fällischen Erklasse, die bereits ein Vierteljahrhundert alt sind, insbesondere über das Verbot der Teilnahme von Schülern an politischen Vereinen, breite sich die Debatte hauptsächlich um die Auflassung der Realgymnasialabiturienten zum juristischen und medizinischen Studium, um die Gleichberechtigung aller höheren Lehranstalten, um die Abschaffung der Vorschulen, um die Gehalter der Oberlehrer an staatlichen höheren Lehranstalten und um die Stellung der Naturwissenschaften im Lehrplan der höheren Schulen.

Morgen wird das Kapitel "Elementar-Unterrichtswesen" heraußen. Vorher stehen Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

* Berlin, 14. März. Der Bundesrat überwies in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 7 der Strafprozeßordnung den zuständigen Ausschüssen. Die Zustimmung wurde folgenden Auschlußanträgen erzielt: a) zu den Entwürfen von Ausführungsbestimmungen zu dem Schlachtwieh- und Fleischbeschlagsgesetz vom 3. Juni 1900 und von Prüfungsvorschriften für Trichinenfänger; b) zu der Vorlage, betreffend die Einfahrt- und Untersuchungsstellen für das in das Bollnland eingehende Fleisch; c) zu dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Schlachtwieh- und Fleischbeschlagsgesetz vom 3. Juni 1900; d) zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Serbokaris und die Klassenerteilung der Orie sowie Abänderung des Gesetzes über die Erteilung von Wohnungsgeldzuschüssen. —

Die Anwesenheit von Frauen als Zuhörerinnen auf den Galerien ist in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 8. Berliner Reichstagswahlkreis am Dienstag von der Polizei nicht beanstandet worden.

Eine Hochschule für Gegenglauben. Wenn man sagt, daß die Herren vom Centrum am liebsten wieder die Scheiterhaufen aufrichten würden, so hält man das gewöhnlich für eine rednerische Übertriebung, die die Unzulänglichkeit der schwarzen Herren charakterisieren soll. Sehr ernst aber ist es mit dem Professor und Doktor der katholischen Theologie Joseph Pohle an der Universität Breslau.

In seinem Lehrbuch der Dogmatik für akademische Vorlesungen, dessen erster Band soeben erscheint, beschäftigt er sich, wie die Frankfurter Zeitung zu erzählen weiß, mit dem Verhältnis der Dämonen zum Menscheneschlechte. Den Dämonen, sagt er, werde durch weise Bulafassung Gottes zuweilen die Gewalt über den menschlichen Welt eingeräumt und die Kirche habe dafür mancherlei Exorcismen (Teufelsausbildung) eingeführt. "Die schwarze Magie", heißt es jenseit, "so genannt im Gegensatz zur 'weißen Magie', die eine natürliche Kunst ist und auf dem Grunde beruht: Geschwadrigkeit ist keine Hexerei — besteht in der Macht, übernatürliche Wirkungen hervorzubringen unter Ausschluß der Macht Gottes oder guter Geister. So geartete Hexerei muß auf dämonischen Einfluß zurückgeführt werden.... Die Möglichkeit des Teufelspaktes oder eines Rapportes mit dem Satan läßt sich nicht bestreiten."

Gegen den hochwürdigen Breslauer Gelehrten sind die Grundbeter von Berlin doch die reinen Waisenknaben.

Ein lästiges Plädo erlebte die Justizaktion, welche die Kreisfelder Staatsanwaltschaft anlässlich des dritten Sammelschreiterstreits gegen den Genossen Paulsen, Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, ziliile Kreisfeld, inszeniert hatte. Paulsen war, wie uns aus Kreisfeld geschrieben wird, wegen eines Flugblattes, das er zum Sammelschreiterstreit herausgegeben hatte, sofort nach Verbreitung desselben verhaftet und wegen der angeduldig zu erwartenden hohen Strafe, trotz mehrmaliger Beleidigung und Angebots einer hohen Räumung, nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Von Seiten des Gerichts wurde Fluchtverdacht angenommen, weil Paulsen als "Streifagitor" ein unruhiges Leben führe; dabei ist Paulsen verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Auch das Flugblatt war beschlagnahmt worden. Im Oktober v. J. verurteilte ihn die Strafkammer zu Kreisfeld wegen Aufreizung zum Klassenkampf zu zwei Monaten Gefängnis. Die intrinierte Stelle in dem Flugblatt stellte die Streikbrecher mit Landesverrätern im Kriege auf eine Stufe. Auf die Revision des Genossen Paulsen hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil man bei streikenden und nichtstreikenden Arbeitern nicht von verschiedenen Bevölkerungsklassen reden könne, der § 130 also zu Unrecht angewendet worden sei. Es wurde in der Entscheidung auf die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches hingewiesen, die in Anwendung gebracht werden könnten. In der neuzeitlichen Sitzung kam das Gericht nun nach langer Beratung zu einer kosteloßen Freisprechung, und zwar mit der Begründung, daß bei dem ruhigen Charakter des Angeklagten gar nicht angenommen werden könne, daß dieser bedroht habe, die Streikenden zu Gewaltthärtigkeiten aufzuhetzen, wie es die §§ 110 und 111 voraussehen.

Eine schärfere Verurteilung der Maßnahmen, der Staatsanwaltschaft und der ersten Instanz läßt sich nicht denken. Paulsen war sechs Wochen lang in Untersuchungshaft festgehalten worden. Interessant waren die Ausführungen eines Kriminalkommissars, der erklärte, die Erregung während des Streiks sei so groß gewesen, daß die Unternehmer verlangt hätten, es solle Gendarmerie zu gebeten oder Militär requirierte werden. Von einer derartigen Aufrregung hatten die Bürger — mit Ausnahme der Unternehmer — keine Ahnung.

Bei der Landtagswahl im Kreis Hadersleben wurden 142 Stimmen für Kaufmann Julius Nissen-Dammaden (Dän.) und 51 Stimmen für Amtsgerichtsrat Bachmann-Hadersleben (Kandidat der Deutschen) abgegeben. Fünf dänische und ein deutscher Wahlmann waren nicht erschienen. Der Dän. ist also gewählt.

Die Zweite hessische Kammer beendete in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung die Beratung des Budgets. Die Regierungsvorlage, wonach zur Deckung des Defizits die Vermögenssteuer von 55 auf 75 Pf. für 1000 Mk. erhöht werden soll, wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe. Aus der badischen Residenz wird uns geschrieben: Die Jubiläumsfeier der hiesigen Bevölkerung hat bei den gestrigen Erneuerungen wachsen in der dritten Wählerklasse des Bürgerausschusses nochmals ihre Wirkung gehabt und den vereinigten Konservativen, Antisemiten,

Klerikalen, Nationalliberalen und Freisinnigen zum "Siege" über die sozialistische Arbeiterschaft verholfen. Alle bürgerlichen Parteien, selbst die Demokraten, standen uns gestern feindlich gegenüber, und es wurde auf jener Seite alles aufgeboten, um im Angesicht der nahe bevorstehenden dynastischen Jubiläumsfeier uns den Sieg zu entreißen.

Mit dem zahlreichen Ergebnis des Kampfes, den wir unter den denkbaren ungünstigsten Umständen zu führen hatten, können wir dennoch zufrieden sein. Rund 2500 Stimmen hatten wir vor drei Jahren mit der Unterstützung der Demokraten auf unsere Liste vereinigt, während unsere Stimmenzahl gestern, wo wir auf uns allein angewiesen waren, die Höhe von 3300 erreichte. Dieser Zuwachs von 800 Stimmen, also um ein Drittel, in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren, ist gewiß ein Achtungserfolg, dem gegenüber die Steigerung der bürgerlichen Stimmen von 3100 auf 3460 wenig ins Gewicht fällt. Vor drei Jahren war uns der Sieg nur dadurch möglich geworden, daß die Ultramontanen eine eigene Liste aufstellten, die etwa 900 Stimmen auf sich vereinigte, während die vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen rund 2200 Stimmen erhielten. Die bürgerlichen Parteien hatten also damals uns gegenüber ein Mehr von etwa 600 Stimmen, das gestern auf 160 zusammenschwunfts.

Was aber den gestrigen Wahlgang eine besondere Bedeutung verleiht, das ist die Thatsache der nun endgültig vollzogenen reinlichen Scheidung der Karlsruher Partei von den bürgerlichen Oppositionsparteien. Der Klassenkampfcharakter des Wahlkampfes trat diesmal mit aller Schärfe hervor, und die Karlsruher Genossen wissen nun, woran sie sind.

Der Streit der juristischen Schwarzklüster über die Thronfolge im Herzogtum Braunschweig geht lustig weiter. Die Staatsrechtslehre hat in der modernen Zeit eine ähnliche Bedeutung, wie etwa im Mittelalter die Astrologie oder die Alchemie. Die Juristen des Staatsministeriums und die Juristen der Welfen bombardieren sich gegenseitig mit Spitzfindigkeiten, wie sie dem Abvolatenhandwerk im Civilprozeß entspringen. Das braunschweigische Staatsministerium hat bereits eine Erwiderung auf die Erwidern des Landgerichtspräsidenten Dedekind ausgearbeitet und wird gegen Ende März die Bauern, die im dortigen Landtag sitzen, mit seinem juristischen Tieffuss beglücken. Weniger läßlich ist, daß die braunschweigische Staatsregierung ihrem Prozeßgegner mit Polizeimitteln zu Leibe rücken will und gegen den Landgerichtspräsidenten Dr. Dedekind das Disciplinarverfahren beantragt hat.

Ländliche Wahlstätten. In Bliestenburg-Gerdauen haben die Behörden auslöschlich der bevorstehenden Reichstagswahl mit großer Begeisterung den Kampf gegen die inneren Feinde aufgenommen und treten manhaft für die Konservativen ein. Sie tragen es diesen nicht im mindesten nach, daß sie sich in allen wichtigen Fragen als die Gegner der Regierung beweisen. Denn es gilt, das Vaterland zu retten. So hat in Motheinen, Kreis Gerdauen, der Gemeindevorsteher, der zugleich Amtsvorsteher ist, durch amtliche Bekanntmachung zu einer von den Konservativen veranstalteten Wahlerversammlung eingeladen. Die amtliche Bekanntmachung, die von Amts wegen von Haus zu Haus verbreitet wurde, lautet wie folgt:

Bekanntmachung.

Veranlaßt durch die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl wird der Herr Rentmeister Klapper-Arbeitsamt Dienstag den 11. März 1902, nachmittags 5 Uhr, im Gasthof zu Motheinen den Wählern darüber Vortrag halten, was geschehen muß, um das teure Vaterland vor drohendem Unheil zu schützen. Alle Wähler werden hiermit erachtet, plakativ zu erscheinen. Motheinen, den 4. März 1902.

Der Gemeindevorsteher.

(Ortsiegel.)
(Unterschrift.)
Das teure Vaterland wird nämlich so geschützt, daß man einen aquarischen Gegner der Regierung wählt. Man kennt sich nicht mehr aus, was der wahre Patriotismus ist, der reichsamtlich berlinsche oder der mit dem Ortsiegel von Motheinen, Kreis Gerdauen?

(*) Stuttgart, 13. März. Die Nachwahl zu einem Landtag im Oberamt Leonberg hat ein Resultat gezeigt, das man im ganzen Lande nicht in Rechnung gestellt hatte. Der Kandidat des Bauernbundes, Immendorfer, ist mit 3017 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt worden. Er hat einen Gewinn von mehr als vierhundert Stimmen gegenüber der Stimmenzahl seines Vorgängers, des deutschparteilichen Bündlers Aldinger im Dezember 1900, zu verzeichnen. Broar hat auch unser Kandidat Steinbrenner, der 1348 Stimmen erhielt, um 217 Stimmen zu genommen, ebenso der Kandidat der Volkspartei, Löchner, der es auf 1146 Stimmen brachte; um 140. Hieraus ergibt sich schon, daß die Wahlbeteiligung eine überaus starke war. Aber trotzdem wäre der Wahlausfall nicht zu verstehen, wenn nicht der Bezirk Leonberg gewissermaßen der Mittelpunkt des schwäbischen Pietismus, der sogen. Stundengänger, und wenn nicht der bauernbündlerische Kandidat persönlich ein typischer Vertreter dieser schwäbischen Species von sonderbaren Heiligen wäre. Allerdings haben auch die bündlerischen Agitatoren den Wahlbezirk in den letzten Wochen gründlich durchwühlt, aber sie allein hätten dies Wahlresultat nicht zu erreichen vermocht, wenn nicht der religiöse Fanatismus ihrem teuflischen Gottwuchsgechrei den Neuanfangsboden gegeben hätte. Das Gottvertrauen der überchristlichen Böllbrüder ließ es in einer ganzen Anzahl Gemeinden nicht zu, daß auch nur der volksparteiliche, geschweige der sozialdemokratische Kandidat ein Lokal zu einer Versammlung bekam. Für unsere Partei kommt hinzu, daß sie in letzter Stunde von der Volkspartei mäßig angegriffen wurde, da diese fürchtete, durch die Sozialdemokratie aus der erhofften Stichwahl verdrängt zu werden. Wenn wir trotzdem uns an zweiter Stelle behauptet und unsere Stimmenzahl in 1/4 Jahr um mehr als 200 vermehrt haben, so ist damit bewiesen, daß ein allmählich wachsender, fester Stamm sozialdemokratischer Wähler im Leonberger Bezirk vorhanden ist. Ueberdies hat unsere Partei den einzigen relativen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, wenn auch einen möglichen. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokratie im Jahr 1900 23,8 Proz., gestern 24,5 Proz., auf die Volkspartei 21,4 bzw. 20,8 Proz., auf Bauernbund und Deutsche Partei 54,8 bzw. 54,7 Proz. Dabei sind in den Stimmen der Volkspartei noch ein kleiner Teil nationalliberale Stimmen enthalten. Mit Bezug auf die kommende Reichstagswahl führt das gestrige Wahlergebnis zu dem un-

ausweichlichen Schluss, daß sie in Württemberg aufgeschlagen wird zwischen Sozialdemokratie, Bauernbund und Centrum, Volkspartei und Nationalliberalen werden verschwinden, ob sie sich nun versöhnen oder ob sie getrennt bleiben werden.

-r. Aus Baden, 12. März. Der von der sozialdemokratischen Fraktion in der Zweiten Kammer eingebrachte Schulatrat erfordert die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über das Schulwesen, der von folgenden Grundsätzen ausgeht: Vor allem sollen die Eltern oder deren Stellvertreter verpflichtet werden, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder der Volksschule zuzuführen; Ausnahmen sind nur zu gestatten für Kinder, die durch körperliche oder geistige Gebrechen an der Teilnahme am allgemeinen Unterricht gehindert sind. Die Berechtigung zum Besuch der höheren Schule wird für Knaben und Mädchen in gleicher Weise erlangt durch den Nachweis eines im mehrjährigen Volksschulunterricht erworbenen Reifegrades. Die Schulzeit wählt acht Jahre, sie darf nicht vor dem vollendeten sechsten Jahre beginnen. Der Unterricht ist nach einem Lehrplane zu erteilen, der eine sogenannte erweiterte Unterrichtszeit (30 Stunden wöchentlich) vorsieht. Der Religionsunterricht bleibt aus dem Lehrplan der Volksschule ausgeschieden. Der Unterricht in der Volksschule wird unentgeltlich erteilt; ebenso werden die von den Schülern benötigten Materialien von der Schulverwaltung geliefert. Die gesamten Kosten des Unterrichts werden auf den Staatshaushalt übernommen. Hauptlehrer und Haupteinrichter werden Staatsbeamte und als solche dem Beamtengebot sowie der Gehaltsordnung für Staatsbeamte unterstellt.

Die Kommission der Zweiten Kammer für Eisenbahnen und Straßen beantragt beim Plenum, den Staatsvertrag zwischen Baden, Preußen und Hessen vom 14. Dezember 1901, betreffend die Vereinfachung der Verwaltung der Main-Nedcarbahn, die Zustimmung zu erteilen. Die "Vereinfachung" der vielumstrittenen Main-Nedcarlinien soll also allem Anschein nach demnächst zur Thatsache werden. Man verzerrt sich hier zu Lande nicht, daß damit eine erhebliche staatsrechtliche Benachteiligung Badens verbunden ist, glaubt dieselbe aber als unausweichlich betrachten zu müssen, wenn man sich die finanziellen Vorteile des neuen Staatsvertrages nicht entgehen lassen will.

Alte politische Nachrichten. Die Verhaftung des Grafen Bücker ist nach dem Niedersächsischen Anzeiger am Donnerstag von der Strafkammer in Glogau beschlossen worden. Der für Donnerstag in Glogau angesetzte Termin gegen den Grafen, dessen Inspektor Kirchner und vier Domänenarbeiter wegen Vergewaltigung Paragraph 805 des Reichsstrafgesetzbuches musste auf den 20. d. Ms. verlegt werden, da Graf Bücker trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschien war. — Infolge einer in Dorpat seitens einer kleinen Gruppe russischer Studenten ausgeschilderten Demonstration ist die Schließung der Vorlesungen auch an der dortigen Universität verfügt worden. Die Mehrzahl der Dorpater Studenten sind Russen und haben sich diese stets jeder politischen Betätigung ferngehalten. In Petersburg sollen alte Hochschulen geschlossen sein. — Das Reichspolizeipräsidium in Bulaeu verurteilte vier angebliche Hauptpläne, die vor dem Kammergebäude am 24. Februar vorgetragen wurden. In vier Monaten und 87 Angeklagte wurden freigesprochen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem Abgeordnetenhaus. — Ein Dementi. — Eine Wiener Gemeinderatswahl.

Wien, 13. März. In der fortgesetzten Debatte über das Budget der Landesverteidigung erklärt der Abgeordnete Svozil, die Tschechen seien keineswegs Feinde einer tüchtigen Armee. Aber die Grundlage einer tüchtigen Armee sei die Zufriedenheit der Völker. Die Regierung habe aber nicht einmal den Mut, gegen die Ausweitung slawischer Staatsbürger aus einem befremdeten Staat aufzutreten, sie halte an dem Wahne fest, daß Oesterreich eine deutsche Mission habe und vergesse, daß Oesterreich ein Völkerstaat sei. Unter der gegenwärtigen Heeresleitung werde die Armee nicht zur entsprechenden Tüchtigkeit gelangen. Redner bringt dann eine Reihe von Beobachtungen vor, und findet es sonderbar, daß die Grenze gegen Russland, das nie gegen Oesterreich Krieg geführt habe, stark befestigt sei, während an der böhmisch-deutschen Grenze sich keine Festung befindet. Redners Partei sei keine Feindin Oesterreichs, sondern nur Feindin eines deutschen Oesterreichs, daß ihre Söhne entnationalisiere.

Landesverteidigungsminister v. Welsersheim erklärt, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die den Wegfall aller Erleichterungen mit sich führen würde, würde neben großen Kosten viele Bedenken mit sich bringen. Es müsse offen und ehrlich sagen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einer Verminderung der Wehrpflicht nicht die rede sei können.

Der erste Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, Prof. Dr. Brandl-Berlin, erklärt in einem an die Neue Freie Presse gerichteten Telegramm, die im österreichischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Interpellation des Abgeordneten Horita, betreffend eine angebliche zwanzigtausend Mark-Spende der hessischen Regierung an den Allgemeinen Schulverein stütze sich auf eine blumpe Erfahrung. Der Schulverein habe niemals einen Pfennig von einer deutschen Regierung erhalten oder erbeten.

Im Gemeindevorwahlbezirk Simmering wurde am 12. März für die allgemeine Wählerklasse eine Nachwahl vorgenommen, die den Sieg des christlichsozialen Kandidaten über den Sozialdemokraten ergab. Ersterer erhielt 3335, letzterer nur 2293 Stimmen. Durch Terrorismus und Schwindel hat sich die herrschende Gemeinderatsclique den Sieg reichlich erleichtert.

Spanien.

Ministerkrisis.

Madrid, 13. März. In dem heute vormittag abgehaltenen Ministerkabinett teilte der Ministerpräsident Sagasta mit, daß die Demission des Finanzministers Urdaz unwiderruflich sei. Die übrigen Minister beschlossen ebenfalls zurückzutreten. Sagasta hat den Vorschlag der Königin, ein neues Kabinett unter Herausziehung der liberalen Dissidenten zu bilden, abgelehnt und erklärt, er könne nur ein rein liberales Ministerium aufstellen. Die Königin erwiderete, sie werde sich mit den Präsidenten des Senats und der Kammer beschreiben.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu drei Beilagen und die Romanbeilage.

Leipzigs grösstes und billigstes

Herren-Modenhaus

Gebrüder Rockmann

Jah.: Gottfr. Hühne

Centrale: L.-Reudnitz
Dresdener Str. 75, parterre,
I. u. II. Etage.
Straßen-Holzstelle: Neubinner Depo.
Fernsprecher: Nr. 4202.

Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge
von Mr. 10.— bis 48.—
Eleg. Neuheiten in farbigen Rock-
Anzügen von Mr. 25.— bis 40.—
Radfahrer-Anzüge von Mr. 8½— bis 20.—

Bayer. u. Tiroler Loden-Artikel
garantiert imprägniert wasserfest.
Havelocks v. 7½, Joppen v. 2½ Mr. an.
Neuheit! „Spessart-Pelerinen-Rad“ 12.— Mr.

Beinkleider
in apartesten Neuheiten
von Mr. 2½ bis 18.—

Westen
in Piqué und Seide
von Mr. 2½ bis 12.—

Anfertigung nach Mass:

Abteilung A:
Anzüge nach Maß von 45 bis 65 Mr.
Sommeranzüge nach Maß 35 bis 48 Mr.
Beinkleider nach Maß 12 bis 18 Mr.

Abteilung B:
Anzüge nach Maß von 24 bis 42 Mr.
Sommeranzüge nach Maß 17 bis 36 Mr.
Beinkleider nach Maß 5½ bis 13 Mr.

Unbedingte Garantie
des Gutes!

Wir machen höflichst darauf aufmerksam, daß unsere Filiale „Schönefeld“ auch Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet ist.

Eine wichtige Sache Im Haushalt ist die Wahl einer
wirklich guten Seife. Mit

Sunlight Seife

wird der Hausfrau eine Seife geboten, die
alle Vorzüge

jederer erstklassiger Seife in sich vereint. Infolge ihres hohen Reinigungsgehaltes
keines wäscheangreifenden Hülsmittels

(Basis etc.) bedarf u. nach jeder Waschmethode mit oder ohne Kochen angewandt werden kann.

Gentzsch, Gartenstraße 1
Möbel-Magazin (1880)
Oskar Lorenz, Tapizerier u. Dekorateur
Grosses Lager mitgebrachter preiswerter
Möbel. Spezialgeschäft für komplett
moderne Zimmerinrichtungen. Verkauf
einzelner Möbel. Transport frei.
Ausflücht auch Sonntags gestattet.

Schnellföhlerei mit Dampfbetrieb
Münzgasse 7. Schuh-Fädereien
mit Leders- und Gummischuhen billig.
Herrenschuhs. u. Absatzschuhe v. Mr. 1.00 an.

Konkursmasse-Ausverkauf.
Die grossen Warenbestände der S. Josephschen Konkursmasse in Plagwitz, bestehend in Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe sowie Stoffen u. Schuhwaren, gelangen Wochenlang in L.-Plagwitz, Zschochersche Strasse 53, im Laden, zu den von mir festgesetzten billigen Preisen zum Ausverkauf.
Paul Gottschalk, Konkursverwalter.

Dampfbäder, russ., röm.-russische, Voll- u. Teelich.
Einpaokungen, Spezialkurform, anerkannt von
Massage, 1—4 Uhr nachm. nur für Dame.
Schwimmassale 20°, kristallisiert Wasser.
Montag, Mittwoch, Sonnab. v. 2—1/2 bis 5 Uhr nach.
Dienst., Donnerst., Freit. v. 1/2—9—11 Uhr vom
Montag abends v. 1/2—8—9 Uhr; nur für Dame.
Wannenb. Lu. II. Kl. f. Dame u. Herr, jed. Zettel.
Die Anstalt ist für alle Väter von jeßt 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet.

Marienbad
L.-Neuschönfeld
Eisenbahnstrasse 66
Telephon: Nr. 846.

Reichsstrasse 12, I.

Die bevorstehende

Konfirmation

nährt heran, wo jedermann sein Kind anständig einkleiden möchte, jedoch die allgemeine schlechte Zeitlage, sowie die

+ Arbeitslosigkeit +

erschwert es vielen. Wir wollen daher auch diesmal der gegenwärtigen Notlage Rechnung tragen, indem ein grosser Posten
Konfirmanden-Anzüge zusammengestellt wurde und zwar von Mk. 6.50 an, sodoß selbst dem Unbereiteten
ermöglicht ist, sein Kind für nur

Wenige Mark

schnell gekleidet zur Konfirmation schick zu können. Ferner:

Eine Partie Herren-Anzüge
fr. b. u. 10½ — 15 — 17 — 25 — 34 — 42 — 51 Mr.
jetzt 7½ — 10 — 11½ — 18 — 23 — 28 — 33 Mr.

Eine Partie Herren-Paletots
fr. b. u. 10 — 18½ — 22 — 28 — 38 — 40 — 48 Mr.
jetzt 7 — 9 — 14½ — 16½ — 22 — 29 — 32½ Mr.

Eine Partie Knaben- u. Burschen-Anzüge
fr. b. u. 8½ — 11 — 7 — 0 — 12 — 15 — 18 — 24 Mr.
jetzt 5½ — 8 — 4½ — 6 — 7½ — 10 — 12½ — 18 Mr.

Eine Partie Herren-Hosen
fr. b. u. 2½ bis 14 Mr.
jetzt 1½ bis 8 Mr.

Winter-Paletots u. Joppen zu jedem nur annehmbaren Preise.

Riesen-Kleider-Konsum

Reichsstrasse 12, 1. Etage.

Inh.: Leo Fisch.

Ein Posten Hochanzüge spottbillig

Reichsstrasse 12, I.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

1. Beilage zu Nr. 60 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 14. März 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Belaten.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht in der Kammer.

Die Verhandlungen der Deputiertenkammer zur Verfassungsrevision nahmen einen sehr stürmischen Verlauf. Am Schluß der gestrigen Sitzung, in welcher die Beratung über die Vorlage betreffend das allgemeine Stimmrecht fortgesetzt wurde, kam es, wie Wolffs Bureau berichtet, zu heftigen Lärmseufzen. Ministerpräsident de Smet de Naeyer hatte geäußert, die Politik der Sozialisten besthele darin, mit Hilfe der Liberalen zunächst das allgemeine Stimmrecht zu eringen. Das Bündnis der Parteien der Linken sei nur äußerlich; der Zweck desselben sei die Agitation, das wahre Ziel der Sozialisten sei die Revolution und die Revision der Verfassung. Das Herz müsse einem bluten, wenn man die Eventualitäten denkt, die von den Sozialisten in Aussicht gestellt seien. Das allgemeine Stimmrecht werde von der Regierung abgelehnt, weil es unter den heutigen Umständen unvereinbar sei mit den Institutionen Belgiens.

Galuwaert (Sozialist) rief: „Sie werden es bereuen.“ Van der Velde (Sozialist) sagt, auf die Friedensvorwürfe, die man an den Minister gerichtet habe, sei nicht gehörig worden. Die Erklärungen des Ministers lämen für die Arbeiter einer wahren Kriegserklärung gleich. (Beifall links.)

Anseels (Sozialist) rief, der Minister habe gesagt, es werde Blut fließen.

Ministerpräsident de Smet de Naeyer rief: „Das ist falsch! Sie wollen die Revision der Verfassung mit Mitteln erlangen, deren sich Strafenräuber bedienen.“ (Vorwurf links, Rufe: zur Ordnung.)

Ein furchterfüllter Tumult entsteht. Alle Sozialisten erheben sich, Smeets (Sozialist) stürzt auf den Tisch des Präsidenten zu, schlägt mit Fäusten darauf und verlangt, daß der Ministerpräsident zur Ordnung gerufen werde. Andere Sozialisten drängen mit erhobenen Fäusten auf die Ministerseite zu. Die Soldaten werfen sich ihnen entgegen, die gewähmten Liberalen suchen die Sozialisten, die vor den Bänken der Ministerin drohender Haltung stehen, zu beruhigen. Der Präsident erhebt sich und erklärt die Sitzung geschlossen.

Dänemark.

Die westindischen Inseln in der Kammer.

Kopenhagen, 13. März. Der Folteilung, welcher sich in mehreren, nicht öffentlichen Sitzungen über die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln schließlich gemacht hatte, hielt heute in dieser Angelegenheit die erste öffentliche Sitzung ab. Anders Nielson (Vinde) führt aus, Dänemarks Recht, seinen Platz in der Reihe der Nationen zu behaupten, beruhe auf ganz anderen Bedingungen, als auf dem Besitz der dänisch-westindischen Inseln. Im Namen einer großen Mehrheit des Folteilings empfiehlt er die Annahme des Antrags in der Hoffnung, daß die Inseln unter dem Schutz einer großen Macht einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Ottosen (Vinde) beantragt, eine Abstimmung unter den Bewohnern der Inseln vorzunehmen. Værre (Vinde) sprach gegen die Abtretung, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Inseln voraussichtlich sich jetzt besser stellen würden. Der Minister des Auswärtigen Deutzer hob hervor, der Zweck des Vertrages sei nicht der Verkauf, sondern der Übergang der Inseln an Amerika, wo sie eine ganz andere und zwar bessere Stellung als jetzt erwerben würden; Dänemark erholtet nämlich nur Erfüllung seiner Verpflichtungen; Amerika habe während der Verhandlungen die größte Vorausicht gezeigt. Værre gegenüber erklärte der Minister, in der Politik gelten nicht Hoffnungen, sondern Fakta. Hammerich (Mechle) sprach gegen die Abtretung, welche im Auslande als Pallierklärung Dänemarks aufgefaßt würde. Anders Nielson protestierte gegen diese Neuerung Hammerichs.

Für das unvorteilige Verhältnis, daß Land und Leute hier einfach von einer Regierung an eine andere verschoben werden sollen, halte die Kammer in ihrer Mehrheit offenbar kein Bündnis. Der Kaufhandel wird schließlich doch Thalsache werden.

Italien.

Die Sozialisten und das Ministerium Garibaldi.

Rom, 18. März. In der Fortsetzung der Beratung über die Erklärungen der Regierung erklärte der Deputierte Prempolini namens der Sozialisten, diese würden für das Ministerium stimmen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. März.

Theaternachrichten. Der Sonnabend bringt im Neuen Theater nachmittags 1/2 Uhr als Vorstellung für die Volksschulen von Leipzig-Land Wilhelm Tell. Abends 7 Uhr gehen die drei Einakter: Ein Auserwählter, Der letzte Sinn und Post festum in Szene. — Im Alten Theater gelangt die Operette Das süße Mädel zur Aufführung.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater geht die Oper: Der Freischütz in Szene. — Im Alten Theater wird nachmittags 1/2 Uhr als Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein: Doktor Klaus, abends 7 Uhr: Das süße Mädel gegeben.

Im Carolathéater findet am Sonntag das einmalige Gastspiel bei Mr. Coquelin mit dem gesamten Künstlerpersonal der Börse St. Martin in Paris in Cyrano de Bergerac statt. Billets sind morgen noch im Vorverkauf von 10—12 Uhr an der Tagessäule des Neuen Theaters und von 10—12 Uhr an der Kasse des Carolathéaters zu entnehmen.

Ein neuer Böcklin im städtischen Museum. Das Museum am Augustusplatz ist um einen neuen Kunstschatz von unvergänglichem Werke bereichert worden. Neben der Toteninsel, die ihren Platz gewechselt hat und mit einem Selbstporträt von Stück und einem Bild von Segantini ein besonderes Kabinett teilt, hängt ein Werk Böcklins aus dem Jahre 1888, die Frühlingshymne. Unsere reiche städtische Kunstsammlung hat damit eine neue Anziehungskraft erworben, die hoffentlich auch auf die Arbeiterkreise der Stadt ihre Wirkung nicht verfehlten wird. In wenigen Wochen steht draußen in Wald und Feld die große Hymne an, und mit der Frühjahrstausstellung, die „der liebe Gott“ veranstaltet, kann auch der große Meister von Basel nicht konkurrieren. Die wenigen Sonntage aber, an denen noch nicht die Natur ins Freie loct, sollten nach Möglichkeit dem Kunstgenüsse genügt werden.

Auch dem ungeübten Beschauer wird das neuverworbene Bild in der großen Halle der anderen Gemälde auffallen. Es ist viel glatter, glänzender und bunter. Das kommt daher, daß Böcklin nicht auf Leinwand, sondern auf Holz und mit besonders präparierten Farben gemalt hat. Die Unterscheidungsmerkmale sind also zunächst rein äußerliche, mehr Merkmale des Handwerks als der Kunst.

Man wird die Begründung dieser überraschenden Stellungnahme abwarten müssen, ehe man darüber ein Urteil ablegt.

Soziale Rundschau. Volkswirtschaftliches.

Vor dem Ehrengericht der Börse. Der Handelsredakteur der Berliner Morgenpost, Bernhard, war von der Dresdener Bank bei dem Ehrengericht der Berliner Börse beschuldigt worden, systematisch gehässige oder auf unrichtige Thatsachen gestützte Kritik an der Geschäftsbearbeitung der Dresdener Bank verübt zu haben. In dieser Sache wurde Mittwoch nachmittag nach dreistündiger Verhandlung vor dem Ehrengericht das Urteil gefällt. Es lautete auf Erteilung eines Verweisens gegen den Angeklagten Bernhard. Dieser hat gegen das Urteil Berufung eingestreut.

Wirtschaftliche Folgen der preußischen Polenpolitik. Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: Die Runde von dem Entschluß der polnischen Großaufstände, ihre Beziehungen zu den deutschen Firmen aufzugeben, hat zur Folge gehabt, daß Handelsreisende aus aller Herren Länder, insbesondere aus Frankreich, Italien, Schweiz, Tirol und Nieder-Oesterreich, nach Russisch-Polen strömen. Einige von ihnen erhalten auch Aufträge, so z. B. wurden in Warschau für die herannahende Saison landwirtschaftliche Maschinen für ca. 10000 Rubel (gegen 9000 Mark) bestellt, so daß die Einfuhr dieser Fabrikate aus Deutschland in diesem Jahre sich merklich vermindern wird. Nur der Bedarf an Sägemaschinen und Pfählen wird nach wie vor durch deutsche Fabrikate gedeckt werden, denn es stellt sich heraus, daß nur in Deutschland den lokalen Verhältnissen entsprechende Maschinen hergestellt werden. Wenn man der polnischen Tagesspreche Glauben schenken darf, sind schon jetzt die Folgen der anti-deutschen Bewegung bemerkbar, indem die Einfuhr der deutschen Fabrikate durch die Grenzstation Alexandrowo abgenommen, während die der anderen (österreichischen) Waren bedeutend zunommen hat. Den russischen Zeitungen nach erstreckt sich die Folge dieser Bewegung nicht allein auf Polen, sondern auch auf die rein russischen Gouvernements, indem sich die böhmischen Fabrikanten bemühen, nach Russland vorzudringen, zu welchem Zwecke einige derselben sich zur Zeit in Siew aufzuhalten und auch andere größere Städte aufzusuchen, um mit den russischen Handelsleuten in nähere Beziehungen zu treten.

Sozialpolitisches.

In einem Erlass des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und den Direktoren der Ministerial-, Militär- und Baukommission vom 5. d. M. sind dieselben angeweiht worden, um auch in dem Bereich der Hochbauverwaltung dazu beizutragen, daß die infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs zu Tage getretenen schwierigen Verhältnisse der Arbeitersiedlung und der Industrie baldigst verbessert werden, behuts Schaffung von Arbeits- und Vieserzeugungsgelegenheiten auf thunlich schneller Förderung sämtlicher staatlichen Hochbauten in den Grenzen der zur Versorgung stehenden Baumittel besonders hinzuwirken.

Bergmeinblübung der Apotheken! Zur Preissteigerung der Apotheken berichtet die Pharmazeutische Wochenschrift, daß in Danzig eine Apotheke innerhalb eines Monats zweimal „mit leidlichem Gewinn“ verkauft worden ist. Nach 14-tägigem Besitz habe ein Apotheker 13 000 M. verdient. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben von neun Apotheken in Danzig vier dreimal durch Verkauf ihren Besitzer gewechselt. Für die Neugarten-Apotheken wurden 1898 50 000 M. mehr als beim letzten Verkauf gezahlt, beim Verkauf im Jahre 1901 weitere 30 000 M. und beim zweiten Verkauf im selben Jahre nochmals 18 000 M. mehr. Innerhalb zehn Jahren erfolgte also eine Preissteigerung von 98 000 M. Die Elefant-Apotheke wurde 1892 mit 54 000 Mark mehr als bei dem letzten Verkauf und 1895 mit weiteren 18 000 M. mehr verkauft. Die Adler-Apotheke erzielte beim Verkauf 1894 ein Mehr gegen den letzten Verkauf von 171 000 Mark, 1899 wurde sie nochmals um weitere 85 000 M. höher verkauft. Die Langfuhrer Apotheke wurde 1891 um 40 000 M. höher als zuvor verkauft. Bei dem Verkauf 1895 erfolgte eine weitere Preissteigerung um 60 000 M. und beim Verkauf 1907 übermals eine solche um 30 000 M. Die Pharm. Wochenschrift weist noch, daß in zehn Jahren rund 700 000 M. an sieben in Danzig verkaufen Apotheken verdient worden sind.

Gegen die Wohnungsknot. Die Hamburger Bürgerschaft nahm am letzten Mittwoch einen Senatsantrag an, wonach zur Befreiung der Wohnungsknot Baununternehmern zum Bau von Arbeiterwohnungen pemulare Staatsunterstützung, sowie Ermäßigungen der Grundsteuer gewährt werden soll.

Gewerkschaftliches.

Die Tabakarbeiter in Braunschweig erfreuen sich fortgesetzter einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der dortigen Polizei. Nachdem das neue Gesetz bez. die Privatversicherungen

die Gewerkschaft der Tabakarbeiter, den Tabakarbeiterverband, der „Büfforge“ der Polizei entzogen hat, scheint man den organisierten Tabakarbeitern auf andere Weise beizukommen zu wollen. Wie dem Volksfreund berichtet wird, lädt neuerdings die Polizei Vorladungen an nicht organisierte Tabakarbeiter oder Arbeiterrinnen ergeben und zwar in einer „polizeilichen“ Angelegenheit. Vom Polizeiinspektor Bussenius werden die Befragten darüber befragt, ob sie im Verbund wären, ob ihnen von Seiten der organisierten Arbeiter Unannehmlichkeiten deswegen auf der Arbeit bereit bereitet würden, wer denn eigentlich der Vorstand sei u. a. Es ist bis jetzt noch dunkel, was die Polizei mit allen diesen Ausfragen bezweckt.

Die Berliner Holzindustriellen und der 1. Mai. In der Generalversammlung der Vorstände der vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie wurde folgender Beschuß gefaßt: „Die heutige Versammlung der Vorstände aller besonders in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie beschließt: 1. den 1. Mai als Feiertag der Arbeitnehmer nicht anzuerennen; 2. den eingebundenen Generalversammlungen der einzelnen Verbände folgenden Beschuß zur Annahme zu unterbreiten: „die am 1. Mai feiernden Arbeiter zu entlassen und vor einer gewissen Frist nicht wieder einzustellen. Dienigen Arbeiter, welche wegen Feiern des 1. Mai entlassen sind, dürfen vor Ablauf einer gewissen Frist in anderen Betrieben nicht eingestellt werden. Arbeiter, welche vor dem 1. Mai beschäftigungslos waren — was zunächst durch Anfragen bezüglich Entlassungschein festzustellen ist — können eingesetzt werden.“ — Nichts gelernt und viel vergessen“, kann man den Berliner Holzindustriellen zufügen.

s. Tessin, 14. März. Das Bureau Schaffer telegraphiert: Die gesamten Belegschaften der Johann-Seche bei Wintersgrün, der Adolf- und Sophie-Schächte sind wegen Lohnreduktion in den Generalstreik getreten. Die ganze Belegschaft der Egervarfe erklärte sich mit ihren Kollegen solidarisch und verlangte die Zurücknahme jener Verfügung.

Die Bewegung unter den italienischen Landarbeitern wächst, wie Hirsch Bureau berichtet, namentlich in den Provinzen Ferrara, Novigo, Modena, Bologna und Navarra. Im Bezirk Capparo ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. In Novigo streiken seit vorgestern 20000 Landarbeiter. Die Behörden sandten Truppen nach allen bedrohten Punkten.

ac. Die Metallindustriellen von Barcelona haben eine Kommission ernannt, welche die Forderungen der Arbeiter untersucht und die nötigen Reformen vorschlagen soll. — Es sind wieder einige Streiks im Gange. So haben die Fuhrleute der Postfahrzeuge die Arbeit eingestellt. Die Behörden bringen das alte Mittel in Anwendung, indem sie Militär beordern, die Wagen zu begleiten und die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten.

ac. Aus Calabrien kommen Nachrichten über stattgehabte, ganz ernstliche Revolten. Die Arbeitslosigkeit ist dort eine sehr große und die Bewohner warten seit langem auf die längst versprochenen Eisenbahnbauten. Die Regierung konzentriert dieselben nicht und so kam es zu Zusammenrottungen; am schlimmsten wurde in Cassino gehaust. Dort drang die Masse in das Stadthaus ein, schlug alles entzwei, begoss Treppen und Zimmer mit Petroleum und zündete das Haus an, so daß das ganze Gebäude in kurzer Zeit ein Raub der Flammen geworden war. Es stehen nur noch die vier Umfassungsmauern, und der Schaden wird auf ½ Million Franken geschätzt. Militär und Gendarmerie sind jetzt in genannten Orte angelaufen und haben gegen 40 Verhaftungen vorgenommen.

In Bolton ist der Generalstreik ausgebrochen. 90000 Arbeiter sind ausständig. Die Industrie von ganz Neu-England leidet an Kohlemangel. Die Vertreter der streikenden Arbeiter lehnen jedes Schiedsgericht ab.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

50 Prozent Steuerzuschlag! Das Ministerium hat der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer die Mitteilung zugehen lassen, daß es in Absicht des Standes der Beratungen über die Steuerreform gezwungen sei, wenigstens vorläufig die Steuern nach dem alten Einkommensteuergesetz zu erheben und daneben Zuschläge auszuschreiben. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: Die Zweite Ständekammer hat in ihrer Sitzung vom 10. Dezember vorjähriges Jahres beschlossen, den mittels königlichen Dekret Nr. 4 vom 12. November v. J. unter B. vorliegenden Entwurf des Gesetzes, die Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 betreffend, schon mit Wirkung vom 1. Januar 1902 in Kraft treten zu lassen. In Erwartung dieser Zustimmung der Zweiten Kammer und im Hinblick auf die Möglichkeit, daß der Beschuß derselben noch rechtzeitig die Zustimmung der Ersten Kammer

sind eben von nirgendher gekommen, sie sind einfach da, aus der Phantasie des Künstlers frei geboren — Göttinnen, Grazien, Märchenwesen, was man will. Mienen und Haltung sind ruhig; sie scheinen zu nichts anderem da zu sein, als in der Natur aufzugehen, von der sie selbst ein Teil sind. Das Fleisch ihrer Körper und ihre Gewänder leuchten. Mit großer Liebe ist jede einzelne mit besonderen Farbenreizen bedacht. Sie sind braun, schwarz, blond, und ihre Gewänder sind blau, gelb und rot. Diese Unstetigkeit erhöht den festlich-schroben Eindruck.

Über ihren Häuptern aber plättern kleine Jungen. Man könnte sie Engel nennen, sahen sie nicht gar zu weltlich fröhlich-vielig drehn. Sie haben sich vom Vater, vom Blätting und vom Mauerfuß die Flügel gesellen und scheinen eben die ersten Versuche zu machen, in der Lust spazieren zu gehen, was ihnen offenbar großes Vergnügen bereitet. Drücken die Frauen unten die verdeckte Weichlichkeit der Venenfüße aus, so verstärken die Jungen droben in der Lust den ausgelassenen Übermut jugendlichen Frühlingsglücks.

So hätten wir die Teile in der Hand. Das geistige Band aber das sie miteinander verbindet, muß der Beschauer selbst empfinden.

Böcklin hat ähnliche Frühlingsbilder öfter gemalt, b. h. Bilder die mit ähnlichen Mitteln ähnliche frohe Empfindungen ausdrücken. So den Frühlingsreigen (1888 Dresden Galerie), die italienische Villa (1871 Schatzgalerie in München), den Frühlingstag (1876 Berliner Nationalgalerie), während das gewaltige Gemälde Frühlings Einkehr (1880 Bild der Künstlergesellschaft) mehr die geheimnisvolle Erhabenheit des Werbens als den fröhlichen Geist der Idylle atmet. Unser Frühlingsbild, das Böcklin im Alter von 61 Jahren an der Schwelle des Greisenalters gemalt hat, schließt würdig die lange Reihe ab. Aber auch von einem anderen Standpunkte aus ist es als eine überaus glückliche Erwerbung zu betrachten. Neben der Toteninsel, dem flaggenden Bilde der Vernichtung, leuchtet es als jubelnde Hymne der Werbelust. Hier und dort sind die beiden Endpunkte gegeben der ungeheuer Spannungsreihe der Empfindungen, die dieser gewaltige Künstlergeist umfaßte. o. b.

nr. Eine wichtige Neuheit im Richtheilversfahren wird in der Wärgausgabe der Monatsschrift für Orthopädie und physische Heilmethoden von Dr. Theodor Schüller in Charlottenburg in ihrer Bedeutung hervorgehoben. Die Behandlung verschiedener Krankheiten durch Richtstrahlen, wie sie Professor Bins in Kopenhagen zuerst erfolgreich durchgeführt hat, wird

finden könnte, halte das Finanzministerium schon durch eine Generalverordnung vom 30. November v. J. verfügt, daß bei der Einschätzung für die Einkommensteuer auf das Jahr 1902 bis auf weitere Anordnung die Entrichtung der Steuererträge in die dazu bestimmte Kalasterspalte, sowie der Abschluß der Kataster anzusehen sei. Für diese Ausschöpfung war indessen von vornherein eine gewisse zeitliche Grenze gegeben. Länger als bis Mitte dieses Monats läßt sich die Fertigstellung der Kataster nicht aufhalten, wenn nicht die Einhaltung des ersten Termins der Einkommensteuer zum 30. April in Frage gestellt werden soll, was nicht nur für die ordnungsgemäße Fortführung der Staatswirtschaft, sondern auch für die Gemeinden, welche ihre ganzen Auslagen im Abschluß an die Staatseinkommensteuer erheben, von größtem Nachteil sein würde.

Da nun nach Verlauf der Ständeberatungen über die Steuerreformvorlage ausgeschlossen erscheint, daß die Novelle zum Einkommensteuergesetz bis zum 15. d. Mts. verabschiedet und publiziert werden kann, so bleibt nichts anderes übrig, als für das laufende Jahr auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember 1901, die provisorische Fortlebhung der Steuern und Abgaben im Jahre 1902 betreffend, die Einkommensteuer nach Maßgabe der jetzt geltenden Bestimmungen, also nach dem Gesetz vom 24. Juli 1900, veranlagten und erheben zu lassen.

Das Finanzministerium hat daher unter dem heutigen Datum Anweisung ertheilt, daß die Kataster unter Zugrundeziehung des bisherigen Steuergesetzes abzuschließen und an das Finanzministerium zur Prüfung und Feststellung einzuführen seien. Hierauf befindet sich die Regierung nicht mehr in der Lage, einer Änderung des geltenden Einkommensteuerarifs mit Wirkung schon für das laufende Jahr ihre Zustimmung zu erteilen, vielmehr wird mindestens für das Jahr 1902 der nach Feststellung des ordentlichen Staatshaushaltsetats sich ergebende Fehlbetrag gemäß Art. 5 des Gesetzes, die direkten Steuern betreffend, vom 3. Juli 1878, durch einen Zuschlag zu den bisherigen und jetzt noch geltenden Normalhöhen der Einkommensteuer zu decken sein.

Bei Ausübung der Steuer wird in den Steuerzetteln besonders daran hingewiesen werden, daß die Erhebung der Zuschläge zu jener Steuer vorbehalten bleibe, in welcher Beziehung den Steuerpflichtigen nach Verabschiedung des Finanzgesetzes unter Bezeichnung des Termins für die Entrichtung der Zuschläge noch ein besonderer Steuerzettel zugehen wird.

Ob in gleicher Weise wie für das Jahr 1902 auch im folgenden Jahre der Fehlbetrag im Etat durch Zuschläge zu den alten Normalhöhen der Einkommensteuer zu decken sein wird, wird vom weiteren Verlauf der bezüglichen Ständeberatungen abhängen. Die Regierung erachtet es für ihre Pflicht, die Zweite Ständekammer hierzu in Kenntnis zu setzen. Eine gleichlautende Erklärung ist der Ersten Kammer zugegangen. Das Finanzministerium, gez. v. Meysch.

Da haben wir also die Bescherung. Wenn der Steuerzahler in diesem Jahre seinen Steuerzettel erhält, dann mag er nicht vergessen, daß dieser Zettel nicht den ganzen Steuerbetrag enthält, den der Staat von ihm fordert, sondern daß er noch einen zweiten Steuerzettel zu erwarten hat, in dem die Höhe der Zuschläge festgesetzt wird.

Die Regierung hat bekanntlich, nachdem sie ihren Etat auf das äußerste beschränkt hatte, einen Steuerzuschlag von 50 Prozent für notwendig gehalten.

Wenn auch der Landtag an dem Etat noch einige Abstriche vornehmen und sich der Bedarf etwas erniedrigen wird, so werden doch die Zuschläge nicht weit hinter 50 Prozent zurückbleiben.

Wenn also der Steuerzahler im April seinen Steuerzettel erhält, so mag er daran denken, daß er noch einen zweiten bekommen wird mit einer Steuernachforderung etwa in der Höhe der Hälfte seines ersten Steuerzettels.

Die Nationalräte gaben vor, die schwachen Schultern schaden zu wollen; es ist gelommen, wie wir es gesagt haben: es machen sich hohe Zuschläge nötig, deren Last hauptsächlich die armen und mittellosen Kreise zu führen bekommen werden. Diese Steuerpolitik wird nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums die höchste Schüttung gegen die gegenwärtige Wirtschaft hervorrufen.

Da die Erste Kammer überhaupt mehr Neigung für Steuerzuschläge hat, als für eine dauernde Erhöhung der Einkommensteuerhöhe, so ist es noch sehr fraglich, ob die Einkommensteuerreform der Regierung auch für die neue Einkommensteuer, wenigstens hat sie das stets behauptet, nicht zu haben sein.

Dann wäre aber die Steuerreform wieder einmal gänzlich ge-

scheitert, die Aussicht auf eine dauernde Sanierung unserer Finanzverhältnisse wäre für lange Zeit dahin, für die Gegenwart aber wäre die Finanzmisere schlimmer denn je. Der Landtag hat sich wieder einmal als unsfähig zur Lösung der Finanzfrage erwiesen.

Änderung des Klassenwohlrechts! Das Bureau Schaffer verbreitet die sensationelle Nachricht, die es aus zuverlässigster Quelle haben will, daß gegenwärtig im Staatsministerium Beratungen über die Änderung des Dreiklassenwahlrechts stattfinden.

Sollte sich die Nachricht bestätigen, so wäre damit auf das klarste bewiesen, daß die Regierung unter der Herrschaft der Mehnert und Genossen ein Missbehagen fühlt, das so stark ist, daß es die Schuhwehr, die es im Klassenwahlrecht gegen den Umsturz ausgerichtet zu haben glaubte, preiszugeben sich entschlossen hat.

Warten wir vorläufig ab, ob die Nachricht sich bestätigt. Eins kann man aber als feststehend betrachten, nämlich daß die Regierung gegenüber den Medingern den Schrecken vor der Sozialdemokratie überwunden zu haben scheint.

Stemich scharfe Kritik leistet sich das Neue Sachsische Kirchenblatt zu dem Fall Kühn. Der Militärarzt Kühn in Dresden hatte bekanntlich in einer Predigt die sittlichen Gefahren der Kaserne gestreift und dabei auch die Vorgesetzten unter die kritische Lupe genommen, was einen Offizier veranlaßte, den Geistlichen schwer zu beleidigen. Außerdem erhielt er einen Verweis. Das Blatt schreibt nun:

„Wo zu denn der Militärgeistliche und der Militär-gottesdienst eigentlich da? Um die Soldaten abzufanzeln und alles, was Vorgesetzter heißt, sorgfältig aus dem Spiele zu lassen? Das zieht geradezu Illusionen, denn die Mannschaften wissen recht gut, ja sie wissen es zu genau, wie viel gerade in den besprochenen Punkten in der sittlichen Ausfassung eines guten Teiles unserer Offiziere faul ist.“

So hat Dr. Kühn unseres Erachtens einfach seine Pflicht getan.

Wollte er sein Amt nicht unerfüllbar lassen, dann mußte er vor dieser Gemeinde und bei diesem Texte die berührten Gedanken hereinziehen.

Und doch ist dem Geistlichen etwas wie eine Strafe zu teil geworden. Auf Anzeige eines Oberleutnants, der bei jenem Gottesdienst die höchste anwandelnde Offizier war, wurde Dr. Kühn eine Disziplinarhöhung des Kriegsministers „zu Protokoll“ eröffnet. Das ist ein Punkt, dem sich die Auferksamkeit der geistlichen Behörden mindestens gewiß mit allem Ernst zu wenden wird. Sie werden es nicht dulden dürfen, daß jene „Berechtigung“ in Kraft bleibt; das zieht planmäßig Metzlinge züchten wollen, statt wackerer und treuer Hirschen. Es kann so nicht bleiben, daß ein pflichttreuer Geistlicher um eines mutigen, durchaus nicht möglichen Wortes willen allen Anfechtungen, Verächtigungen und schließlich auch Verachtungen ausgesetzt wird, ohne daß er sich wehren kann und ohne daß seine vorgelegte Behörde für ihn eintrete. Ist es nicht Sache der geistlichen Behörden, den Offizier zur Rechenschaft zu ziehen, der einen Geistlichen wegen seiner gewissenhaften Pflichterfüllung mit Strafe bedroht und vor den Mannschaften in geringhöchster Weise herabstellt, so ist es doch allermindestens ihr Amt, ihn vor der unbegründeten Strafe zu schützen.“

Das sind für ein Kirchenblatt recht mannsame Worte, die oben nicht gefallen dürften. Aber was hier über die geistliche Kritik an militärischen Zuständen gesagt wird, gilt auch für die Kritik des Militarismus, wie sie namentlich von unseren Genossen im Reichstage gesagt wird, überhaupt.

s. Dresden, 13. März. Die Annahme des Antrages

Eischedel in der Polizeikommission des Reichstags, daß den Städten verboten werden solle, auch noch ihrerseits die Lebensmittel zu besteuern, hat bekanntlich den Rat der Stadt Dresden veranlaßt, dem Reichstage eine Petition zu unterbreiten, worin erklärt wird, daß die zwei Millionen indirekter Gemeindesteuern weder die Lebensmittel verneinten, noch eine Besteuerung der Vieceranten sei. Bei Erfolg dieser Annahme würden die direkten Steuern erhöht werden und dann würden die reichen Leute aus Dresden flüchten. Heute abend beschlossen die Stadtverordneten, sich der Petition anzuschließen. Fünf Stadtverordnete stimmten dagegen, was den Vorständen veranlaßte, sein Bedauern darüber auszusprechen.

Gelenstein, 13. März. Wer ist Herr Gomolla? Zu dieser Frage liefert unser Chemnitzer Parteiorgan, die Volksstimme, folgenden äußerst interessanten Beitrag: In die Redaktion des früheren Parteiorgans, der Vogtländischen Volkszeitung, ist ein Herr Gomolla eingetreten, der bisher an den Auerbacher

jezt allseitig anerkannt. Ihre Wirksamkeit gegenüber verschiedenen Leiden unterliegt keinem Zweifel mehr, nur ein Nebelstand machte sich bei ihr auffällig bemerkbar, nämlich ihre Kostenpflichtigkeit. Die Folge davon war, daß die Behandlung der ständigen Aussicht des Haarsatzes entzogen und auf Anstalten übertragen wurde, was in vielen Fällen geradezu ein Hindernis darstellte. Diese Sachlage hat sich nun durch eine Erfindung des Ingenieurs Kjeldsen mit einem Schlag geändert. Kjeldsen, von Geburt ebenso wie Professor Hinsen ein Däne, begab sich vor einigen Jahren nach den Vereinigten Staaten, wo er im Edison-Werk arbeitete. Unter anderem stellte er dort Versuche mit der Benutzung metallischer Elektroden zur Erzeugung von elektrischem Bogenlicht an und kam dabei zu der Entdeckung, daß namentlich die von eisernen Elektroden ausgehenden Strahlen zu Beleuchtungszwecken nur schlecht verwendbar wären, weil sie hauptsächlich aus den chemisch giftigen Teilen des Spektrums, also aus violetten und ultravioletten Strahlen bestehen. Als Kjeldsen im Jahre 1900 infolge einer Erkrankung nach Kopenhagen heimgekehrt war, erfuhr er von der Hinsendens Lichtbehandlung und wurde besonders auf die Thatache aufmerksam, daß dabei gerade die chemischen Strahlen als die hellwirksamsten betrachtet wurden. Er gedachte selbstverständlich sofort seiner Versuche und sprach mit Professor Hinsen selbst über die etwaige Anwendung metallener Elektroden für die Erzeugung des bei der Behandlung benutzten elektrischen Lichts. Bald darauf trat Kjeldsen in das Hinsendens Institut ein und die Versuche mit der von ihm erfundenen Lampe ergaben bei der Behandlung von Hautüberzügen und anderen Hautanomalien überraschende Erfolge. Das ganze Lichtheilverfahren darf durch diese Neuering für die Arzneiwelt eine völlig andere Bedeutung gewinnen als bisher, da die neue Lampe so billig und außerdem so einfach zu handhaben ist, daß auch der praktische Arzt in seinem Sprechzimmer zu ihrer Benutzung befähigt sein wird. Die verhältnismäßig teure Behandlung in Anstalten wird also durch eine billigere in der Wohnung des Arztes erledigt werden können. Ohne den Wert von Anstalten herabzuziehen zu wollen, darf man diese Entwicklung des Lichtheilverfahrens mit Freuden begrüßen, weil dem behandelnden Arzt schon eine allzu große Zahl von Käufern durch Werbung an Anstalten entzogen wird. Dr. Schüller schreibt

eingehend die Einrichtung der Kjeldsen-Lampe. Sie besteht aus einem gefensterten Metallzylinder, an dem ein Handgriff angebracht ist; durch diesen läuft die Leitung für den elektrischen Strom und außerdem die Beführung von Wasser, die zur Spülung der im Innern befindlichen eisernen Lichtstäbe notwendig ist. Ein einfacher Druck auf einen an der Seite des Griffs angebrachten Knopf bringt den Lichtkörper zur Entstehung und setzt also die Lampe in Betrieb. Die Lichtstrahlen treten durch ein kleines Fenster aus, das mit einer konvergierenden Linse von Bergkristall verschlossen ist. Diese Linse wird auf die frische Hautseite aufgedrückt, so daß die beinahe kalten Strahlen aus nächster Nähe wirken. Abgesehen davon, daß ein nicht umständlicher und für die Kranken lästiger Apparat bei den bisherigen Lampen notwendig war, dauert mit der neuen Einrichtung die einzelne Anwendung nur drei Minuten anstatt einer Stunde. Durch besondere Vorrichtungen können mit der neuen Lampe auch die verschiedenen natürlichen Körperhöhlen behandelt werden. Von großer Wichtigkeit ist ferner der Umstand, daß die neue Lampe am besten bei einer Stromstärke von 5—10 Ampères benutzt wird, während früher eine solche von 80 Ampères angewandt werden mußte. Die ganze Einrichtung würde nach der neuesten Verbesserung nur etwa 400 Mk. kosten, so daß ihre Beschaffung für den einzelnen Arzt nicht mehr unerschwinglich sein würde. Allerdings ist die Lampe nur für elektrischen Gleichstrom benutzbar, so daß beim Anschluß an ein Elektricitätswerk, das etwa nur Wechselstrom abgibt, ein Transformator angeschafft werden müßte, dessen Kosten die des ganzen Apparats übersteigen. Man könnte ja auch eine Accumulatorenbatterie zum Betrieb wählen, jedoch ist das Laden der Elemente zu unständlich, ihr Betrieb nicht zuverlässig genug. Jedermann bedeutet die neueste Entwicklung des Lichtheilverfahrens einen ganz außerordentlichen Fortschritt.

Tolstoi. Wie die Novaja Wremja erfährt, ist im Besitz von Tolstoi eine plötzliche Verschämung eingetreten. In der Nacht zum 11. März schlief der Kranke fast gar nicht; während des ganzen folgenden Tages war die Stimmlage von Tolstoi gedrückt, allgemeine Schwäche machte sich bemerkbar, Puls stets gegen 104, sehr schwach und setzte oft aus. Die Temperatur um 7 Uhr abends war 37,5.

Nachrichten war. Vorher war Herr Gomolla bei Herrn Alexander Wiede in Chemnitz am Landboten tätig. Der Herr strengte sich auch einmal an, bei mir in der Volksstimme Unterschlüsse zu finden; doch war sein Vermögen vergeblich, auch dann, als er sich mit einem Posten am Segebergstift begnügen wollte. Herr Gomolla benutzt jede Gelegenheit, um unserer Partei einzum Zeuge sticken zu können. Wir wundern uns übrigens, daß Herr Gomolla sich nochmals in eine ein bisschen liberal schillernde Zeitung begeben hat. Vor kaum drei Wochen stand sein Schenken noch nach dem ruhigen Posten eines konservativen Amtsblattredakteurs. Diesen Herzenswunsch hat uns Herr Gomolla selbst mündlich offenbart. Anscheinend hatte die Amtsblattpresse keine Verwendung für Herrn Gomollas Genie, obwohl er zum Amtsblattredakteur sich vorzüglich eignen würde. Also ein recht netter Herr, dieser Vertreter des unentwegten Liberalismus in der Vogtländischen Volkszeitung!

Alte Nachrichten aus dem Lande. Im Untersuchungs- gesangs zu Zwickau erlangte ich in der Nacht zum Mittwoch der tags zuvor vom dortigen Schwurgericht wegen Urkundenfälschung und Betrugs zu 2½ Jahren Buchthal verurteilte Major Berger aus Kühnappel bei Hohenstein. — Am Montag in der 8. Morginstunde wurde von Johann Gottlieb Greifenhagen zwischen der Gusel- und der Timpernthal bei Babilstein im Vogtland eine neuerliche Weihachtsmarkt-Gesellschaft gestellt. Es gelang der letzteren, den größten Teil des Viehs wieder über die österreichische Grenze zurück zu treiben, ein Ochse im Werte von 400 Mk. wurde jedoch beschlagnahmt. — Das Spielen mit Schußwaffen hat hier wieder zwei schwere Unglücksfälle zur Folge gehabt. Am Dienstag wurde ein 12-jähriger Gymnast beim Spielen mit Kameraden von einer Revolverkugel in den Unterleib getroffen und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft werden. In Illdenhain bei Zwickau ereignete sich ein ähnlicher Fall. Dort drückte im Scherz ein 18-jähriger Bursche einen Revolver, den er trübsinnig für nicht geladen hielt, auf eine Schar Kinder los, daß Geschosstraf ein 12-jähriges Mädchen in den Schenkel und verletzte es schwer.

Altenburg, 13. März. Der frühere verantwortliche Redakteur der Volkszeitung, Genosse Kühn, sollte Dienstag vor der Strafkammer in Altenburg einen Termin wahrnehmen, konnte aber nicht erscheinen, weil er den Zug versäumt hatte. Die Staatsanwaltschaft beantragte darauf einen Vorführungsbesuch, das Gericht aber erließ einen Haftbefehl. Ob man meinte, Kühn wolle sich einer Lappalie wegen — es handelt sich um einen Bekleidungsprozeß — der Strafe durch die Flucht entziehen?

k. Altenburg, 14. März. (Telegramm.) Der Kassierer des Kredit- und Sparvereins in Hermisdorf wurde gestern auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen großer Wechselseitigkeiten und Unterschlagungen zu verhaftet. Die Verhaftung erregt großes Aufsehen. Die Höhe der Wechselseitigkeiten soll sehr bedeutend sein.

Im Altenburgischen sind in letzter Zeit mehrere Banken und gewerbliche Unternehmen wegen Beträgerien ihrer Leiter oder von Angestellten zusammengebrochen. Das Altenburger Ländchen ist durch diese Schwindelen empfindlich mitgenommen worden.

Erfurt, 13. März. Die Tribüne hatte im Juni v. J. eine Korrespondenz aus Kelbra gebracht, in der mitgeteilt war, daß ein dieser Stadt gehöriges sogen. Hirtenhäuschen, das zu Logierzwecken gedient hatte und in einem nicht mehr menschenwürdigem Zustande gewesen sei, an einen Gutsbesitzer vernichtet wurde, der vier polnische Arbeiterinnen darin eingekauert habe. Hieran waren einige kritische Bemerkungen geknüpft. Auf Antrag des betreffenden Gutsbesitzers hatte die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben und die Angelegenheit stand am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer an. Angeklagt waren der frühere verantwortliche Redakteur Genosse Hennig und auch der leitende Redakteur Genosse Grunwald. Als Zeugen waren geladen der Bürgermeister von Kelbra, Lehmann, ein Maurermeister Roggenfuss, der Rittergutsbesitzer Hermann und der Arbeiter Scheiner. Der Maurermeister hatte vor dem Einzug der Polinnen das Häuschen repariert und fand alles den Verhältnissen nach sehr gut, ebenso und erst recht der Bürgermeister von Kelbra. Der Rittergutsbesitzer Hermann, der in der Kelbraer Stadtverordnetenversammlung seiner Zeit selbst eine höchst abschlägige Bemerkung über den Zustand der betreffenden Wohnung gehabt hatte, wollte sich dessen in der Verhandlung trotz spezieller Hinweise nicht mehr erinnern können; der Arbeiter Scheiner charakterisierte die betr. Wohnung vor der Reparatur als gänzlich irgendwie für Menschen unverwendbar, nach der Reparatur habe er sie nicht mehr gesehen. Der Maurermeister Roggenfuss gab an, daß das betreffende in dem Hause allein als bewohbar in Frage kommende „Zimmer“ nicht ganz vier Quadratmeter groß und 2,30 Meter hoch sei! Darin müssten vier Menschen hausen. Einen Abort gab es nicht, er wurde erst nach dem Einzuge der Polinnen in einem früheren Schweinstall eingerichtet. Der Erste Staatsanwalt, der die Anklage vertrat, zog aus diesen Angaben der Zeugen den Schluß, daß die behaupteten Thatsachen nicht erweislich wahr seien, die Kritik deshalb unberechtigt und also der Gutsbesitzer beleidigt worden sei. Er beantragte gegen Hennig einen Monat Gefängnis, gegen Grunwald Freisprechung. Das Gericht erkannte der Anklage gemäß.

st. Ans Sachsen-Weimar, 13. März. Ein äußerst seltsamer Fall ist es, wenn einmal der weimarer Landtag nicht über den Stock springt, der von der Regierung vorgeholt wird. Der „getreue Landtag“, wie er sich in den an die Regierung gerichteten Erklärungsschriften nennt, hat trotz seiner mit „ausgezeichnete Hochachtung“ versicherten „treuesten Ergebnisse“, den Bitten der Regierung, ihr doch zur Bildung eines Forstreservesfonds die Zustimmung zu erteilen, nicht entsprochen. Bei der jetzigen Finanzsituation will der Landtag die erhöhten Einnahmen, die das Abschlagen größerer Holzbestände ergibt, den laufenden Einnahmen überweisen, während die Regierung diese Mehreinnahmen zu einem Fonds ansammeln wollte. Interessant bei dieser Gelegenheit war, daß offen zugegeben wurde, daß die Eigentumsverhältnisse der Forsten noch gar nicht geregelt sind. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß in gar nicht zu ferner Zeit in Sachsen-Weimar sich ein ähnlicher Kampf, wie in Gotha bezüglich des Domänenabkommens, abspielt, um so mehr die Höflinge bestrebt sind, die Einnahmen des Domänenfonds zu erhöhen, da dementsprechend auch die „Domänenrente“ des Großherzogs sich steigert.

Nudolsstadt, 12. März. Der Minister v. Stark ist nicht, wie dieser Tage durch eine Nachricht des Bureau Schaffer verdeckt wurde, nach Berlin gefahren, um die Reichsregierung zugleich im Namen der übrigen thüringischen Staaten von der finanziellen Unmöglichkeit, über die bisherigen Matrikularkarlsruhe hinauszugehen, in Kenntnis sezen wollte; er beabsichtigt auch nicht, dies zu thun. Herr v. Stark hat vielleicht nur, wie die tägliche Rundschau einen Bericht der Schwarzb.-Nudolsstädtischen Landeszeitung entnimmt, in der Landtagssitzung vom 1. März gekündigt: "Die allgemeine direkte Besteuerung des Landes sei erreicht; ohne Schädigung der Leistungsfähigkeit könnte der Einwohnerstaat keine höhere Besteuerung auferlegt werden, und das hätte die fürstliche Regierung auch dem Reiche gegenüber bei der Erörterung einer event. Erhöhung der Matrikularkarlsruhe ausgesprochen."

Die Nachricht rührte vom Bureau Schaffer her, das sich damit wieder einmal als unzuverlässig erwiesen hat.

Parteiversammlung für den 12. und 13. Reichstagwahlkreis.

In der gestern abend im Pantheon abgehaltenen Parteiveranstaltung sprach Genosse Johannes über die Tagesordnung der bevorstehenden sächsischen Landeskonferenz, die besonders wichtige Punkte nicht aufzuweisen. Es dürfte sich in der Hauptrede um einen Rückblick auf die bisherige und einen Ausblick auf die künftige Tätigkeit der sächsischen Sozialdemokratie handeln. Bei der Erörterung der Organisationsverhältnisse müsse festgestellt werden, daß im allgemeinen noch viel zu tun übrig bleibe. Ja, es gäbe auch Leute, die der Ansicht seien, daß sogar im 12. und 13. Wahlkreis gegen den Broitzucher zu wenig agitiert worden sei. Während im Dresdener Agitationssitzung am 27. im Chemnitzer 51 und im Zwickauer 47 Versammlungen gegen den Broitzucher abgehalten wurden, habe man im Leipziger Agitationssitzung nur 21 Versammlungen veranstaltet. Von sei also in Leipzig ein bisschen zu nachlässig gewesen. Bei der Sammlung von Unterschriften für die Petition gegen den Broitzucher habe Leipzig freilich das beste Resultat erzielt, was aber wohl darauf zurückzuführen sei, daß hier eine starke Industrie vorhanden sei. Der mit zum Leipziger Agitationssitzung gehörige 11. Wahlkreis figurierte in der Größe des Erfolges aber erst am 17. und der 14. Wahlkreis gar erst an 21. Stelle. In diesen beiden Wahlkreisen mangle es auch an Organisationen, und es sei ernsthaft auf Besserung Gedacht zu nehmen; wenn in diesen Kreisen die Industrie auch nur schwach vertreten sei, so hätte doch schon vor Jahr und Tag Hand ans Werk gelegt werden müssen. Welche Agitation sei zu erwarten von Organisationen, die 10 und 15 Pfg. Monatsbeitrag erheben? Bei den Versammlungen zur Besserung dürfe man sich aber nicht auf die leitenden Personen allein verlassen, sondern alle, die in irgendwelchen Verleihungen zu diesen beiden Wahlkreisen ständen, müßten mitmachen. Im 14. Wahlkreis herrsche übrigens ein Quellsstrom insofern, als dieser Kreis mit zum Verbreitungsbereich der Chemnitzer Volksstimme gehört, während er nicht dem Chemnitzer, sondern dem Leipziger Agitationssitzung zugewiesen sei. Dies eigenartige Verhältnis sei unzweckmäßig und müsse geändert werden.

Beim Bericht des Centralagitationskomitees auf der Landeskonferenz werde wohl auch die Sindermannsche Petition — und nicht mit Unrecht — eine große Rolle spielen. Einer der Petenten ist der Vorsitzende des Centralagitationskomitees. Die Petition rufe um Aenderung des Wahlrechts und bringe zur Begründung Zitate aus früheren Reden bürgerlicher Landtagsabgeordneter, aus denen hervorgehen solle, daß es gar nicht die Absicht gewesen sei, die Sozialdemokratie ganz aus dem Landtage zu verbannen, weshalb dieselben Abgeordneten jetzt von selbst zur übermaligen Aenderung des Wahlgesetzes kommen mühten. So habe Abg. Dr. Schill gesagt, sie würden immer die Ehre haben, einige Sozialdemokraten bei sich zu sehen; wenn Treu und Glauben im politischen Leben nicht ganz schwanden sollen, so müsse das nicht gewollte Wahlrecht wieder beseitigt werden. — Gegenüber diesen Ausführungen der Petition müsse doch daran erinnert werden, daß gegen das neue Gesetz eine lebhafte Agitation enthalten worden sei, wobei die jetzt eingerückten Folgen voransgesetzt wurden. Es bestehে deshalb auch kein Grund für die Annahme, daß die Wahlrechtserrichtung nicht gewollt sei. Es müsse Anerkennung eingelegt werden, daß mit solchen Petitionen Karriere gespielt werde. Es dürfe auch nicht erwartet werden, daß diejenigen, die mit laitem Blute die Sozialdemokratie aus dem Landtage entfernen, das begangene Unrecht wieder gut machen würden. Hier sei kein Erfolg, sondern striktes Fordern am Platze. Was könne uns denn an einigen Söhnen liegen, die uns quälerweise überlassen werden sollen? Jedenfalls nicht viel; wir könnten ruhig darauf verzichten. Wie sollte denn die ersehnte Aenderung ausfallen? Das Proportionalwahlrecht und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sei doch gewiß nicht zu erwarten! Die Begründung der Petition hätte gar nicht ungünstiger ausfallen können. Nach ihr solle der Regierung Gelegenheit gegeben werden, sich mit der Sozialdemokratie auszusprechen, um da Abhilfe zu schaffen, wo sie nötig sei. Wenn solcher Wille besteht, so bedürfe es dazu keiner sozialdemokratischen Landtagsvertreter. Aber es fehle auch an diesem Willen. Man spreche so viel von Klassenherrschaft und Klassenkampf; wenn das richtig sei, so seien doch solche Möhchen wie diese Petition ganz ungeeignet zur Abhilfe. Die Petition sei zweifellos unzulässig und verfehlt und unserer Partei unwidrig. Wenn über diese Petition vorher mit anderen Parteigenossen gesprochen worden wäre, so wäre es wohl schwerlich zu der Anerkennung der Petition gekommen, die von der Geschäftsführer Sindermanns, dem Vater des sächsischen Centralagitationskomitees, kein gutes Zeugnis abgelebt.

Bei dem Referat Goldsteins über die Landtagswahlen würde wohl der Beweis dafür erbracht werden, daß die große Mehrheit der sächsischen Genossen mehr und mehr zu dem alten Leipziger Standpunkt komme, daß mit diesem Wahlrecht positive Erfolge nicht zu erzielen sind. Die Wahlstatistik habe auch gezeigt, daß es sogar an der notwendigen Information über den Inhalt des Wahlgesetzes gescheitert habe. Für die Reichstagswahlen hingegen ist wohl jenseits die Situation so günstig wie jetzt gewesen. Nur müsse fruchtbar mit der Agitation begonnen werden, zumal andere Parteien, wie die Antisemiten im 14. Wahlkreis, sich sehr bemühen. Der Broitzucher gibt uns den besten Agitationssitzung.

Schließlich sei von den Anträgen für die Landeskonferenz noch der auf Verbreitung eines allgemeinen Flugblattes über die Tätigkeit des Landtages und der auf Sitzverlegung des Centralagitationskomitees erwähnt.

Genosse Creutz polemisiert gegen die Neuherierung des Vorwurfs, daß der Versammlungen gegen den Broitzucher im Leipziger Bezirk zu wenige gewesen seien. Die Parteiseite sei sich aber damals einig, in der Ansicht gewesen, daß das Schwerpunkt nicht auf recht viele einzelne Versammlungen zu legen, sondern auf der Art des Parteivorstandes zu befolgen sei, für die Petitionenbogen gegen den Broitzucher recht viele Unterschriften zu sammeln, was jedenfalls weit mehr Arbeit verursacht habe als das Umrangement recht vieler Versammlungen. An der Sindermannschen Petition seien ihm nunmehr ihre Urheber nicht gleichgültig; Sindermann sei dabei wohl nur der Begünstigte. Die Petition sei für uns deshalb noch nicht erledigt, weil die sächsischen Genossen das anzulösen hätten, was mit ihr einbrechtet werden. Das Wort Avers: Was ich will, thue ich eins-

sach, aber sage es nicht scheue immer mehr Befolger zu finden. Auch bei der ganzen Wahlrechtserrichtungsfrage seien die ganzen Parteigenossen vom Centralagitationskomitee gehört über den Kopf hinweggegangen. Auch jetzt wurde die Petition noch kurz vor der Landeskonferenz Thatsache. Bei der Wahlrechtserrichtung habe Genosse Schulze gesagt: Wenn eine Landeskonferenz einberufen würde, so sei freilich ein anderer Beschluss zu erwarten. Mit dem bisschen Petition sei es freilich nicht so schlimm, doch sei die Kritik des Genossen Johannes zutreffend. Die Leipziger Volkszeitung habe bei der Petition die Frage aufgeworfen, was wohl die Antwort der Wahlrechtserrichter auf die Petition sein werde? Früher wäre das nicht möglich gewesen, sondern die Volkszeitung würde früher die Urheber einer solchen Petition sofort ordentlich auf die Posten gesetzt haben; diesmal hätten dies die guten Chemnitzer getan. Man habe eingesehen, daß mit dem neuen Wahlrecht nichts anzufangen sei; deshalb habe man etwas Neues herausreden wollen. Angesichts der Reichstagswahlen sollte man den alten Adressen richten lassen. Dem Centralagitationskomitee müsse durch unsere Delegierten zur Landeskonferenz angeraten werden, alle Arbeit der Reichstagswahl zu zuladen; auch das beantragte Flugblatt über die Tätigkeit des Landtages sei überflüssig.

Genosse Moth spricht über die Organisationsfrage in Verbindung mit der Reichstagswahl. Auch Genosse Geyer habe auf der letzten Landeskonferenz besagt, daß unsre politischen Organisationen noch verhältnismäßig schwach seien. Die notwendige Arbeit lasse sich doch am besten durch die Organisationen erledigen. So erfreulich das Wahlblatt der Gewerkschaften und Genossenschaften, so bedauerlich sei es, daß unsre politischen Organisationen noch durch ganz Deutschland so schwach seien. Die Schuld hieran trage zum großen Teil unsre Presse, weil sie den Wert der politischen Organisationen zu wenig betone. Auf ihre Bedeutung sei gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisis hinzuweisen. Waren die politischen Organisationen groß und stark, so würden die Arbeiter davon auch schon in den heutigen Gesellschaft direkt Vorteile haben. Auch unsre Flugblätter beschränken sich in der Regel nur auf die Darstellung der sozialistischen Prinzipien, aber niemals enthielten sie die tiefgründige Aufforderung, sich der politischen Organisation anzuschließen. Man dürfe sich nicht darauf befrüchten, bei Wahlen eine hohe Stimmenzahl zu erzielen. Es sei parlamentarischer Kretinusmus, auf die Errichtung eines oder zweier Mandate hinzuwirken; es sei überzeugt, daß wenn im Reichstage eine sozialdemokratische Majorität zu erwarten sei, so werde man auch dort das Wahlrecht ändern. Wenn dann aber die sozialdemokratischen Organisationen genügend stark seien, so könne keine Regierung dauernd gegen den Willen des Volkes regieren.

Genosse Seyfarth: Der Ursprung der Petition sei ziemlich dünn. Er wolle erklären, daß weder das Chemnitzer, noch das Zwickauer, noch das Leipziger Agitationssitzung vorher ein Wort von der Petition gewußt haben. Es werde Aufgabe der Landeskonferenz sein, diese Sache aufzuläutern. Was die Erfolge bei den Landtagswahlen betrifft, so sei festzustellen, daß es gerade in den Kreisen am meisten gehappt habe, die seiner Zeit Leipzig überlieferten. Hauptfaktor sei, daß die sächsische Wahlrechtserrichtung bei den Reichstagswahlen mit benutzt werde.

Genosse Greitz: Grenz habe gesagt, der Petition sei kein Gewalt beizulegen; weshalb aber dann die Aufrufung? Das eine steht fest, daß ein großer tatsächlicher Fehler begangen worden sei; die Partei mußte wissen, was an den Landtag gehen sollte. Sindermann sei der Verfasser der Petition überhaupt nicht; sie sei ihm nur unterbreitet und von ihm unterzeichnet worden. Jedenfalls mußte er sich aber sagen, daß die Petition als eine solche des Centralagitationskomitees aufgesetzt werden würde. Es sei richtig, die Petition fordere nicht das allgemeine Wahlrecht, aber sie sei ein tatsächliches Mittel, eine Herausforderung, sich über das wegen des neuen Wahlgesetzes zu Tage getretene Missbehagen öffentlich zu äußern. Sindermann sei mit verantwortlich und durfte nicht unterzeichnen, wenn er diese Verantwortlichkeit nicht tragen wollte. Deshalb sei ein entschiedener Tadel gegen ihn am Platze. Im übrigen habe Genosse Greitz wieder sein altes Stedensperg geritten; es sei mindestens untatlich, immer und immer wieder die Frage der Wahlbeteiligung anzuschneiden. Leipzig habe bei der letzten Wahl seine Schuldigkeit gethan und werde sie thun müssen, so lange der Mainzer Parteitagsbeschluß besteht. Grenz' Neuherungen könnten aber nur die Wahlbeteiligung schwächen. Grenz sei gegen die Beteiligung, weil keine Erfolge zu erzielen seien. Wenn das der einzige Zweck sei, so wäre freilich die Beteiligung überflüssig. Schon die bisherige kurze Spanne Zeit habe gezeigt, daß wir die Unzufriedenheit mit dem Wahlgesetz führen mühten, um die Agitation für die Verfehlung des Gesetzes zu betreiben. Durch die Wahlbeteiligung müsse versucht werden, die unzufriedenen Elemente für uns zu gewinnen. Man dürfe nicht zuhören, wie sich die Dinge entwideln, sonst könnten wir ewig warten, bis wir die lachenden Dritten würden. Neuerdings werde sogar in bürgerlichen Kreisen Leipzig's der Versuch gemacht, alle Gegner der Dreiklassenwahl ohne Mündigkeit auf die Parteistellung zu einem gemeinsamen Vorstoß gegen das Klassenwahlrecht zu vereinigen. Es entscheidet wir uns beteiligen, je eher werde das Gesetz wieder beseitigt werden.

Genosse Creutz: Es sei noch nicht auf dem Standpunkt des Sanderers angelommen. Ob der Vorstellung die Beteiligung beschlossen habe oder nicht, und ob auch mancher mit ihm unzufrieden sei oder nicht, das sei ihm schnupper; er behalte sich das Recht vor, seine Meinung zu äußern. Wenn er das nicht darf, so höre das Recht der freien Meinungsäußerung auf. Wenn habe er dann gesagt, daß die Landtagswahl nicht zur Agitation benutzt werden solle? Das Wahlrecht bleibe dasselbe, aber die Reiterverhältnisse ändern sich. Alles zu seiner Zeit! Er sei sogar überzeugt, daß die Zeit noch einmal kommen werde, sich mit dem sächsischen Wahlrecht zu befassen. Ebenso wie bei wirtschaftlichen Kämpfen, hätten wir uns für den politischen Vorstoß den günstigen Zeitpunkt auszuhöhlen. Er freue sich, Ille heute herausgelöst zu haben, der schon auf die Freiheit verweist; schließlich werde der Außenhandel direkt empfohlen werden müssen.

Genosse Schmid: Wenn die Partei zu unfruchtbaren Handlungen angeleitet werde, so müsse eine Erklärung eintreten, die sich später an der Partei rächen werde. Einen solchen Slogan, wie ihn Ille aufgefordert, verstehe er nicht; er ziehe die Anführungen von Grenz vor.

Genosse Moth: Es sei Grenz' gutes Recht gewesen, heute seine Stellung zur Wahlbeteiligung wieder einmal zu erörtern. Auch seine Lebhaftigkeit sei es, daß nicht auf ewige Zeiten die Beteiligung unter einem Wahlrecht beschlossen sei, das nur ein Wahlunrecht sei.

Genosse Creutz: Er erwähne in der Petition ein Zeichen dafür, wie sehr sich auch in Deutschland der Opportunismus breit mache. Wie kommt es, daß eine solche Petition ohne Beratung möglich sei? Die Urheber seien jedenfalls nicht zwei einzelne Personen, sondern eine ganze Gruppe. Die Landeskonferenz werde auszusprechen haben, daß in solchen oder ähnlichen Dingen niemand selbstständig handeln dürfe.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag, die Landeskonferenz wolle beschließen, den Sitz des Centralagitationskomitees nach Leipzig zu verlegen, wird gegen 8 Stimmen angenommen.

Als Delegierte zur Landeskonferenz werden gewählt für den 12. Wahlkreis die Genossen Julius Wotteler, Richard Beier und Emil Moth; für den 18. Wahlkreis die Genossen Heinrich Lehmann-Gohlis, Otto Kressin-Connewitz und Karl Binkau-Thonberg. Als Geschäftsmann wird Genosse Hallwig gewählt.

In das Komitee für die diesjährige Maifeier wurden

folgende Genossen gewählt: Alfred Dicke, Friedr. Rückert, Alwin Schröder, Herm. Richter, Karl Bug, Otto Kressin, G. Goebel, August Lütich, August Diekmann, Schneider, Alois Schiebel, Glaser, Hornig, Kupferschmid, Ernst Ritter, Schmid, Moritz Müller, Handelskraftsarbeiter, Kurt Henschel, Textilarbeiter, Franz Meisch, Holzarbeiter, Otto Schmidt und Otto Windrich.

Nachdem Genosse Lüttke einige Wünsche für die Veranstaltung, der Maifeier vorgetragen, wird auf Antrag des Agitationssomitees das Preßomitee beauftragt, das Grab Schoenlaub's herzurichten und einen Gedenkstein setzen zu lassen. Die spätere Pflege des Grabs soll dem Südostbezirk übertragen werden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. März.

Private Versicherungsunternehmungen. Über die Frage, welche Personvereinigungen als Versicherungsunternehmungen im Sinne von § 1 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 anzusehen sind, hat sich die Kreishauptmannschaft Leipzig auf eine Anfrage einer anderen Behörde dahin ausgesprochen, daß es für die Beantwortung der Frage, ob eine Personvereinigung, die ihren Mitgliedern Unterstüzung gewährt, als Versicherungsunternehmung im Sinne des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1901 anzusehen ist, lediglich auf den Rechtsgrund der zu gewährenden Unterstützungen ankommt, ob sich diese als ein Anspruch aus einem Ver sicherungsschein oder einem wesentlich zweitzeitigen Rechtsgeschäfte darstellt, durch das der eine Teil (der Verein) sich gegen eine vom anderen Teile (einem Mitgliede) zu gewährende einmalige oder wiederkehrende Leistung zum gänzlichen oder teilweisen Erhalt des Schadens einer vertragsmäßig näher bezeichneten Gefahr (Krankheit, Tod u. s. w.) verpflichtet, dergestalt, daß dem letzteren oder seinen Hinterbliebenen ein persönlicher auf die Gewährung gerade dieser vereinbarten Leistungen gerichteter Anspruch zusteht, oder ob ihm ein solcher Anspruch nur zukommt in seiner Eigenschaft als Vereinigung, als Ausfluss der Vereinstätigkeit, auf Grund der jeweilig geltenden, durch Vereinsbeschluß jederzeit abänderbaren Satzungen der Vereinigung, mit anderen Worten, ob es sich bei den Unterstützungsgewährungen lediglich handelt um sogenannte gewöhnliche Zuwendungen des Vereins an seine jetzigen Mitgliedern oder um vertragsmäßige Gegenleistungen aus einem zweitzeitigen Rechtsgeschäfte mit den einzelnen Mitgliedern. Besonders beispielweise ein Kriegerverein oder eine Regelsellschaft, daß den Mitgliedern oder deren Hinterbliebenen im Falle der Erkrankung oder des Todes eines Mitgliedes eine (relativ oder absolut) bestimmte Zuwendung gemacht werden soll, so würde ein solcher Verein, auch wenn der Beschluss in das Statut aufgenommen sein sollte, als Versicherungsunternehmung nicht angesehen sein, errichtet der Verein jedoch eine Kasse oder trifft er mit Vereinsmitgliedern eine Abrede, wonach diejenigen, die zu dieser Kasse oder an den Verein einmalig oder regelmäßig bestimmte Beiträge zahlen, dafür (für sich oder ihre Hinterbliebenen), also als Gegenleistung für eben jene Leistungen einen (wenn auch nur relativ) bestimmten Anspruch auf gänzlichen oder teilweisen Schadensersatz (Krankengeld, Sterbegeld u. dergl.) eingeräumt bekommen, so würde eine solche Kasse oder ein solcher Verein in Ansehung dieser "Geschäfte" als Versicherungsunternehmung anzusehen sein.

Beschlagnahme. Durch Beschluss des Amtsgerichts Berlin ist die Beschlagnahme der Beilage zu Nr. 8 der periodischen Druckschrift *Die Welt am Montag* wegen Unzüchtigkeit des Inhalts und durch Beschluss des Oberlandesgerichts zu Hamm die Beschlagnahme des polnischen Niederländers Nowy Spiewnik Polski wegen Aufreizung angeordnet worden.

Von der Universität. Privadozent Dr. phil. Karl Correns ist zum etatmäßigen außerordentlichen Professor für die philosophischen Fakultät ernannt worden.

Über die Einführung der neuen Postwertzeichen. Das Reichspostamt bestimmt erlassen, aus denen folgendes vorzuhaben ist: Vom 20. bis 31. März soll man die alten Marken gebrauchen, aber neue kaufen, noch dem 31. März nur noch neue gebrauchen und die noch vorhandenen alten umtauschen. Tertiärer in der Verwendung der Marken werden bis auf weiteres aber nicht durch Strafporto gehindert.

Geltungsdauer der Rundfunkarten. Die für den Bereich der sächsischen Staatsbahnen bestehenden zehntägigen Rundfunkarten, die am 18. März und an den folgenden Tagen gelöst werden, gelten bis einschließlich 11. April dieses Jahres. Die Gültigkeit erhält um Mitternacht des letzten Geltungstages. Eine gleiche Verlängerung der Geltungsdauer tritt für die außerdeutschen Strecken im Verkehr auf Rückfahrkarten zwischen sächsischen Stationen und solchen der böhmischen Nordbahn, der Lokalbahn Friedland i. B.-Hennersdorf i. B. und der französischen Nordbahn (Paris über Herbesthal oder Bleiberg) ein. Die Rückfahrkarten nach der Schweiz, Italien und Paris über Hof behalten für die außerdeutschen Strecken ihre ursprüngliche Gültigkeitsfrist, werden also von der Gültigkeitsverlängerung zu Ostern nicht berührt. Ebenso wenig werden deutschen Strecken hierauf betroffen, weil die Rückfahrkarten auf diesen ohnehin innerhalb 45 Tagen benutzt werden können.

Telephonisches. Der Sprechverkehr zwischen Leipzig und Marktanständen einerseits und Karlsruhe (Baden), Durlach und Ettlingen andererseits ist eröffnet worden. Die Sprechgebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt in allen Fällen 1 Pf.

Ein starker Strom böhmischer Auswanderer ergiebt sich schon seit längerer Zeit nach den deutschen Hafenstädten. Alle paar Tage treffen hier Sonderzüge ein, die über Tschechien und Dresden kommen und die immer von einigen hundert Auswanderern bestehen sind. Von Leipzig aus benutzen die Staubschlittner die fahrlässigen Züge nach Hamburg und Bremen.

Leipzigs Fremdenverkehr. Nach den beim Verkehrsverein Leipzig (Bureau für kostengünstige Ausflüsse, Städtisches Kaufhaus, Kupfergässchen) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 3. bis 9. März in den Leipziger Hotels 6832 Fremde angekommen. Darunter 5938 Reichsdeutsche, 843 aus anderen europäischen Staaten und 56 aus ausländischen Ländern.

Am Herzlake verstarb gestern auf der Halleischen Straße der im Brühl 27 wohnende 70 Jahre alte Markthelfer Vorberg. Man brachte den Verstorbenen nach der Leichenhalle des Johannisfriedhof.

Wer ist der Eigentümer? Ein unbekannter Bursche bot gestern in einer biesigen Kassecke verschließene Pelzsachen zum Kauf an. Als man dort in den rechtmäßigen Erwerb dieser Sachen Zweifel sah, ergriff der Bursche unter Mitnahme des Plusses, den er mit sich führte, die Flucht, während er eine Box, einen Geldkoffer und zwei Werturkunden zurückließ. Vermutlich rührten diese Sachen von einem Diebstahl her. Sie befinden sich in Verwahrung der Kriminalpolizei, von wo sie der Eigentümer abholen kann.

Alteine Volksnachrichten. Gestern erfolgte die gesetzliche Eingehung eines 35 Jahre alten Arbeiters aus Niederrabenstein, der sich wegen Gigant (Doppeldeutigkeit) zu verantworten haben wird.

Ein 17-jähriger Arbeitsdurchreiche mußte wegen eines Stiftlichkeitsverbrechens zur Rechtshaft gegegen werden.

Vergangene Nacht wurde in einem Kaufmännischen Geschäft im Grundstück Goethestraße 1 ein Einbruch verübt, wobei den Dieben 20 M. und eine Anzahl Postwertzeichen in die Hände fielen.

Ein bedeutender Einbruchdiebstahl ist nach einer hier eingegangenen Mitteilung in Riel verübt worden. Die Diebe stahlen eine größere Anzahl goldener und silberner Herren- und Damenschmuck, sowie Ketten und Ringe im Gesamtwerte von etwa 8000 Mf. Verdächtig sind drei unbekannte Männer im Alter von 24 bis 30 Jahren, die sich als Schlosser und Monteure ausgegeben haben.

In einer Wohnung der Könneritzstraße lebte der 14-jährige Pflegesohn eines Kaufmannes beim Lichtenzinden das noch brennende Bläschel in den Schlafzänder fallen. Die Folge davon war, daß drei Schirme in Flammen aufgingen und auch eine danebenstehende Kommode Feuer fing. Der Brand wurde von der Feuerwehr unterdrückt.

An der Ecke der Eisenbahnstraße und Lutherstraße in Neubühl wurde gestern nachmittag ein vierjähriges Kind von einem Brotsackträger überfahren, zum Glück aber nur unbedeutend verletzt. Der Geschäftsführer ist, weil er zu schnell um jene Ecke gefahren ist, zur Anzeige gebracht worden.

Auf der Senefelderstraße lief gestern nachmittag ein vierjähriger Knabe beim Herumpringen direkt in ein mit Sand beladenes Pferdelöfchen. Der Knabe wurde umgerissen und an den Beinen verletzt, zum Glück aber nicht erheblich.

In der Nähe von Löhrs Platz wurde gestern mittag eine Köchin von einem Handwagen umgerissen. Dem Führer des Wagens traf sein Verschulden.

Von Nah und Fern.

Bon Wetter.

Thorn, 13. März. Nach einem starken Schneesturm herrscht hier seit zwei Tagen strenge Kälte. Des Nachts sank der Thermometer auf 15 Grad Celsius. Der Wechselstrom hat neues starles Grundeisstreichen, wodurch die soeben eröffnete Schifffahrt wieder unterbrochen ist.

Risiko der Arbeit.

Nachen, 13. März. Von der Maschinenhalle der Fabrik Neumann-Essen stürzten drei Dachdecker herab. Einer war sofort tot, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Eine Gesundheitsverurteilung.

Darmstadt, 13. März. Eine rassinierte Schwindlerin Namens Margarete Schweigkofler, die das Gesundeten betrieb, besonders in Offenbach viele Gläubige gefunden hatte und in 26 Fällen 250 M. verdient hat, ist von der biesigen Strafammer zu drei Jahren Gefängnis und ebensoviel Jahren Ehrenverlust verurteilt worden.

Ein Polizeirummel.

Kopenhagen, 13. März. Bei der Absahrt des neuen Auswandererschiffes "Öster II." gestern abend sollen sieben von Bord desertierte Heizer von der Polizei wieder an Bord geschafft werden. Um Freihafen versammelte sich eine große Volksmenge, griff die Polizei an und befreite fünf Heizer. Die mit Steinen, Kohlenstückchen und Holzkümpfen angegriffene Polizei ließ mit Polizeistäben auf die Menge ein. Ein Polizeioffizier wurde durch einen Holzküpf am Kopf verwundet. Während dieses Kravallges des desertierten noch einige Heizer des Schiffes. Nach zwei Stunden wurde die Volksmenge durch 100 Schusse, die allmählich aufgeboten waren, zerstreut. Das Schiff fuhr rechtzeitig ab, da für die desertierten Heizer sofort Erfassung geschafft werden konnte.

Lechte Nachrichten.

John Altgeld +. Der frühere Gouverneur von Illinois, John Altgeld, ist gestorben. John Altgeld ist bekannt und in der amerikanischen Kapitalistenswelt berühmt geworden durch die Sympathien, die er für die Arbeiterbewegung gezeigt hat. So nahm er in dem großen Pullman-Streik die Partei der Arbeiter und begnadigte, ehe er vom Gouverneursamt zurücktrat, 20 Anarchisten, die nach dem Attentat in Chicago durch schamlose Klassenjustiz der Bourgeoisie zu hohen Gefängnisstrafen, teilweise bis auf Lebenszeit, verurteilt waren. Durch diese Begnadigung hat er sich den intimsten Haß der Dollar-Könige zugezogen, die ihn nunmehr selbst als gefährlichen Anarchisten und Auführer denunzierten. In den letzten Jahren ist er für Bißau eingetreten, was ihn natürlich in Kapitalistenskreisen auch nicht beliebt gemacht hat.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei der letzten Besprechung der Gewerbegegenstädter fehlten unentschuldigt: Metallarbeiter Böhme, Scheib, Grüner und Weiß, Löpfer Liersch, Bildhauer Müller, Steinmacher Raumann, Steinmetzleiter Namnn, Buchhändler Splinter, Maurer Smoboda, Steinseher Thomas, Schneider Donath und Zimmerer Küller. — Bei der vorgenommenen Neuwahl des Obmannes wurde an Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden bissigen Obmannes, Genosse Karl Franke, Leipzig, Geschäftsweg 22, gewählt. Alle die Gewerbegegenstädter betreffenden Angelegenheiten sind nur mit letztem zu regeln. J. Matthes.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Gestern den 14. März: 69. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Lustspiel der Frau Belagie Greiff-Audriessen vom Stadttheater in Frankfurt a. M.

Orestes.

Eine Trilogie nach der Orestie des Aischylos. Text und Musik von Hell Weingartner. Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Gorler. (Ohne Ouvertüre.)

I. Teil. Agamemnon.

Agamemnon, König von Argos Hr. Schröder

Aischylos, seine Gemahlin

Aischylos, Vater von Agamemnon

Aischylos, Tochter Iphigenie, Königin von Troja Hr. Weiß

Ein Wälder Hr. Groß

Ein Sohn Hr. Ulrich

Erster Geist Hr. Ulrich

Zweiter Geist Hr. Marlow

Der Chor der argivischen Freunde

II. Teil. Das Totenopfer.

III. Teil. Agamemnon

Aischylos Hr. Greder

Orestes, Agamenons und Aischymnestras Sohn Dr. Woerd

Elettra, seine Schwester Hr. Seebe

Klytaimnestra, die alte Pflegerin des Orestes, jetzt Schauspielerin des Hauses Hr. Höhler

Phedra, Sohn Aischylos, Königs von Phokis Hr. Scholz

Die erste Magd Hr. Seugern

Chor der Mägde.

Athena Hr. Elbenhögl

Orestes Hr. Woerd

Die große Scherin des Apollon Hr. Höhler

Agamemnon Geist Hr. Scholz

Aischymnestra Geist *

Eine weibliche Gestalt Hr. Weiß

Die erste Einigkeit Hr. Seugern

Chor der Freunde.

* * * Aischymnestra — Frau Belagie Greiff-Audriessen, als Gast.

Pause nach dem 2. Teil.

Einsatz 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/11 Uhr. Opern-Brettle.

Villet-Berlauf an der Tagesschau von 10—8 Uhr. Villet-

Berlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. (Jedes Villet,

welches vor Eröffnung der Tagesschau bestellt oder im Berlauf ent-

nommen wird, kostet 80 Pf. Aufzug.)

Spielplan: Sonnabend: Wilhelm Tell. Anfang 1/8 Uhr. Zum

erstenmal wiederholt: Ein Auserwählter. Heraus: Der sechste Sinn.

Zum Schlus: Post festum. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Gestern den 14. März:

Alt-Heidelberg.

Staatspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Hörl.

Regie: Oberregisseur Adler.

Karl Heinrich, Erbprinz von Sachsen-Karlsburg Hr. Helfel

Staatsminister von Haugk, Exzellenz Hr. Vorberdt

Hofmarschall Freiherr von Pöllnitz, Exzellenz Hr. Körner

Kammerherr Baron von Wepling Hr. Greiner

Kammerherr Baron von Breitenbach Hr. Krause

Dr. phil. Jüttner Hr. Ernst Müller

Luks, Kammerdiener Hr. Greße

Deutsch Graf von Asterberg Hr. Walter

Kurt Engelbrecht Hr. Heinrich

vom Corps Saxonie Hr. Schussenbauer

Reinische von Webell, Saxonie-Borussia Hr. Otto

Studenten Hr. Keller, Scholz, Wippel

Rüder, Gastwirt Hr. Prost

Frau Rüder Hr. Huth

Frau Dörfel, deren Tante Hr. Grächen

Kellermann Hr. Huth

Käthe Hr. Dose

Schölermann, Herzogliche Bediente Hr. Schröder

Glanz, Herzogliche Bediente Hr. Weißhorn

Reuter, Herzogliche Bediente Hr. Richter

Ein Musikanter Hr. Schmidtschmidt

Kammerherren, Öffigiere, Studenten, Musikanter, Diener

Der 1. und 4. Akt spielt im Schloß zu Karlsburg, der 2., 3. und

5. in Helsberg. Zwischen dem 2. und 3. Akt liegt ein Zeitraum

von einigen Monaten, zwischen dem 3. und 4. Akt ungefähr 2 Jahre.

Pause nach dem 2. Akt.

Einsatz 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 1/11 Uhr. Gew. Brettle.

Villet-Berlauf an der Tagesschau von 10—8 Uhr. Villet-

Berlauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr an der Tagesschau

(mit Aufgab von 80 Pf. pro Villet).

Spielplan: Sonnabend: Das fühe Wäbel. Anfang 1/8 Uhr.

Carola-Theater.

Großtheater.

Einmaliges Gastspiel von Mr. Coquelin eins mit seiner Pariser

Gesellschaft.

Sonntag den 16. März:

Cyrano de Bergerac.

Comédie en 5 actes de Mr. Edmond Rostand;

Größe Preise.

Versammlungskalender.

Gesellschaft: Sozialdemokratischer Verein u. Welt. Gesellschaft. Abends 1/9 Uhr.

Steinmacher. Coburger Hof, Windmühlenstr. Abends 1/9 Uhr.

Steinmetzverein. Cobenthal, Dorotheekirche. Abends 1/9 Uhr.

Sonntagsabend: Schlosser-Krankenkasse. Stern. Abends 8 Uhr.

Briebe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und

Umgegend zugegangen, die ungünstig frankiert waren. Wir

müssen deshalb Strafporto bezahlen, sofern wir die Briefe

annehmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam ge-

macht, daß

Briebe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarort

verkehrt bis zum Gewicht von 250 Gramm 5 Pf.

zugesogen

Briefmarken im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbar-

ort verkehrt nur 2 Pf.

Wichtig: Bei jedem Brief ist der Wert zu kennzeichnen.

2. Beilage zu Nr. 60 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 14. März 1902.

Reichstag.

164. Sitzung. Donnerstag den 13. März 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratssitz: Nieberding, Kraette.

Die dritte Etatsberatung

wird beim Etat der Reichsjustizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dziembowski-Pomian (Posl.) hofft auf baldige Vorlegung des Gesetzentwurfes zur Beseitigung des liegenden Gerichtsstandes der Presse. Redner wünscht weiter eine Vorlage zum Schutz der Bauhandwerker und eine Vertretung der Handwerkersammeln bei den Kammern für Handelsachen.

Staatssekretär Nieberding: Der Gesetzentwurf zur Beseitigung des liegenden Gerichtsstandes der Presse ist dem Bundesrat zugegangen und wird bald nach Ostern an das Haus gelangen. (Bravo!) Wann der Entwurf zum Schutz der Bauhandwerker dem Reichstag angelegt wird, kann ich noch nicht sagen.

Abg. Büsing (nat.-lib.): Da uns die beiden veröffentlichten Entwürfe zum Schutz der Bauhandwerker nicht genügen, werden wir die Sache bei Gelegenheit eines Initiativantrages ausführlich besprechen.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Posl.) führt Klage darüber, dass Standesbeamte in Oberschlesien sich weigern, politische Namen in die Standesamtregister aufzunehmen.

Abg. Besh-Goburg (freil. Bp.): Bitte gleichfalls um möglichste Beschleunigung der Vorlage zum Schutz der Bauhandwerker. Dass der liegende Gerichtsstand der Presse beseitigt werden soll, ist sehr zu begrüßen.

Abg. Niebermann v. Sonnenberg (Ant.) kommt auf die Behaftung des Amtsrichters Gerlach zurück, der dem jüdischen Elde eine besondere Glaubwürdigkeit zuerkannt hatte. Die Statistik aber beweist, dass die Juden im Verhältnis fast doppelt so häufig wegen Meinungsunterschieden bestraft werden wie die Christen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichsjustizamts wird bewilligt, ebenso der Etat des Reichsgerichts.

Beim Etat der Reichseisenbahnen bestimmt Abg. Hebe (nat.-lib.) den Vorschlag des Abg. Müller-Meiningen aus der zweiten Lesung auf eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft. Das Ziel müsste vielmehr eine allgemeine Reichseisenbahngemeinschaft sein.

Abg. Dr. Dertel-Sachsen (konf.): Ein preußisch-sächsischer Eisenbahnkrieg, von dem so viel gesprochen wird, besteht in der That, beweist sich aber in den allerhöchsten Formen. Die Wirkungen sind aber denen eines Krieges sehr ähnlich. Der Güterverkehr muss große Umwege machen. Selbst ein Nationalkonsortial hat in der zweiten sächsischen Kammer die Neuerung gethan, die leichten Zugrände erinnerten an die Zustände des heiligen römischen Reiches. Wenn ein Herr von den sonst so milden und höflichen Nationalkonsortien (Heiterkeit) ein solches Urteil fässt, so müssen die Dinge in der That schlimm liegen.

Präsident im Reichseisenbahnamt Dr. Schulz: Ein mächtiger Wettbewerb wird durch die Verfassung nicht ausgeschlossen, sonst hätte man ja seiner Zeit eine Finanzgemeinschaft unter den deutschen Eisenbahnen herstellen müssen. Da die höchste Unwegsgrenze für den Güterverkehr von 20 Proz. durch die Vereinbarungen von Preußen und Sachsen nicht überschritten wird, so hat die Reichseisenbahn keine Veranlassung, dagegen einzuschreiten.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenlohe erklärt, dass er von seinen früheren Ausführungen über diese Materie nichts prüfen möchte.

Abg. Dr. Hesse (nat.-lib.) wünscht eine Tarifermäßigung von 50 Proz. für die Wüstekoffer der reisenden Kaufleute Deutschlands.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (konf.): In Preußen wird von keiner Seite der Gedanke erwogen, andere Staaten zum Eintritt in die Reichseisenbahngemeinschaft mit Preußen aufzufordern.

Abg. Müller-Meiningen (freil. Bp.): Ich schließe mich dieser Meinung des Vorsitzers an; es wird nichts übrig bleiben, als wenigstens dem Gedanken der süddeutschen Eisenbahngemeinschaft näherzutreten.

Abg. Singer (Soz.): Der Zwang der Verhältnisse wird uns zu Reichseisenbahnen führen. Die Eisenbahngemeinschaften, die jetzt in der Luft schwelen, sind nur ein Hindernis für dieses große Ziel. Eine Tarifermäßigung für Reichskoffer würde nicht so den Reisenden selbst, als ihren Auftraggeber zu gute kommen. Gegen diese Verbilligung im Interesse des Kapitals müssen wir uns entscheiden werden. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschulden, des Rechnungshofes, des allgemeinen Petitionsfonds.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Reichsbahndirektor Frhr. v. Thielmann erklärt das Einverständnis der verbündeten Regierungen mit der vom Reichstag bei der 2. Lesung in einer Resolution geforderten Erhöhung des Betriebsfonds an Veteranen von 6,2 auf 7,5 Millionen.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Ich bedauere, dass der Staatssekretär diese Erklärung nicht früher abgegeben hat. Das Gesetz, das die Beihilfen regelt, wird in der Richtung des Antrags Änderungen erfahren müssen.

Abg. Graf Orsiola (nat.-lib.): Ich befürchte, formell die Erhöhung des Titels von 6,2 auf 7,5 Millionen zu beantragen. Da aber der Reichstag dadurch noch einen Tag zusammengehalten werden müsste, erwarte ich die Regelung dieser Sache in einem Nachtragsetat.

Nachdem Staatssekretär Frhr. v. Richthofen dies zugesagt hatte, wird der Etat bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung.

Singer (Soz.): Ich hatte erwartet, dass eine Erklärung vom Regierungsrat bezüglich der vom Reichstag in der 2. Lesung angenommenen Resolution auf Anstellung von weiteren 1000 Poststellen in den Etat erfolgen würde. Da das nicht geschehen ist, behalte ich mir weitere Aussführungen darüber für später vor. Nach den Mitteilungen in der Presse soll ja der Wunsch des Reichstags nicht erfüllt werden, sondern eine Erhöhung der Tagesgelder für die dienstlich beschäftigten Beamten eintreten. Dieser Ausweg würde mir sehr wenig glücklich erscheinen, weil die Sicherheit, die in der Anstellung liegt, dadurch dem betreffenden Beamten doch nicht gewährt würde.

Außerdem habe ich mir gegenüber dem früheren Herrn Staatssekretär des Reichspostamts erklart, dass wir es nicht für richtig halten, wenn die unteren Postbeamten durch ihre Vorgesetzten zu Sammlungen irgend welcher Art aufgefordert werden. Unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit wird hier einfach ein Zwang ausgeübt. Es liegt mir aber jetzt wieder ein Erlass des Oberpostdirektors von Posen vor, durch den die Vorsicherer der Postämter aufgefordert werden, Sammlungen für ein Bismarckdenkmal in Posen einzuleiten. Wir müssen uns aufs schärfste dagegen wenden, dass die Amtsgewalt zu solchen partei-politischen Zwecken missbraucht wird.

Wenn die Beamten sozialdemokratischen Bestrebungen nachsehen, so werden sie disziplinarisch bestraft und man sagt, Beamte haben sich um Politik nicht zu kümmern. Hier aber werden Sammlungen veranstaltet zu einem unzweckhaften politischen Zwecke.

Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Erklärung abzugeben, dass er durch eine Generalverfügung den nachgeordneten Instanzen es ein für allemal untersagen wird, solche Sammlungen bei den Unterbeamten zu veranstalten.

Schließlich habe ich noch eine Angelegenheit vorzubringen, von

der ich lebhaft wünschte, dass ich sie nicht vorzubringen brauchte. Es handelt sich um die Damen, die in den Vorräumen vor den Schaltern mit dem Verkauf von Postverzelchen beschäftigt sind. Diese Damen erhalten einen Lohn von 2 M. pro Tag, also etwa 60 M. monatlich. Ihr Dienst ist kein leichter; sie haben oft 9 auch 10 Stunden Dienst — dabei ist ihr Dienst ein verantwortungsvoller und der Aufenthalt in den meist überfüllten Räumen der Gesundheit wenig förderlich. Nun soll eine Verfassung ergangen sein, wonach diese Damen in Zukunft der Sonntag nicht mehr bezahlt wird. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dringend, diese Verfassung, wenn sie ergangen sein sollte, rücksichtig zu machen. In der Privatindustrie bezahlt jeder anständige Arbeitgeber die Sonntagsarbeit, da sollte auch die Reichspostverwaltung das als das Minimum bezeichnen betrachten, was sie zu ihm verpflichtet ist. (Schr. richtig! rechts bei den Soz.)

Staatssekretär Kraette: Im Anschluss an die Debatten bei der zweiten Lesung habe ich das hohe Haus zu bitten, es bei dem Etatansatz bezüglich der Assistenten zu berlassen. Wir glauben, dass gegenwärtig bei der Lage der Verhältnisse mit der Einsetzung von 2000 Stellen dem Bedürfnis genügt ist, und ich erneure meinen Vorschlag, dass denjenigen Assistenten, welche länger als 6 Jahre im Dienstamt sind, die Doten von 4 M. auf 4,50 M. und von 4,50 M. auf 5 M. erhöht werden sollen. Auf diese Weise erreichen diese Diätare, dass Gehalt der festangestellten Beamten zugleich des geringsten Wohnungsgeldabufusses. Bei dem künftigen Etat soll Vorsorge getroffen werden, dass möglichst viele Assistenten zur Anstellung kommen. — Was die Anregungen des Herrn Singer anlangt, so habe ich am 3. Januar eine Verfügung erlassen, dass mit Rücksicht auf die ungünstig wirtschaftliche Lage, vor allem der Arbeiter, begonnene Bauten thunlichst fortzuführen und neu vorgesechene spätestens am 1. April in Angriff zu nehmen sind. Der Fall in Stettin ist mir nicht bekannt; ich werde nachforschen lassen, worauf das Einstellen des Baues zurückzuführen ist. — Bezüglich des Hauses in Posen ist dem Herrn Vorredner ja bekannt, dass die Reichspostverwaltung solche Sammlungen nicht billigt. Wenn ich auch als Mensch wünschte, dass die Sammlung für den großen Kanzler recht einträglich sein möchte, muss ich doch als Beamter die Überschreitung der Verfassung mißbilligen. Um parteipolitische Bestrebungen handelt es sich aber in diesem Falle doch wohl nicht.

Für die Damen in den Schalterräumen war ursprünglich nur stundenweise Beschäftigung vorgesehen. Sollte es richtig sein, dass ihre Arbeit 8, 9, ja 10 Stunden dauert und ihre volle Kraft in Anspruch nimmt, so wird allerdings eine Erhöhung des Lohnes eingehen oder ihnen der Sonntag bezahlt werden müssen.

Reichsbahndirektor Frhr. v. Thielmann: Ich kann erklären,

dass meinseits dem zugestimmt werden wird, dass die Zahl der etatmäßigen Postassistenten im nächsten Rechnungsjahr derart erhöht wird, dass eine batibige Verminderung der Diätareit auf 5 Jahre erreicht wird. Das war ja der springende Punkt.

Abg. Wlemer (freil. Bp.): Mit Rücksicht auf die Erklärung der verbündeten Regierungen, die uns zwar noch nicht befriedigt, sonst hätte man ja seiner Zeit eine Finanzgemeinschaft unter den deutschen Eisenbahnen herstellen müssen. Da die höchste Unwegsgrenze für den Güterverkehr von 20 Proz. durch die Vereinbarungen von Preußen und Sachsen nicht überschritten wird, so hat die Reichseisenbahn keine Veranlassung, dagegen einzuschreiten.

Abg. Dr. Dertel-Sachsen (konf.): Ein preußisch-sächsischer Eisenbahnkrieg, von dem so viel gesprochen wird, besteht in der That, beweist sich aber in den allerhöchsten Formen. Die Wirkungen sind aber denen eines Krieges sehr ähnlich. Der Güterverkehr muss große Umwege machen. Selbst ein Nationalkonsortial hat in der zweiten sächsischen Kammer die Neuerung gethan, die leichten Zugrände erinnerten an die Zustände des heiligen römischen Reiches. Wenn ein Herr von den sonst so milden und höflichen Nationalkonsortien (Heiterkeit) ein solches Urteil fässt, so müssen die Dinge in der That schlimm liegen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichsjustizamts wird bewilligt, ebenso der Etat des Reichsgerichts.

Beim Etat der Reichseisenbahnen bestimmt Abg. Hebe (nat.-lib.) den Vorschlag des Abg. Müller-Meiningen aus der zweiten Lesung auf eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft. Das Ziel müsste vielmehr eine allgemeine Reichseisenbahngemeinschaft sein.

Abg. Dr. Dertel-Sachsen (konf.): Ein preußisch-sächsischer Eisenbahnkrieg, von dem so viel gesprochen wird, besteht in der That, beweist sich aber in den allerhöchsten Formen. Die Wirkungen sind aber denen eines Krieges sehr ähnlich. Der Güterverkehr muss große Umwege machen. Selbst ein Nationalkonsortial hat in der zweiten sächsischen Kammer die Neuerung gethan, die leichten Zugrände erinnerten an die Zustände des heiligen römischen Reiches. Wenn ein Herr von den sonst so milden und höflichen Nationalkonsortien (Heiterkeit) ein solches Urteil fässt, so müssen die Dinge in der That schlimm liegen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschulden, des Rechnungshofes, des allgemeinen Petitionsfonds.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Reichsbahndirektor Frhr. v. Thielmann erklärt das Einverständnis der verbündeten Regierungen mit der vom Reichstag bei der 2. Lesung in einer Resolution geforderten Erhöhung des Betriebsfonds an Veteranen von 6,2 auf 7,5 Millionen.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Ich bedauere, dass der Staatssekretär diese Erklärung nicht früher abgegeben hat. Das Gesetz, das die Beihilfen regelt, wird in der Richtung des Antrags Änderungen erfahren müssen.

Abg. Graf Orsiola (nat.-lib.): Ich befürchte, formell die Erhöhung des Titels von 6,2 auf 7,5 Millionen zu beantragen. Da aber der Reichstag dadurch noch einen Tag zusammengehalten werden müsste, erwarte ich die Regelung dieser Sache in einem Nachtragsetat.

Nachdem Staatssekretär Frhr. v. Richthofen dies zugesagt hatte, wird der Etat bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung.

Singer (Soz.): Ich hatte erwartet, dass eine Erklärung vom Regierungsrat bezüglich der vom Reichstag in der 2. Lesung angenommenen Resolution auf Anstellung von weiteren 1000 Poststellen in den Etat erfolgen würde. Da das nicht geschehen ist, behalte ich mir weitere Aussführungen darüber für später vor. Nach den Mitteilungen in der Presse soll ja der Wunsch des Reichstags nicht erfüllt werden, sondern eine Erhöhung der Tagesgelder für die dienstlich beschäftigten Beamten eintreten. Dieser Ausweg würde mir sehr wenig glücklich erscheinen, weil die Sicherheit, die in der Anstellung liegt, dadurch dem betreffenden Beamten doch nicht gewährt würde.

Außerdem habe ich mir gegenüber dem früheren Herrn Staatssekretär des Reichspostamts erklart, dass wir es nicht für richtig halten, wenn die unteren Postbeamten durch ihre Vorgesetzten zu Sammlungen irgend welcher Art aufgefordert werden. Unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit wird hier einfach ein Zwang ausgeübt. Es liegt mir aber jetzt wieder ein Erlass des Oberpostdirektors von Posen vor, durch den die Vorsicherer der Postämter aufgefordert werden, Sammlungen für ein Bismarckdenkmal in Posen einzuleiten. Wir müssen uns aufs schärfste dagegen wenden, dass die Amtsgewalt zu solchen partei-politischen Zwecken missbraucht wird.

Wenn die Beamten sozialdemokratischen Bestrebungen nachsehen, so werden sie disziplinarisch bestraft und man sagt, Beamte haben sich um Politik nicht zu kümmern. Hier aber werden Sammlungen veranstaltet zu einem unzweckhaften politischen Zwecke.

Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Erklärung abzugeben, dass er durch eine Generalverfügung den nachgeordneten Instanzen es ein für allemal untersagen wird, solche Sammlungen bei den Unterbeamten zu veranstalten.

Schließlich habe ich noch eine Angelegenheit vorzubringen, von

Anstrengung vorzugehen, nicht hinzuholen, so ist das nicht meine Schuld, (Schr. richtig! rechts.)

Dann ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Vallestrem: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag den 15. April nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung: Zweite Beratung der Gemäßigt-Ordnung und der dazu gehörigen Gesetze.

Ehe ich die Sitzung schließe, wünsche ich Ihnen allen rechte Erholung während den Ferien und ein fröhliches und gesegnetes Osterfest. (Bravo!)

37. Sitzung der Bolltariskommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 18. März 1902.

Zu Pos. 37, die im Entwurf Wäume, Streuäcker etc. in Töpfen, Kübeln, mit oder ohne Erdballen, Chacastämme ohne Wurzeln und Wedel frei läuft, beantragt Wallenborn (Centr.): 1. Lebende Pfansen in Töpfen 20 M., 2. Lebende Pfansen ohne Erdballen 20 M., 3. Rosen 40 M., 4. Bäume und andere vorstehende nicht genannte lebende Pfansen, einschließlich Lorbeerbäume und Chacastämme ohne Wurzel und Wedel 15 M.

Unteric und Gen. beantragen, auch die Unterpositionen vorbeerbäume 3 M., andere 6 M. pro Doppelcentner — freit zu lassen.

Wallenborn begründet seinen Antrag. Der ausländische Konkurrenz müsse gesteuert werden.

Regierungsmannissar Lauer erachtet den Antrag abzulehnen.

Stolle: Wenn auch der Gärtner nicht immer im Rosengarten sitzt, so kann doch von einer Notlage der Gärtnerie nicht die Rede sein. Die Besitzer großer und größerer Gärtnerie, wie Seidel-Dresden und Wagner-Leipzig, haben gar keine Ursache, Petitionen zur Auflösung von Schuhöhlen an uns zu senden. Im Blüte genügend Kapitalien, sind sie im Stande, alle Mittel sich für ihre Betriebe zu verschaffen und sind konkurrenzfähig. Für sie bedeuten Zölle Liebesgaben ohne Nutzen. Die Gärtnerbetriebe haben sich richtig vermehrt. Aber den Agrarier genügen die darauf bezüglichen Nachweise der Regierung nicht, ihren übertriebenen Forderungen ist damit freilich nicht gedient.

Für die Damen in den Schalterräumen war ursprünglich nur stundenweise Beschäftigung vorgesehen. Sollte es richtig sein, dass die Arbeit 8, 9, ja 10 Stunden dauert und ihre volle Kraft in Anspruch nimmt, so wird allerdings eine Erhöhung des Lohnes eingehen oder ihnen der Sonntag bezahlt werden müssen.

Reichsbahndirektor Frhr. v. Thielmann: Ich kann erklären, dass meinseits dem zugestimmt werden wird, dass die Zahl der etatmäßigen Postassistenten im nächsten Rechnungsjahr derart erhöht wird, dass eine batibige Verminderung der Diätareit auf 5 Jahre erreicht wird. Das war ja der springende Punkt.

Abg. Wlemer (freil. Bp.): Mit Rücksicht auf die Erklärung der verbündeten Regierungen, die uns zwar noch nicht befriedigt, sonst hätte man ja seiner Zeit eine Finanzgemeinschaft unter den deutschen Eisenbahnen herstellen müssen. Da die höchste Unwegsgrenze für den Güterverkehr von 20 Proz. durch die Vereinbarungen von Preußen und Sachsen nicht überschritten wird, so hat die Reichseisenbahn keine Veranlassung, dagegen einzuschreiten.

Abg. Dr. Sattler (freil. Bp.): Ich schreibe das Abkommen ebenfalls mit Freuden und hoffe, dass der bayerische Landtag bald dem Beispiel des württembergischen folgen wird. Der Resolution Gröber können wir nicht zustimmen, da der Staatssekretär in der Kommission ausdrücklich zugesagt hat, dass für den Fall einer Überbeschaffung der Ausgaben durch die Reichspostverwaltung die nachträgliche Genehmigung des Reichstags eingeholt werden soll.

</div

Regierung seien unbedecklich von der Kommission befasst worden. Nedner macht weiter vertrauliche Mitteilungen.

Spahn verteidigt die Haltung der Kompromismehrheit. Man dürfe die Kommission nicht durch so entschiedene Erklärungen für die Zukunft binden. Bis zur zweiten Lesung wollen wir ruhig so weiter arbeiten.

Statssekretär v. Richthofen: Meine Erklärung ist nicht für die Zukunft, sondern ist aktuell für die Gegenwart. Nebner erklärt dies durch weitere vertrauliche Mitteilungen.

Müller-Sagan entgegnet dem Abg. Spahn. Die Mehrheit der Kommission achtet in keiner Beziehung auf die Erklärungen der Regierung. Denmer kennt die Währungsverhältnisse nicht, sonst hätte er nicht so über die ausländische Konkurrenz gesprochen. Die Verwaltungen föderaler Besitzungen machen den kleinen Wählern das Leben schwer, die sich dauernd über diese Konkurrenz beklagen. Die Mehrheit macht mit ihren Verträgen Handelsverträge unmöglich. Auch Existenz werden jetzt schon durch diese schändlichen Verträge vernichtet. Noch nie ist eine Regierung so schlecht behandelt worden, wie unsere Regierung durch die Mehrheit dieser Kommission. (Muren und Weißfall.)

Gamp tritt für den Zoll ein, der nochvoll sei, und wendet sich gegen die Regierung. Was versteht man unter Gesamtinteressen? Auf wirtschaftlichem Gebiete stehen sich eben Interessen gegenüber. Für die Frage, ob Handelsverträge zu stande kommen, sind die monierten Verträge ohne Bedeutung.

Prafsche bestreitet dem Abg. Schrader, dass die hochwichtigen Erklärungen von der Mehrheit gleichgültig behandelt wurden seien. In der Öffentlichkeit wäre die Sache nicht aufgebaut, wenn nicht unerwartet die Erklärung der Regierung gekommen wäre. Jetzt wird die Sache noch mehr böses Blut machen.

Stadtshagen wendet sich gegen Paasche. Die Vorwürfe, als vertrate die Regierung die Interessen des Auslandes, treten aus vielen Bemerkungen der Mehrheit hervor. Auch uns machen Sie solche Vorwürfe, die unberechtigt sind, weil wir die deutsche Arbeit und die deutschen Arbeiter vertreten. Das Centrum reist. Die Mehrheit bringt hier Verträge zu stande, die allerdings die Absicht verraten, den Abschluss von Handelsverträgen zu vereiteln.

(Widerspruch.) Ach, wir tun hier nichts der Regierung zu Liebe oder Unliebe, wir handeln hier im Gesamtinteresse; leidet das, dann leiden die Arbeiter noch mehr. Die Mehrheit der Kommission will keine Handelsverträge. Auch die Regierung ist schuld an der Erhöhung der Situation, sie hat durch ihren Tarif immer mehr Zölle gebracht und die agrarische Begehrlichkeit gefördert.

Statssekretär v. Richthofen: Den Abg. Kamp kann ich beruhigen. Meine Erklärung habe ich im Namen der verbliebenen Regierung abgegeben. Nicht vertraulicher Art ist die Erklärung, dass die Regierung behufs Abschlusses von Handelsverträgen Zollfreiheit für die bereagten Positionen zu gewähren bereit ist. Die Regierung muss das Recht haben, ihre Stellung unzweideutig und zu geben, wie dies die Parteien hinsichtlich ihrer Stellung auch thun.

Graf Schwerin: Wenn unsere Verträge Erregung ausländischer Währer hergerufen haben sollte, so würden unsere inländischen Währer wohl in höhere Erregung gekommen sein, wenn wir diese Verträge nicht gefasst hätten.

Statssekretär v. Richthofen wendet sich gegen den Vorredner und erklärt, die Einmischung des Auslandes in die Herstellung des Zolltarifs sei genau nicht stärker, als die Einmischung resp. Teilnahme Deutschlands an den Zolltarifen anderer Staaten.

Schrader: Wenn die Mehrheit die Verantwortung für ihre Verträge übernehmen will, ist das ihre Sache. Wir werden diese Verträge beurteilen, wie es uns beliebt.

Graf Schwerin: Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Spedi wünscht Auskunft von der Regierung über die Gestaltung des Zolltarifs anderer Länder, speziell Österreichs.

Statssekretär v. Richthofen erklärt sich außer Stande, dem Wunsche entsprechen zu können.

In der Abstimmung wird Position 38 nach der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag v. Wangenheim wird gegen 11 Stimmen abgelehnt, die Position 39 dann nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zur Verabredung werden verbunden die Positionen 40, 41 und 43 — Blumen, Blätter, Gräser, Palmenwedel etc., frisch und getrocknet — zollfrei.

v. Wangenheim beantragt zu Position 40, Blumen, Blätter, frisch — 200 M.; zu Position 41, Blätter, Gräser, Zweige frisch — 75 M.; zu Position 43, Blumen etc. getrocknet — 62,50 M.

Der Antragsteller glaubt nicht viel zu den niedrigen Sätzen seines Antrags sagen zu sollen. (Herrlichkeit.) Die Konkurrenz der Handelsräte und Bierberei müsse eingeschränkt werden. Müller-Meinungen wendet sich dagegen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

In der Abstimmung werden die Anträge Wangenheims abgelehnt und die Positionen 40, 41 und 43 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zu Position 42, Chausseewinkel, frisch oder getrocknet — 20 M. beantragt v. Wangenheim 250 Mark Zoll pro Doppelcentner. Gehirnrat Bernuth: Der beantragte Zoll beträgt 227,27 Prozent des Wertes. Ein solcher Schuh ist nicht nötig; dieser Zoll wird vielmehr unsere deutschen Handelsgeschäfte schädigen. Nedner erucht um Ablehnung des Antrags.

Stolle tritt für den Antrag Künrich und Gen. ein, der Chausseewinkel zollfrei lassen will. Nedner erklärt, dass verständige Fachleute keinen Zoll fordern werden. Was denkt sich denn die Regierung mit ihrer Forderung? In Nr. 43 gibt sie Palmenwedel frei, in Nr. 42 belegt sie Chausseewinkel, getrocknet, mit 20 M. Man kann doch nicht denselben Gegenstand unter einer Nummer frei lassen, unter einer anderen Nummer verzollen! Sie besteuern mit diesen Zöllen die Vieletat; doch das Centrum das mittlert ist besonders interessant. Die Handelsräte werden auch durch diesen Zoll geschädigt. Nedner erklärt dies des weiteren.

Gehirnrat Lau: Im Wirtschaftlichen Ausschuss erklärten die Sachverständigen, eine Unterscheidung zwischen Chausseewinkel und Palmenwedel werde leicht sein.

Spedi: Von einer Untergrabung der Vieletat kann nicht die Rede sein. Oftmals werden große Blumenspenden nur zu Neuanordnungen angefangen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

In der Abstimmung wird der Antrag Wangenheim mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung am 8. April 10 Uhr.

Zwei Linden, Leipzig-Lindenau.
Vereinslokal
des Volksvereins Plagwitz-Lindenau.
und Vereins-
zimmer.
Guten Bürgerlichen Mittwochstisch.
[2065] Achtungsvoll E. Weiske.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz
Mühlenstr. 9.

Empfiehlt meinen kräftigen Mittwochstisch, sowie alle Sonnabendtische.
K. Schweinstrohnen. [1445] Achtungsvoll Siegel Paul.

Kaufhalle, L.-Plagwitz
Zimmerstraße.

Hente, Sonnabend und Sonntag
Grosse humorist. Vorträge.

Sonntags: Frühschoppen-Konzert und ff. Speckkuchen.
Beliebte Speisen und Getränke. Kräftigen Mittwochstisch.
128] Ergebenst Hermann Brandt.

Vockes Restaurant, Plagwitz

Merseburger u. Weissenfelser Straßen-Ecke 32
empf. keine Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochsein. Sonnabends Schweinstrohnen. Sonntags Spezialitäten. Karl Zeidler gen. Vocke.
Verlebenslokal der Zimmerer Leipzig-West. [2455]

Bürgergarten, L.-Kleinzschocher.

Sonntag den 28. März: **Gesellschaftliches Schweinauskegeln** auf dem Billard.
Hierzu lädt ergebenst ein [2409] F. Halbauer.
NB. Lose können jederzeit ausgezogen werden. Preis des Loses 50 Pf.
Jedes Los gewinnt.

Sonnabend den 15. März: Grosses Schlachtfest
Anstich des letzten Bockbieres

wozu Mitglieder und deren Gäste freundlich eingeladen
Der Budifer vom Zimmerlin, L.-Kleinzschocher.

Markranstädter Konzert- und Ballsaal Stadt Leipzig.

Empfiehlt allen geehrten Freunden und Bekannten, sowie der öbl. Einwohnerschaft von hier und Umg. meine freudl. Lokalitäten zur allg. Benutzung. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. öffentliche Ballmusik. Hochachtungsvoll H. Riedel.

Gute Ja. Fleisch u. Wurstwaren Speise-Potofellen, hochs. Ctr. 2 M.
empfiehlt in hester Qualität Robert Höppner,
Ch. Mühl. Körnerstraße 44. Lindenau, Mühlenstraße 37.

Verlegte neue Weinhandlung nebst Kellerei von Johannisplatz 4/5 nach
neue Weinhandlung nebst Kellerei Steinweg II. Betrieb nur in der Kellerei im Hof.



Ein Brot umsonst

ob. 10 Pfd. Kartoffeln ob. 2 Pfd. Mehl
ob. 2 Pfd. Quark ob. 2 Ur. Milch ob.
3 Ur. Buttermilch ob. 1/2, Mdl. Eier ob.
3 Pfäschchen Bier bei Einkauf von 1 Pfd.

Mehra-Butterterrat (Pfd. 1 M.) bei

Hechts Molk., Ranft. Steinweg 26.

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögel,
Herzbauer, Mist, Reis, Charly, Gierbrot,
hoch Sommerrüben, 5 Pfd. 1,10 M., Ctr.
19 M., Amelssener, Weihm., ital. Golfs.
100 Pf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Neue u. gebrauchte Möbel, Bettten

verkauf Lind., Lützener Str. 22, v. u. 1. Et.

Auf Credit!!
erhält Jedermann
Herren-Anzüge

Sommer-Paletots, Hosen-Konfirmanden-Anzüge

Burschen- und Kinder-Anzüge
in allen Farben und Neuheiten,
fertig und nach Maß, in besserer
Ausführung und tabaklosem Stil.

Damen-Zackts, Krägen, Hünge, Mantel.

Kleiderstoffe, schwarze Cachemires
Gardinen, Bettzeuge.

Möbel und Betten
bei wöchentlicher Abzahlung

von 1 Mark an.

L. COHN
Waaren-Credit-Haus
„Im Westplatz“.

Eingang:
Colonnadenstr. 34, I.

Die Auswahl ist unübertroffen!
Die Preise sind erstaunlich billig!
Die Qualitäten sind die bessern besten!
Die Zahlungsbefreiungen sind so günstig wie nirgends!

mit
Otto Hein's
selbstthätigem
Wiener Backmehl

werden ohne Hefe Obst-, Nüsse, Blechkuchen und Torten in 1/2 Stunden, Pfannkuchen und Kräpse in 10 Minuten in jedem Brat- oder Kochofen hergestellt. Besondere Vorsorge: Billige, bequeme Herstellung, besonderer Wohlgeschmack und leichte Verdaulichkeit des Gebäcks, kein Mühsingen bei Befolgeung der dem Mehl beigefügten Backvorschriften und Rezepte. Zu beziehen in Paketen — 1 Pfd. à 25 u. 50 Pf. (für Wiederverkäufer en gros-Preise) in der Special-Geschäft für Kaffee und Schokolade

Otto Hein vorm. A. F. Form
Kurprinzessstrasse Nr. 1
am Roßplatz. [4821]

Butterhandlung + Robert Funke

Lindenau, Ecke Gundorfstr. u. Weitmarsstr.
Täglich frisch einstreichend:

Thüringer Landbutter Stück 58 Pf.

Rittergutsbutter " 60 "

Allerfeinstes Mollerelbutter " 65 "

Enorm billige Gelegenheitskäufe!

Auf meinen Einkaufsreisen hatte ich Gelegenheit, große Warenposten zu sabelhaft billigen Preisen einzukaufen.

- 1000 Stück Damen- und Kinderschürzen, Stück 22 und 25 Pf.
- Ein Posten Kommoden- und Nähtischdecken, 38 und 68 Pf.
- 10000 Meter Hemdentücher, Meter 18, 28, 31, 38 Pf.
- Ein großer Posten Steppdecken mit kleinen Fehlern, spottbillig.
- Ein großer Posten weiße und bunte Bettzeugen, enorm billig.
- Zirka 100 Stück schwarze und farbige Kleiderstoffe, Meter von 65 Pf. an.
- Ein großer Posten Reste und Abschnitte Kleiderkattune, Meter 22, 28, 33 Pf.
- Zirka 2000 Stück Herren- und Knaben-Chemisettes und Serviteurs, Stück 28 Pf.
- Ein großer Posten weiße Gardinenreste, Stück 20, 30, 40 Pf.
- Ein großer Posten Hemdenstancelle, 3 Meter nicht 1 M., sondern 38 Pf.
- Zirka 500 Paar schöne Sommerhandschuhe für Damen, Paar 18 Pf.
- Ein großer Posten Knaben- und Konfirmanden-Anzüge, enorm billig.
- Ein großer Posten Krawatten für Herren und Knaben, spottbillig.
- Ein großer Posten Wachstuchreste, Stück 40 und 50 Pf.
- 200 Stück Damenkrägen und Jackets, enorm billig.
- Ein Posten Wäschtücher und Handtücher, Dutzend 3,25 M.
- Ein Posten eleganter Knaben-Anzüge und Kinderkleidchen, Mustersachen, spottbillig.

Die Waren werden an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Kaufhaus Adolf Jkenberg,

I. Lindenau, am Markt.

[2437]



Nordbezirk.

Dienstag den 18. März abends 9 Uhr

Grosse Volksversammlung

im Virlenschlößchen, Wahren.

Tagesordnung: 1. Der neue Zolltarif, seine Bedeutung für das arbeitende Volk und die Verhandlungen der Zolltarifkommission. Referent: Reichstagsabgeordneter **W. Stolle**. 2. Diskussion.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

[2488]

Der Einberufer.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Große Fleischergasse
(Stadt Gotha).

Sonnabend, 15. März, abends 1/2 Uhr
Nebenübung und Diskussion.

Sonntag den 16. März nachm., 1/2 Uhr
2. Aufführung von Dr. Alans im Alter

Theater.

Donnerstag den 20. März abends 9 Uhr
im Vereinslokal Ausgabe der Eintrittskarten zu der 3. Aufführung von Dr. Alans.

Mittwoch den 26. März abends 9 Uhr
Anherdenliche Hauptversammlung.

T.O.: Lokalangelegenheiten, Beschiedenes.

Sonntag den 23. März

Gesangs- u. Theaterabend

im Felsenkeller.

[2418] Der Vorstand.

Arb.-Verein Thonberg.

Neurendnitz.

Sonntag den 16. März abends 8 Uhr

VERSAMMLUNG

im Gasthof Neurendnitz.

1. Lichtbilder-Vortrag

vom Institut Kodakos

Hamburg und der Weltverkehr

erläutert durch 75 Bilder.

2. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

[2468] Der Vorstand.

Volksbildungs-Verein für Paunsdorf u. Umg.

Sonntag den 16. März findet ein Besuch des Zoologischen Museums zu Leipzig statt. Mitglieder, deren Frauen sowie Kinder über 8 Jahre werden hierdurch freundlich eingeladen. Treffpunkt: Alter Gasthof.

Abmarschpunkt 9 Uhr vormittags.

Nichtmitgliedern ist Aufschluß gern gestattet.

Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Eintritt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

[2420] Der Vorstand.

Volksbildungs-Verein für Paunsdorf u. Umg.

Sonntag den 16. März findet ein Besuch des Zoologischen

Museums zu Leipzig statt. Mitglieder, deren Frauen sowie Kinder über

8 Jahre werden hierdurch freundlich eingeladen. Treffpunkt: Alter Gasthof.

Abmarschpunkt 9 Uhr vormittags.

Nichtmitgliedern ist Aufschluß gern gestattet.

Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Eintritt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

[2420] Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen

der Arbeiterklasse.

Mittwoch den 19. März abends 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Saale des Coburger Hofs, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Aufführung der großen Meisterbilder und Be-

sprechung dazu von Genossen Manfred Wittich. 2. Bericht des Vorstandes

und der Revisoren. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verabschiedung.

Eintritt gegen Mitgliedskarte.

Zahlreichen Besuch erwartet

[2420] Der Vorstand.

Brauer und Berufsgenossen.

Sonntag den 16. März nachmittags 3/4 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Restaurant Gaudlitz, Seeburgstraße 84.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Frische über: Geheim-

mittel und Geheimmittelgeschwindel. 2. Diskussion hierzu. 3. Wahl von drei

Revisoren. 4. Gewerkschaftliches.

[2407] Der interessante Vortrag lädt einen zahlreichen Besuch erwarten. Gleichzeitig

erfuhr ich, die Kollegen, plakativ in der Versammlung zu erscheinen. D. E.

Portefeuiller, Galanterie- und Etuisarbeiter!

Sonnabend den 15. März, abends 1/2 Uhr findet im Gasthaus Stadt

Gotha, Große Fleischergasse, eine öffentliche Versammlung statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Biographie und Vorlesung aus den Werken

Mag. Gorla. Ein Dichter des russischen Proletariats. Referent: Genosse

h. Dunker. 2. Rechnungslage vom Familienabend. 3. Gewerkschaftliches.

4. Diskussion hierzu.

Zahlreichen Besuch erwarten

[2406] Die Viererkommission.

Verein Vorwärts zu Markranstädt.

Sonnabend den 15. März abends 1/2 Uhr

Versammlung

in der Parkschänke.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Müller über: Politische Tage-

fragen und Parteibetreibungen; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Erscheinen erwarten

[2425] Der Vorstand.

Metallarbeiter.

Sonnabend den 15. März abends 1/2 Uhr Versammlung im

Pantheon. 1. Aufführung eines Kandidaten zum Gewerkschaftsforscher. 2. Wahl

von Kandidaten. 3. Erhebung einer Extrafeier. Verbandsbücher mitbringen.

Achtung!

Achtung!

Verband der freien Hilfskassen

Leipzig und Umgegend.

Sonntag den 16. März nachmittags 3 Uhr

Versammlung der sämtlichen Vorstandsmitglieder der Ortsverwaltung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Zahlreichen Erscheinen ist unbedingt notwendig.

[2421] Die Kommission.

Z. A.: Rob. Schmidel.

Spinner Leipzigs u. Umgebung.

Sonntag den 16. März nachmittags 1/2 Uhr

Oeffentl. Spinner-Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Lagesordnung: 1. Untere Lage einst und jetzt. 2. Verhandlungsgegenstehen.

Das Erscheinen alter Spinner ist Pflicht. [2400] Das Komitee.

Konsumentverein für Döllitz und Umg.

(E. G. m. b. H.)

Sonntag den 16. März nachmittags 3 Uhr

General-Versammlung

im Gasthof zum heitern Blick in Marcksleberg.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht über das verflossene Halbjahr.
2. Bericht über die stattgefundenen gerichtlichen Revisionen.
3. Antrag der Verwaltung: Abänderung des § 41 des Statuts und Einführung der Abschlagsdividende.
4. Verschiedenes.

Zum Eintritt berechtigt nur die Legitimationskarte.

Der Vorstand

Carl Gebmann, Oscar Geibel.

Volksverein f. Plagwitz-Lindenau.

Sonntag den 23. März (Palmsonntag)

Theater-Abend

im Saale des goldenen Adler, Lindenau, Augerstraße.

Zur Aufführung gelangt:

Die Rantzaus.

Schauspiel in 4 Akten von Erdmann-Chatrian.

Anfang 7 Uhr.

Programme an der Kasse 30 Pf., im Vorverkauf 25 Pf.

Letztere sind an den bekannten Stellen zu haben. Der Vorstand.

50 gute Sitten zu soliden Preisen.

Hochachtend Kannegesser.

Coburger Hof.

Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Eine Asphalt-Riegelbahn. Billard.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch insl. Vier 50 Pf.

Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

50 gute Sitten zu soliden Preisen.

Hochachtend Kannegesser.

Bürgergarten Brüderstr. No.

(Inh.: Max Trent)

empfiehlt vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen.

ff. Bogen- und Bayerisch Bier, Döllnicher Gose, etc.

Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapizerer.

Zum gemütlichen Ritter

Glockenstr. 4 früher Jägers Restauration Glockenstr. 4

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine neu renovierten Lokalitäten zur gesell. Benutzung.

Französisches Billard.

Mittagstisch insl. Vier 50 Pf. Große Auswahl in Speisen.

Jeden Sonnabend Schwellenknochen. Vereinszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtend Franz Ritter.

Wo ist die Kulmbacher Bierstube?

Zur Altensteiner Höhle?

Brühl 11, im goldenen Hufeisen, im Hofe.

Kohlrübe, Alexanderstrasse 24.

Sonnabend Schlachtfest und letzter Anstich von Bockbier.

3. Beilage zu Nr. 60 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 14. März 1902.

Sächsischer Landtag.

a. Dresden, 18. März.

59. Sitzung der Zweiten Kammer.

Unter den Eingängen befindet sich ein Schreiben der Regierung, worin sie mitteilt, daß sie nach dem jetzigen Stand der Beratungen über die Änderungen des Einkommensteuer-Gesetzes gezwungen sei, die Einkommensteuer nach den jetzt geltenden Bestimmungen erheben zu lassen. Da ihr keine andere Möglichkeit bleibe, müsse sie, um den Fehlbetrag zu decken, einen Antrag zu den geltenden Normalzäsuren erheben. Bei der Einschätzung sei darauf hingewiesen worden, daß zur Erhebung eines Antrags noch ein besonderer Steuerzettel zugehen werde.

Das Schreiben wird auf Antrag des Präsidenten ohne Debatte der außerordentlichen Steuerdeputation überwiesen.

Auf der Tagesordnung stehen die Dekrete 28 und 29 über:

Wasserbauangelegenheiten.

Es handelt sich in der Haupthand um die Denkschrift über eine Regulierung des Wasserrechts, Korrekturen im Flussläufe Sachsen und Errichtung von Thalsperren. Außerdem werden noch im Dekret 28 75 000 Mk. zu Vorberichtigungen und Vorarbeiten für Wasserbauten im Gebiete der Wilhelmsburg, der Zwischenwille und der Görlitzer Neiße gefordert. Sonst enthalten die Denkschriften noch keine besonderen Forderungen, die Regierung beharrt sich vielmehr sonst darauf, ihre Ansichten über die Wasserrechts- und Thalsperrenfrage niedezulegen und in großen Umrissen einen Kostenanschlag aufzustellen. Das wentschlichste davon haben wir bereits auszugsweise unseren Lesern unterbreitet.

Abg. Orlitz: Die vorliegenden Dekrete sind eine Folge einer eingehenden Beratung, die vor einiger Zeit in diesem Hause stattgefunden hat. Die Sache selbst beschäftigt den Landtag schon seit langer Zeit, und es gibt wohl kaum Bestrebungen, die in diesem Hause so andauern vorgenommen werden, als die Frage des Wasserrechts. Die Bestrebungen, diese Materie zu regeln, reichen zurück bis zum Jahre 1845, wo dem Landtag bereits ein Wassergesetz vorgelegt wurde. Die damaligen Beratungen zogen sich aber hin bis zum Jahre 1848, wo sie durch andere Interessen, die damals im Vordergrund traten, verdrängt wurden. 1851 wurde ein neuer Wassergesetzentwurf aufgestellt; man hat sich, ohne zu einem Resultat zu gelangen, bis zum Jahre 1857 damit beschäftigt. Dann hat die Angelegenheit bis 1874 geruht, in welchem Jahre die Regierung dem Landtag die Mitteilung zugehen ließ, daß ein neuer Wasserrechtsentwurf vorgelegt werden würde. Da es jedoch so weit kam, trat die Frage auf, daß Wasserrecht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu regeln. Die Bestrebungen zur landesgesetzlichen Regelung des Wasserrechts mußten so lange unterbrochen werden, bis die Frage entschieden war. Schließlich aber erlangten wir Gewißheit darüber, daß diese Materie durch das Börsenrecht nicht geregelt werden würde. Damit war die Veranlassung gegeben, die Frage im Lande wieder näher zu treten. Durch einen Antrag Orlitz wurde die Angelegenheit vor einigen Jahren wieder in Gang gebracht. Der Antrag beweist die Schaffung eines neuen Wasserrechts und die Regulierung der Flussläufe. Zu einer Erledigung dieser Fragen kam es jedoch, trotz einstimmiger Annahme des Antrags durch die Kammer, nicht. Anlaßlich der verhängnisvollen Hochflut im Weißeritzgebiet kam es 1897 zu dem Antrag Mehnert, zu untersuchen, inwieweit der Wiederholung solcher Katastrophen vorgebeugt werden könne. Dieser Antrag hat mit dazu geführt, daß uns jetzt diese Denkschrift vorgelegt worden ist. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen auf Änderung des Wasserrechts ging die Frage der Errichtung von Thalsperren, die immer dringender in den Vordergrund trat. Wir müssen also drei Arten Bestrebungen unterscheiden: Das Wasserrecht zu ändern, die Flussläufe zu regulieren und Thalsperren zu errichten.

Das Wasserrecht gehört zu den schwierigsten Materien. Die unanfahrbare Natur des Wassers und eine gewisse sozialisierende Wirkung in der Gesetzgebung hat dazu geführt, diese Frage in besonderer Weise zu betrachten. Man hat gesagt, daß Wasser ist Allgemeingut und ist zu dem Schluss gekommen, daß alle Wasserbauangelegenheiten Sache des Staates sein müssen. Diese Ansicht ist in Sachen indes nicht haltbar, wo mit Ausnahme von etwa 4 oder 5 größeren Flüssen die Flussläufe zweifellos in Privatbesitz sind. Dieser Ansicht ist auch der Landestalsrat. Für uns ist nun die Frage wichtig, welchen Standpunkt die Regierung einnimmt.

In dem vorliegenden Dekret Nr. 20 ist die Frage aufgeworfen, ob die Regulierung besonders für einige bestimmte Flüsse nötig sei. Man ist zu der Erkenntnis gelangt, daß die Möglichkeit einer außergewöhnlichen Hochflutkatastrophe jederzeit für jedes einzelne Thalsgebiet vorliegt, und in jedem kleinen und Unfälle zu Verstörungen in reicher Weise vorhanden sind. Deshalb sei es, so wird mit Recht ausgeführt, ausgeschlossen, die zur Abhilfe schädlicher Verhältnisse zu treffenden Maßnahmen auf einzelne Flussläufe zu beschränken. Der Staat habe vielmehr Veranlassung, seine Fürsorge allen Flussläufen des Landes zuzuwenden. Die Aufmerksamkeit sei auf Befriedigung des schädlichen Zustusses zu richten, dazu seien aber Thalsperren nötig. Dem hat man sich auch nicht verschlossen. Im Bezug auf Thalsperren sind die Verhältnisse heute anders wie vor 50 Jahren. Heute hat die Technik ganz andere Mittel, den Gefahren, die mit der Errichtung von Thalsperren immerhin verbunden sind, zu begegnen. Nun gehe ich noch nicht so weit, daß ich sage, es seien alle Gefahren beseitigt. Im Gegenteil. Nur bei genauerer Untersuchung der Wasserverhältnisse und des Bodens ist es möglich, solche Gefahren zu vermeiden. Es ist wohl zu erwägen, daß der Durchbruch einer Thalsperre so schreckliche Folgen hat, daß alle Ursache vorliegt, mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen.

Nicht unwillkürlich sind Berechnungen über die eventuellen Kosten der Thalsperren. Hierbei konnte sich die Regierung nicht auf eigene Erfahrungen stützen, sondern mußte in anderen Ländern Erfahrungen einholen. Nach den auf diese Weise gemachten Feststellungen würde die Regulierung aller Flüsse einen Kostenaufwand von 89 Millionen Mark erfordern, würde man dabei aber gewerbliche Zwecke mit berücksichtigen, so würde man 48 Millionen brauchen und bei Ausrechnung von 8 Millionen für Vorarbeiten würden sich die Gesamtkosten auf 61 Millionen belaufen. Was zu thun ist, diese Frage läßt die Denkschrift unbeantwortet und sie überläßt es der Kammer im allgemeinen, die Richtung anzugeben. Da sind wir wohl alle der Meinung, daß es nicht möglich ist, die Regulierung aller Flussläufe gleich sofort in Angriff zu nehmen. Mehrere meiner Freunde stehen der Frage der Flusslaufregulierung überhaupt skeptisch gegenüber und meinen, daß die Erfahrungen noch kein bestimmtes Resultat ergeben haben und in einzelnen Fällen mehr Schaden als Nutzen erwachsen würde. Immerhin aber würden wir alle zusimmen, daß ein Anfang gemacht wird. Wir würden uns sehr wohl entschließen, die Regierung zu ersuchen, für einen bestimmten Fluss einen Kostenanschlag aufzustellen, um wenigstens einmal einen Verlust zu machen. Gelänge er nicht, so würde das ein Grund sein, mit der weiteren Ausdehnung dieser Maßnahmen Halt zu machen. Es würde der Zweite Kammer sehr wohl anstreben, nach dieser Richtung hin die nötigen Mittel zu bewilligen; denn es handelt sich um eine wichtige Kulturausgabe.

Was die in dieser Angelegenheit eingegangenen Petitionen bestreift, so muß man unterscheiden zwischen solchen, welche Flussregulierungen fordern und solche, die Thalsperren verlangen. Die letzteren Bittschriften haben alle im Auge, daß die Thalsperren die gewerblichen Zwecke fördern sollen. Der Staat muß meiner Meinung nach beide berücksichtigen. Er muß aber sparsam sein, wenn es sich um gewerbliche Zwecke handelt und freigebiger, wenn es gilt, der Hochflutgefahr vorzubürgern. Die vorliegenden Fragen sind

von großer Schwierigkeit. Wir werden uns aber zu dem kostspieligen Experiment verstellen müssen. Man soll aber auch nicht verleugnen, daß es sich um eine Kulturausgabe handelt, die der Industrie und der Landwirtschaft eine segensreiche Unterstützung bringen werden. (Beifall.)

Abg. Grumbt: Man darf mit den Regulierungsarbeiten nicht am Anfang des Flusslaufes beginnen. Wohl dies führe, habe man im Jahre 1897 im Riesengebirge gesehen. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, daß die Grabefüllung des Flusslaufes bei Hochwasser verhängnisvoll werden müsse. Dann werde der Lauf der Flüsse so reihend, daß keine Brücke zu erhalten sei. Die Stromkrümmungen seien die natürlichen Staunlagen, sie müssen unter allen Umständen erhalten bleiben. Für vollständig verfehlt halte ich es auch, wenn man an Flussläufen die Bäume entferne, die mit ihren tiefhängenden Wurzeln den besten Schutz gegen Hochwasser darstellen. Wenn jetzt Hochwasser so außerordentlich eintreten und so häufig zu verzeichnen seien, so sei das zum Teil darauf zurückzuführen, daß die natürlichen Wasservorräte, die den Regen zurückhalten und ihn nach und nach abgeben, die Hochmoore, fumpfige Gebirgswälder usw., mehr und mehr befestigt würden. Den Thalsperren stehe ich nicht direkt ablehnend gegenüber, ich möchte aber die Regierung bitten, die Unglücksfälle verantworten sollte, die durch Thalsperren entstehen können.

Abg. Horst: Mich interessiert in erster Linie die finanzielle Seite der Sache. 81,5 Millionen kostet die Planung und beinahe 48 Millionen die Ausführung. Wer diese Kosten tragen soll, ist mir vollständig zweckhaft. Der einzige gangbare Weg ist der, nach und nach mit der Regulierung vorzugehen. Man hat gesagt, die Thalsperren würden der Industrie Vorteile bringen. Ich habe fürstlich einen Industriellen gesprochen, der die Errichtung von Thalsperren vorausgabt für ein Unglück erklärte. Die in der Nähe von Thalsperren und regulierten Flüssen liegenden Betriebe würden dadurch einzigartig bevorzugt. Sie würden konkurrenzfähig werden und in folgedessen den anderen Schwierigkeiten bereiten. Die leichten würden schließlich in die Bravaslage versetzt, aus ihrer Tasche Geld für die Thalsperren an den Staat zu zahlen, damit sie ruiniert würden. (Hinterhalt und Widerspruch.) Man hat nun behauptet, die Technik sei so weit vorgeschritten, daß absolute Sicherheit bezüglich der Thalsperren geboten werden könnte, das muß ich sehr bezweifeln. Die Urteile, die wir gehört haben, können Irrtümer enthalten. Dann kommt aber auch in Betracht, daß durch Wasserschäden an den Thalsperren angerichtet werden kann, der schreckliches Unglück im Gefolge haben kann.

Abg. Gleisberg: Der Beifall, den wir das vorliegende Dekret verbanden, ist unter dem Eindruck der Hochflut vom Jahre 1897 und unter günstigen Erwerbsverhältnissen gesetzt worden. Heute würde man sicher einen anderen Beifall herbeiführen. Ich erachte zunächst riesige Ausgaben für die Anleger, die Gemeinden und den Staat. Mit der Vorlage bin ich insofern einverstanden, daß auch ich keinen Unterschied erachte bezüglich der Hochwassergefahren in den verschiedenen Flussgebieten. Hochwasser finden aber fast alle Jahre statt und ich habe mich bereits daran gewöhnt. Ich möchte noch die Frage aufwerfen, wie man sich bezüglich der Flüsse verhalten soll, die in Preußen, Anhalt usw. münden. Hat man sich mit den Regierungen der betreffenden Länder bereits in Verbindung gesetzt? Man kann doch nicht nur den Teil des Stromes regulieren, der Sachsen berührt.

Abg. Rubelt: Ganz besonders sei zu begrüßen, daß mit den Thalsperren die Wasserkräfte nutzbar gemacht und das Wasser sonst zum Verbrauch aufgefordert werden soll. Das sei in so bewußten Gegenden, wie dem Plauenschen Grunde, wo die Wasserversorgung schon jetzt Schwierigkeiten macht, ganz besonders wichtig. Zu einem Versuch mit der Thalsperre eigne sich das Weißeritzgebiet ganz vorzüglich, und zwar aus verschiedenen Gründen. Aus dieser Gegend seien leider Einsprüche erhoben worden. Die Weißeritz nehme ihren Lauf lediglich in Sachsen, man kostbare also bei einem Versuch im Weißeritzgebiete nicht mit anderen Staaten. Ferner wird dem Staaate auch eine geringere Belastung erwachsen, als bei einem Versuch in einer anderen Gegend, denn die Anleger im Weißeritzgebiet werden mit zu den Kosten beitragen. Zur Ausbringung der Kosten halte ich den Weg am geeigneten, wenn der Staat Garantie leistet und bezüglich der von den Wassergenossenschaften aufzunehmenden Anteilen die Hoffnung übernimmt und sich der Staat ferner verpflichtet, einen Teil der aufzubringenden Räumen vorbehaltlos zu gewähren, solange der Betrag von den Interessenten nicht aufgebracht werden kann.

Abg. Nollisch verbreitete sich eingehend über die mit der Stadt Neiße verbundene in Böhmen und Görlitz getroffenen Abmachungen über die Niederschärfung.

Abg. Andrá: Durch die Aufspeicherung des Wassers werde es auch möglich sein, Gärten zu berieseln. Es sei für das Projekt.

In der weiteren unöffentlichen Debatte ergreift das Wort

Staatsminister v. Meissner: Ich möchte nur nochmals konstatieren, daß die Regierung durch die Einbringung der Denkschrift lediglich dem Wunsche Rechnung getragen hat, der im vorliegenden Antrag auf sie gerichtet worden ist. Ich möchte nun mehr für den weiteren Gang der Verhandlung, vorzüglich für die Stellungnahme in der Deputation, meine Ansicht dahin aussprechen, daß die allgemeinen Erklärungen der Regierung in der vorliegenden Denkschrift hingenommen und beurteilt werden möchten als ein ganz allgemeines Zukunftsblatt. Wenn wir eine principielle Erklärung der Kammer in dieser Angelegenheit wünschen, so betone ich aber gleichzeitig, daß wir nicht annehmen, die Kammer lege sich mit ihrem Votum in irgend welcher Weise fest. Den Antrag der Regierung, die Anlagen am Weißeritzlauf ganz speziell zu behandeln, möchte ich Ihnen ganz besonders empfehlen, weil sich nach der Erfahrung von 1897 gezeigt hat, daß nirgendwo die Flussregulierung so notwendig ist, wie im Gebiete der Weißeritz. Die Anlage im Gebiete der Weißeritz möchte ich als ein Bedürfnis bezeichnen.

Nach weiteren Aussführungen der Abgeordneten Hähnel, Ebler v. Querfurt, Ehret, Ende, Orlitz und Steyer wird beschlossen, die beiden Dekrete der Finanzdeputation A zu überwassen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Einige Kapitel aus dem ordentlichen Stat.

Der Krieg in Südafrika.

General Methuen freigelassen!

Was London wird berichten: Nachdem Methuen sein Ehrenwort gegeben hat, ist er in Freiheit gesetzt worden. Man glaubt, daß er, sobald es sein Zustand gestattet, nach England zurückkehrt. Die Morgenblätter erklären fast einstimmig, daß Delarey sich durch diese Freilassung als Edelmann gezeigt habe. Mehrere Blätter fragen, welche Haltung nun die englische Regierung angesichts dieser grobunrechtmäßigen Handlung Delareys einschlagen wolle. Daily News sagt, der Fall bietet gute Gelegenheit, die Verbannungsproklamation zurückzuziehen. In Regierungskreisen wird versichert, man werde als Revanche entweder Cronje oder Krüger freigeben.

Man wird vor diesem Grobmutsstreich der Buren mit sehr gemischten Gefühlen stehen. Es fragt sich doch, ob einem so grausamen und perfiden Gegner gegenüber, wie die Engländer sich erwiesen haben, Grobmunt nicht eine sehr übel angebrachte Sache ist, und man wird erst abwarten müssen, wie hoch die

Besitzer der Minenaktien an der Londoner Börse die Entlastung ihres Lieblings diskontieren werden. Vermöglich werden sie gar nichts daran geben, und die Buren werden schlechter gestellt sein, als zuvor: sie werden lediglich den General Methuen, dessen strategisches Ungeschick ihnen schon manches Mal den Hosen in die Füße gejagt hat, seinem Bürgerlichen Berufe wiedergegeben und dadurch ihre militärischen Chancen wesentlich verschlechtert haben.

Auch im englischen Unterhaus kam die Freilassung Methuens zur Sprache. Kriegsminister Brodrick erwiderte auf verschiedene Fragen, General Methuen und Oberst Townsend würden dem Bericht noch in Merkendorf erwarten. Der sie behandelnde Arzt meinte, daß beide sich wohl befinden. Er (Meldner) nehme an, daß sie freigelassen seien, obgleich das in dem betreffenden Telegramm nicht ausdrücklich gesagt sei. (Beifall.) Die Untersuchung gegen Krüger sei verschoben worden, weil die Prüfung der Zeugenaussagen noch nicht beendet sei. Healy fragte, ob die Regierung ebenso hochherzig sein und Krüger freilassen werde. (Beifall bei den Nationalisten.) Die Frage wurde von dem Minister nicht beantwortet.

Dieses ministerielle Schweigen ist die erste Antwort Englands auf die Grobmunt der Buren.

Aus der Partei.

ac. Der Kongress der sozialistischen Frauen Belgien, der am Sonntag in Brüssel abgehalten wurde, war von etwa 70 Delegierten besucht. Den Flechtersbericht gab Frau Gatti de Gamond. Danach hat der Vorstand der Föderation an die städtischen Behörden um Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern petitioniert; an die Kammer ist eine Petition gegen den Militarismus abgegangen. Frau Tillmann berichtet über die Verfassungsorganisation der Frauen. In der belgischen Industrie seien 822 976 Personen beschäftigt; davon 193 039 Frauen. Nicht eingerechnet sind hierbei die Landwirtschaft und die Dienstboten. Von den in der Industrie beschäftigten Männern seien 9,21 Proz. organisiert, von den Frauen nur 1,7 Proz. In Gent sei die berufliche Organisation der Frauen am weitesten vorgeschritten; in der dortigen Leinenindustrie sind allein 1600 Frauen organisiert, außerdem gehören 800 Weberinnen ihrem Verbandsverein an. Die Errichtung einer genossenschaftlichen Produktionswerkstatt hat dazu geführt, daß sogar 106 Lehrerinnen sich organisiert haben. In Grammont sind die Zündholz- und Cigarettenarbeiterinnen teilweise organisiert; in Brüssel seien nur geringe Ansätze von Frauenorganisationen vorhanden, und zwar in der Schuhindustrie und in dem Schneidergewerbe. Es wird beschlossen, in den Gewerkschaften besondere Frauengruppen zu errichten. Da die gegenwärtig bestehende Frauenzeitung: Cahier des Femmes nicht genügt, soll seitens der Föderation eine besondere Frauenzeitung in französischer Sprache herausgegeben werden.

Eine lange, zum Teil erregte Diskussion entspießt sich über die Frage des Frauenwahlrechts. Bekanntlich hat die Brüsseler Föderation der sozialistischen Frauen beschlossen, um nicht die Durchführung des allgemeinen, gleichen Stimmrechts für die Männer zu gefährden, zunächst auf die Forderung des Frauenstimmrechts zu verzichten. Es bedeutet das kein Aufgeben des Prinzips, sondern nur eine Zurückstellung der Forderung. Im Programm bleibt diese Forderung bestehen, und in der Resolution, die schließlich angenommen wurde, wird betont, daß die Partei im geeigneten Moment die Forderung des Frauenstimmrechts im Parlament einzubringen und zu vertreten habe; aber es ist kein bestimmter Termin gesetzt, sondern es wird der späteren Entscheidung überlassen. Es müsse, so führten Frau Gatti de Gamond und Frau Vandervelde aus, unbedingt vermieden werden, daß nicht die eine Forderung die andere (Einführung des gleichen, einfachen Stimmrechts für die Männer) aufhebe. Das würde geschehen, wenn die Sozialisten im Parlament bei dem jetzigen Kampfe um das Wahlrecht zugleich auf der Einführung des Wahlrechts für die Frauen bestehen. In der Föderation steht die Forderung des Wahlrechts für die Frauen bestehen; sie würden damit die Gegnerschaft der Liberalen haben, die bei Ausscheidung dieser Forderung zu ihren Verbündeten geworden sind. Die ganze Frage wird auf dem Ostern in Brüssel tagenden Parteikongress von neuem aufgerollt werden.

Es wurden außerdem noch folgende Beschlüsse gefasst: obligatorischer Schulunterricht für Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 14. Jahre; ferner eine Resolution, in der verlangt wird, daß in sozialistischen Lokalen in Zukunft kein Alkohol mehr ausgeschankt werden soll.

Herrle der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Frau Helene Bauer, Albertstraße 12, p.

H. Vorles, Markthallenstraße 12, p.

H. Anger: Herr G. Schmitz, Weintraubacher Straße 25, p.

H. Nash, Glauburgstraße 12.

H. Guttels: Restaurant Hoyer, Schneidersche Straße 12.

H. Gohlis: Restaurant Mönchhof, Obere Georgstraße.

H. Kleinmachofer: Herr W. Bobbig (Barbiergeschäft).

H. Blumenau: Herr H. Polland, Gutsmuthsstraße 7.

Frau Kl. Wehmann, Bismarckstraße 40.

Herr F. Stothe, Grenzstraße 1.

H. Neustadt: Herr P. Freile, Eisenbahnstraße 25, p.

Herr A. Jacob, Marktstraße 41, p.

H. Plagwitz: " K. Schulte, Cigarrengeschäft, Schmiedestraße 15 (Edle Jägerstraße).

H. Sellerhausen: Herr G. Thiele, Wurzener Straße 80, p.

H. Thonberg: Herr Oskar Pech, Steinenhainer Straße 84.

H. Woltmanns: Herr M. Möller, Kreuzstraße 37.

" Herr F. Otto, Charlottenstraße 43, p.

H. Bonig, Wurzener Straße 5, p.

H. Kleudith o. T.: Herr Sipp, Obere Münsterstraße 21.

Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Clubräumen abgeholt werden.</p

Steigerwald & Kaiser

Königsplatz



in [2222]

Konfirmanden-Anzüge

Cheviot u.
Kammgarn
von **12 Mk.** an.

Schuhwarenhaus Ehlers.

Hauptgeschäft: Zeitzer Straße 2, Ecke Albertstraße.
Filiale: Vollmarsdorf, Natalienstraße 14.

Gänzlicher Ausverkauf Hohe Str. 52.

Nur noch bis nach Ostern.



Herren-Schuhstiefel	6.50, 7.50 Mf.
Schnürstiefel	8.50 "
" Schnürstiefel	6.60, 7.50 "
" Halbschuhe	6.50 Mf., Kalbleber
" Schnürstiefel, braun	8.50 "
Damen-Schnürstiefel	4.90, 6.60 "
" Schnürstiefel 5.50 Mf., Kalbleber	8. —
" Knopf- u. Schnürstiefel, braun	5.90 "
" Promadenabschuh	8.50 "
" Spangenabschuh	2.95, 3.90 "
Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel	25—30 3.40 Mf., 31—35 3.90 "
Turn- und Gummischuhe für Herren	2.25 "
" Kinder	1.90 "
Sohlen u. Flecke f. Herren	2.50, f. Damen 1.70 "

Ausnahme-Preise bis Ende März in Filiale Natalienstrasse 14.

Beste Samen

bei
August Held
Inhaber: Malvine Held

Neumarkt 12 Leipzig Neumarkt 12

zu haben.

[2224]

Achtung!
Neue und getragene Herren-, Burzins- und Kinder-Anzüge sow. alle Art Wäsche, Schuhe, Stiefele u. Uhren faust man gut und billig bei Max Junghans, Ede Thal- u. Seeburgstr.

Tanz-Unterricht erledigt, jeder Tagessitz, auch Sonntags. Herin-Pavst, Braustr. 25 Walzer Lehre i. 2 Stund. gründlich. Extrakurs für Contra findet jeden Mittwoch statt.

Wackatula-Kommodendecken Stück 35 d, gestreifte Rondeauxstoffe (Table) Meter 45 d 1/4 Inlett, glatt und gestreift, Meter 30 d 1/4 Inlett, glatt und gestreift, Meter 78 d Bettgew-Dowlas Meter 86 d Bettluch, Holzleinen, Meter 60 d Bettzeug Meter 28 d, Meter 34 d Damast-Handtücher, gebündelt, 3 Stück 100 d Damast-Tischlächer, gebündelt, Stück 100 d

Extra-Kauf.
Ein Meh-Muster-Lager echter Terracotten in flüssiger Ausführung zu Spottpreisen.
Ein großes Meh-Muster-Lager handgeschnitten Alabaster-Marmor-Gegenstände sabelhaft billig.
Ein großes Meh-Muster-Lager Statuen, Büsten u. Gruppen in Elfenbeinmasse außerordentlich billig.
Ein großes Meh-Muster-Lager seines Toiletteseifen, Parfüm- und medizinischer Seifen zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bunte Barchent-Bettlächer Stück 58 d, 100/150 weisse Barchent-Bettlächer Stück 58 d, 100/150 Gläckshandschuhe Paar 98 d Frottier-Handtücher Stück 29 d Waschlappen Stück 2 d Schürzen-Warp Meter 35 d Hemdenbarchent Meter 33—42 d

10 Prozent erhalten
10 Prozent erhalten
10 Prozent erhalten



Million-Uhren, Nickel 6.50, Stahl 10.— Silb. Herren-Remont.-Uhren 12.— Silb. Damen-Remont.-Uhren 12.— Gold, Damen-Remont.-Uhren 19.— Regulat., 1/2 u. voll schlag. 15.— Moderne Wanduhren 20.— Wecker, gute Qualität 8.— sowie sehr großes Goldwarenlager als Broschen, Ringe, Armbänder, Hörringe u. s. w. Specialität: Goldene Trauringe von 8 4.— an Uhrketten in größter Auswahl. Lange Damenuhrketten v. # 4.50 an empfohlen [450]

Gustav Kaniss
Uhren- und Goldwaren-Handlung
6 Tauchaer Straße 6.



Große Auswahl
Konfirmandenhüte, Schlippe, Hosenträger, Schirme, Stöcke, Mützen, Herrenwäsche.

Preise billig und reell.

1 prächt. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28 d, sofort zu verkauf. Brühl 46/48, Vorberh.

Warenhaus Pincus & Guttfeld

Reichsstrasse 41 und Eisenbahnstrasse 100.

Unsere diesmonatlichen 8 Ausnahme-Tage bieten wiederum Gelegenheit zu hervorragend billigem Einkauf!

Zum Umzug.

Engl. Tull-Gardinen 2× Band gefäbt, Meter 27 d Schellen-Gardinen Meter 16 d abgepasste Vitrinen, gefübt, Fenster 185 d Kongressstoff Meter 24 d, Meter 45 d Gardinenhalter, weiß, Stück 4 d. Gardinenhalter mit Quaste Stück 12 d weißer Vitrinentoff 10 Meter 320 d Tull-Decken Stück 8 d Häkel-Decken Stück 17 d Wackatula-Kommodendecken Stück 35 d gestreifte Rondeauxstoffe (Table) Meter 45 d 1/4 Inlett, glatt und gestreift, Meter 30 d 1/4 Inlett, glatt und gestreift, Meter 78 d Bettgew-Dowlas Meter 86 d Bettluch, Holzleinen, Meter 60 d Bettzeug Meter 28 d, Meter 34 d Damast-Handtücher, gebündelt, 3 Stück 100 d Damast-Tischlächer, gebündelt, Stück 100 d

Kurzwaren etc. etc.

2 Stück Fingerhüte 1 d, 2 Stück Schuhknöpfer 1 d, 1 Brief Nähnadeln 1 d, 1 Döb. Schuhknöpfe 1 d, 1 Paar Haarnadeln 1 d, 1 Döb. Tallenstäbe 3 d, 1 Döb. Sölden 1 d, 1 Stück Tallenband 8 d, Velourborte Meter 2 d, Mohairborte Meter 6 d, Tändelschürzen Stück 28 d, Wirtschaftsschürzen Stück 56 d, Wirtschaftsschürzen mit Träger Stück 72 d, Wolz gesäumte Taschentücher 1/2 Dugend 78 d, Neu! Überbrett'l-Taschentücher Neu! 1/2 Dugend 100 d, Weiße Damen-Bündchen-Hemden Stück 58 d, Schwarz gemustert Alpacca, doppeltbreit, Mtr. 75 d, Schwarz gemustert Crèpe, doppeltbreit, Mtr. 75 d, Farbig gemustert Mohair, doppeltbreit, Mtr. 75 d, Streifen Neuheit, doppeltbreit, Mtr. 68 d, Satin-Beige, extra breit, Mtr. 100 d

Billig! Billig!

25

Bettstellen
mit Matratzen

finden einzeln mit 5 % Un-
zahlung u. wöchentlich 1 %
Abzahlung abzugeben.

S. Osswald

Röntgenplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Kunden, die ihr Konto erledigt haben, und Beamte erhalten Waren ohne Anzahlung.

Möbel

Büffets, Schreibtische, Vertikows, Kleiderschränke, Küchenchränke, Tische, Stühle ic., Garnituren, Panel-Sofas u. Ottomanen, Spiegel, Trumeaus von der einfachsten bis zur elegantesten Einrichtung.

Federbetten — Schlafdecken

Herren-, Knaben- und Konfirmanden-Anzüge, Kleider für Konfirmandinnen, Damen- und Kinder-Garderobe, Kostumes, Kinderkleider, Teppiche, Kleiderstoffe in schöpfer und farbig zur Konfirmation. Kinderwagen, Uhren, Schirme, Hüte, Stiefele [1902]

Abzahlung

zu den denkbar leichtesten Bedingungen bei

Hermann Liebau

Turnerstraße 27, I. Etage.

Kunden, die ihr Konto erledigt haben,

und Beamte erhalten Waren

ohne Anzahlung.

Gericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 18. März 1902.

a) Viehtrieb:

201 Rinder und zwar 61 Ochsen, 7 Kalben, 75 Kühe, 58 Bullen; 206 Rinder; 286 Stück Schafvieh; 1651 Schweine und zwar 1651 deutsche, — aus 3046 Tieren.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tier-gattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht.	Schlachtgewicht.
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	—
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	60
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	54
	4. gering genährt jeder Alters	—	58
Kalben:	1. vollfleischig, ausgemästet, Kalben höchsten Schlachtwertes	—	1
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	58
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	55	55
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	50	42
	5. gering genährt Kühe und Kalben	60	56
Bullen:	1. vollfleischig, höchsten Schlachtwertes	—	52
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	52
	3. gering genährt	—	47
Rinder:	1. kleinste Maß (Vollmaisch-Maß) und beste Saugfälber	42	42
	2. mittlere Maß und gute Saugfälber	42	34
	3. geringe Saugfälber	52	52
Schafe:	1. ältere gering genährt (Greiser)	—	—
	2. ältere Maßhammel und jüngere Maßhammel	82	80
	3. mäßig genährt Maßhammel und Schafe (Mergschafe)	80	78
	4. vollfleischig der selben Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahren	65	62
	5. felsige	62	56
	6. gering entwickelte, sowie Saue u. Eber	55	55
	7. ausländische (and)	55	55
c) Verkauf:		157 Rinder u. zwar 36 Ochsen, 6 Kalben, 67 Kühe, 48 Bullen	langsamt
903 Rinder		285 Schafe	
1894 Schweine			

d) Geschäftsgang